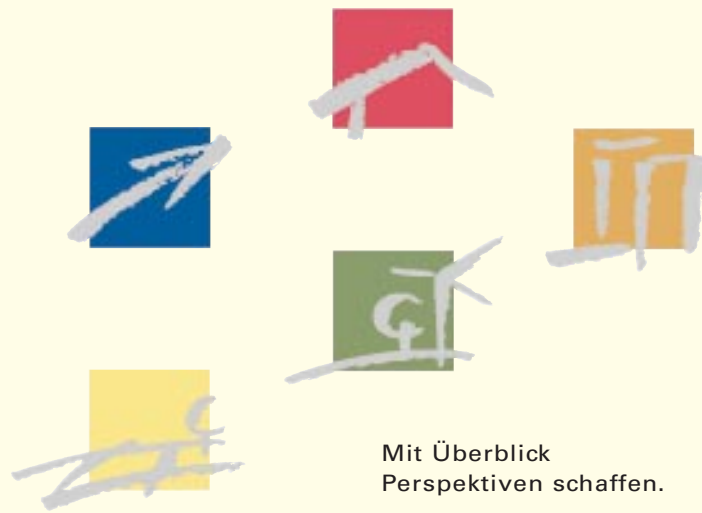




Bericht

Der Investitionsbank 1999



Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

Aufgabe

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut und Dienstleister zur Unterstützung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Schleswig-Holstein. Mit ihrem Fachwissen hilft sie den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Kommunen, den für sie richtigen Weg bei Finanzierungsfragen zu gehen. Mit Überblick Perspektiven schaffen – das ist das Ziel der Investitionsbank

Schleswig-Holstein.

Produkt- und Dienstleistungsangebot

- Wirtschaftsförderung
- Wohnungsbauförderung
- Umwelt- und Energieprojekte und -förderung
- Kommunalförderung und Städtebau
- Agrarförderung
- Projektmanagement für Land und Kommunen

Rechtsform

Organisatorisch und wirtschaftlich ist sie ein selbständiger, rechtlich ein unselbständiger Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein

Eckdaten	1996	1997	1998	1999
Bilanzsumme in Mrd. DM	9,3	9,5	9,8	10,3
Geschäftsvolumen in Mrd. DM*	10,5	10,6	10,7	11,1
Betriebsergebnis in Mio. DM	35,9	33,1	32,5	25,6
Bilanzgewinn in Mio. DM	2,7	22,5	66,4	11,9

* Bilanzsumme + Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen plus unwiderrufliche Kreditzusagen

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist bürgernah vor Ort



Inhalt

Vorwort des Ministers für Finanzen und Energie.....	4
Vorwort der Geschäftsleitung	10
Lagebericht	14
Highlights 1999	20
Projektmanagement	22
Wirtschaftsförderung	28
Wohnungsbauförderung	42
Kommunalförderung und Städtebau.....	50
Umwelt- und Energieförderung	60
Agrarförderung	70
EU-Aktivitäten.....	76
Fortbildungsförderung	82
EXPO Projekt 2000.....	84
Die Gremien und ihre Mitglieder	92
Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung 1999.....	96
Anhang Investitionsbank	100
Organe der Landesbank Schleswig-Holstein	106
Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung 1999 nachrichtlich in DM	112
Organisationsübersicht	120
Förderprogramme im Überblick	122

Vorwort des Ministers für Finanzen und Energie zum Investitionsbankbericht 1999

Mit der Gründung der Investitionsbank als Teil der Landesbank ist insbesondere das Ziel verbunden gewesen, die Förderung für den Fördernehmer transparenter zu machen, sie in einer Institution zu bündeln und durch ihre Einbindung in ein bankmäßiges Umfeld Synergie- und Kostenvorteile zu nutzen, um Verwaltungskosten zu minimieren und Fördermittel beim Fördernehmer zu optimieren. Darüber hinaus wird durch die Bündelung des Know-hows in betriebswirtschaftlicher, finanzwirtschaftlicher und technischer Hinsicht ein erweitertes, innovatives Dienstleistungsangebot für das Land und die Fördernehmer ermöglicht.

Die Ergebnisse der Wirtschaftsförderung wurden nach den guten Vorjahresergebnissen im Geschäftsjahr 1999 insgesamt nochmals leicht verbessert.

Das Neukreditvolumen erhöhte sich um 4,5 % auf rund 253 Millionen Mark, das Volumen der Zuschüsse für die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erreichte mit rund 30 Millionen Mark fast das sehr gute Vorjahresniveau. Es wurden 21 Unternehmen bei Investitionsmaßnahmen unterstützt.

Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft trägt nach wie vor maßgeblich dazu bei, dass es in Schleswig-Holstein keinen Mangel an Wagniskapital gibt. Im fünften Jahr ihres Bestehens verdoppelte die Gesellschaft ihr bewilligtes Volumen an stillen Beteiligungen. Seit Beginn ihrer Tätigkeit hat die MBG mehr als 160 Unternehmen mit insgesamt mehr als 100 Millionen Mark risikotragendem Beteiligungskapital unterstützt.

Von den Förderberatungsstellen wurden rund 2.500 Beratungsgespräche geführt, wobei 60 % hiervon auf Existenzgründungsinteressierte entfielen.

Durch den kombinierten Einsatz der Förderinstrumente konnte die Zahl der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze in 1999 um 5 % weiter gesteigert werden.

Im Rahmen der Wohnungsbauförderung hat das Land durch die Investitionsbank mit knapp 169 Mio. DM in 1999 insgesamt 2.463 Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen sowohl im Neubau als auch im Bestand gefördert. Damit wurde jede vierte Neubauwohnung durch direkte Förderungsmittel finanziert und für die gewünschte Zielgruppe zur Verfügung gestellt. Bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen sind trotz einzelner Leerstandsmeldungen nach wie vor knapp. Sie zu schaffen bzw. bereitzustellen, ist eines der zentralen Anliegen der schleswig-holsteinischen Landespolitik, das durch die Unterstützung der Investitionsbank auch im letzten Jahr erfolgreich realisiert werden konnte.

Die öffentlichen Mittel des Wohnungsbauprogramms 1999 wurden im Rahmen der vereinbarten Förderung zielgerichtet, differenziert und marktorientiert eingesetzt. Dabei wurde das Ziel, sozial und ökologisch verträgliche Wohnungen zu günstigen Preisen zu schaffen, nicht aus dem Auge verloren. Das von der Investitionsbank und dem Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau entwickelte „dynamische Investitionskalkül“, auf dessen Basis seit 1998 für jedes einzelne Mietwohnungsbauvorhaben die Höhe des zinsgünstigen Förderungsdarlehens individuell ausgehandelt wird, setzte dabei einen neuen Meilenstein in der Förderungssystematik des Landes. Es wird mit Beginn des Programmjahres 2000 durch eine belastungsorientierte Eigentumsförderung ergänzt, die es der Investitionsbank künftig im Rahmen der Bewilligungen ermöglicht, die ohnehin knappen Förderungsmittel noch flexibler und zielgenauer einzusetzen.

Zielgenau gerichtet auf ökologische Baumaßnahmen und sehr erfolgreich – das ist die Bilanz des Programms „Ressourcensparendes Bauen und Wohnen“. Dieses 1989 erstmals aufgelegte ökologische Wohnungsbauförderprogramm des Landes hat nicht nur eine Anschubwirkung für zahlreiche innovative Siedlungen und Wohngebäude erzielt, ist nicht nur Förderbedürfnissen zur Unterstützung experimenteller Konzepte und Technologien im Lande entgegengekommen, sondern hat vor allem zwei Ziele vollständig erfüllt:

1. Es war bis 1997 maßgeblicher Anreiz und Förderinstrument für die Niedrig-Energiebauweise in Schleswig-Holstein und hat zur zügigen Entwicklung des – im bundesweiten Vergleich – erhöhten Niedrig-Energie-Haus (NEH)-Standards im Wohnungsbau grundlegend beigetragen. Das Programm hat dadurch den Weg freigemacht für den NEH-Standard als Fördervoraussetzung im sozialen Wohnungsbau. Dieser Standard gilt insbesondere für das zusätzlich mit Landesmitteln geförderte Eigenheim ebenso, wie für den sozialen Mietwohnungsbau. Die Luftdichtigkeitsprüfung, wärmebrückenfreie Baukonstruktionen und ambitionierte Heizungstechnologie, Solartechnik und gute Energiekennzahlen werden jetzt im Breitenprogramm der vereinbarten Wohnungsbauförderung zum Teil von denjenigen Akteuren (Investoren, Architekten, Baufirmen) umgesetzt, die erste Erfahrungen mit Projekten machten, die durch das Programm „Ressourcensparendes Bauen und Wohnen“ gefördert wurden. Damit hat das Programm dazu beigetragen, den Klimaschutzaspekt im Handlungsfeld Bauen zu etablieren und eine beispielhafte Breitenwirkung erzielt.

2. Es hat zur ökologischen Technologieentwicklung beigetragen und im regionalen Handwerk, wie auch im Bereich der ökologisch orientierten Bauindustrie und Bauproduktion ein Marktsegment eröffnet, das sich sehen lassen kann: So ergibt sich aus den dokumentierten Zahlen innerhalb der zehn Jahre bei einer Fördersumme von ca. 18,1 Mio. DM und bei ca. 1.515 geförderten Wohneinheiten und einer mittleren Größe von 108 qm die hochgerechnete Investitionssumme von ca. 350 Mio. DM bei einem mittleren Kostenansatz von ca. 2.100 DM/qm. Dies entspricht einer investiven Förderung in Höhe von 5 %, oder anders ausgedrückt: Es wurde in Schleswig-Holstein ca. das 20-fache der eingesetzten Fördermittel in ökologische Bauvorhaben investiert.

Die Städtebauförderung wurde auch im Jahre 1999 in dem Bund-Länder-Programm mit einem Volumen von knapp 12 Mio. DM fortgesetzt und durch ein eigenständiges Landesprogramm mit einem Fördervolumen von 7,5 Mio. DM ergänzt, mit dem vor allem die Entwicklung differenzierter innerstädtischer Wohnungsangebote einschließlich der Verbesserung der sozialen Infrastruktur sowie der Verbesserung der Standortbedingungen für Handel, Dienstleistungen und Gewerbe zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, verstärkt und fortgeschrieben werden soll.

1999 wurde ergänzend zum allgemeinen Städtebauförderungsprogramm das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt) aufgelegt. Das Programm hat ein Volumen von knapp 10 Mio. DM jährlich. Mit dem Programm sollen bauliche und städtebauliche Investitionen zum Abbau sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Defizite in städtebaulichen und sozialen Problemgebieten gefördert werden.

Auf der Grundlage von vor Ort entwickelten integrierten Handlungskonzepten sollen auf Stadtteil- bzw. Quartierebene möglichst viele Aktivitäten und Ressourcen gebündelt und das eigenverantwortliche Handeln auf der lokalen Ebene nachhaltig gefördert werden. Ziel dieser neuen Städtebauförderungsmaßnahmen soll es sein, im Zusammenhang mit und in Ergänzung zu baulichen und städtebaulichen Maßnahmen Beschäftigungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu intensivieren sowie soziale, kulturelle und freizeitbezogene Aktivitäten zu initiieren.

Das Programm „Soziale Stadt“ fungiert erklärtermaßen als Leitprogramm zur Integration von anderweitig zu fördernden Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen.

Der Kommunale Investitionsfonds (KiF) leistete auch im Jahr 1999 einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur im Land Schleswig-Holstein. Die besonders günstige Kapitalmarktsituation hatte jedoch einen Rückgang der Darlehensnachfrage zur Folge. Das Zinsniveau für Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds wurde von 4,5 % auf 4 % abgesenkt für Bewilligungen, die im Jahr 1999 ausgesprochen wurden. Eine verstärkte Nachfrage nach Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds ist absehbar, da die Zinsen auf dem Kapitalmarkt zurzeit wieder steigen und zudem die Förderbereiche des KiF ab 1.1.2000 erweitert wurden.

Mit dem Jahr 2000 beginnt auch in der ländlichen Wirtschaft eine neue Förderperiode. Der Plan zur Entwicklung des ländlichen Raumes „Zukunft auf dem Land“ wird durch Koordinierung von Fördergeldern von Land, Bund und EU gezielt Projekte zur Modernisierung des ländlichen Raumes anschieben. Einzelne Maßnahmen sollen von der Investitionsbank betreut werden.

Hier muss in Brüssel auf eine praxisgerechte Ausgestaltung von Förderprogrammen und auf Verwaltungsvereinfachungen in der Abwicklung von EU-kofinanzierten Maßnahmen hingewirkt werden, wobei das Verbindungsbüro der Investitionsbank wertvolle Hilfe geben kann.

Der Markt für Umwelttechnologien ist von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. National wie international wird von Wachstumsraten von durchschnittlich 5 % pro Jahr ausgegangen. Umweltwirtschaft hat in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Mehr als 13.000 Beschäftigte in gut 600 Betrieben erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von knapp 4 Milliarden DM.

Besonders für die norddeutsche Umweltwirtschaft ergeben sich aus der Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas neue Marktchancen. Durch die angestrebte Erweiterung der Europäischen Union stehen diese Staaten vor der Herausforderung, in den kommenden Jahren die Umweltstandards der EU zu übernehmen. Das Volumen dieses Zukunftsmarktes wird auf 100 Milliarden DM geschätzt.

Traditionelle, auch als additiv bezeichnete Umwelttechnik hat ihre ökologischen und ökonomischen Grenzen erreicht. Notwendig ist eine integrierte Umwelttechnik, d. h. die Entwicklung immissionsarmer bzw. -freier Verfahren, eine Kreislaufwirtschaft mit wirksamer Abfallvermeidungsstrategie und optimaler Stoffnutzung, eine Effizienzrevolution bei Energie- und Materialverbrauch sowie eine Substitution problematischer oder toxischer Stoffe oder gefährlicher Produktionsprozesse. Integrierte Umwelttechnik ist darüber hinaus geeignet, zusätzliche Produktionskosten zu vermeiden bzw. durch Einsparungen bei Energie, Rohstoffen oder Abfallaufkommen sogar zu Kostensenkungen in Betrieben beizutragen.

Im Rahmen des Förderprogramms „Ökotechnik/Ökowiirtschaft“ wird die Landesregierung auch in Zukunft Pilot- und Demonstrationsvorhaben investiver und nichtinvestiver Art unterstützen, die richtungsweisend für Branchen sind oder Modellcharakter aufweisen. Durch diese Förderung soll zukunftsorientierter Technik zum Durchbruch und zur Akzeptanz am Markt verholfen werden.

Insbesondere für mittelständische Unternehmen bietet ein überbetriebliches Umweltmanagement hervorragende Möglichkeiten, in Zukunft gleichzeitig Betriebskosten und die Umweltbelastungen zu senken. Das haben Modellprojekte, die von der Landesregierung zusammen mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften in zwei schleswig-holsteinischen Gewerbegebieten (Kiel und Henstedt-Ulzburg/Kaltenkirchen) initiiert und gefördert wurden, eindrucksvoll belegt. Die sich daraus ergebenden ökonomischen und ökologischen Vorteile für Betriebe sind ein Beitrag zur Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen und zur Standortsicherung.

Durch die Einführung eines Umweltaudits, ein freiwilliges Instrument für den betrieblichen Umweltschutz, wird die Einführung integrierter Umweltschutzmaßnahmen und die Entwicklung umwelttechnischer Innovationen gefördert. Inzwischen sind 70 Standorte in Schleswig-Holstein als auditierte Betriebe im europäischen Register eingetragen. Die Landesregierung fördert die Einrichtung des Umweltauditsystems. Seit 1994 wurden bereits 119 Betriebe mit rund 3,6 Millionen DM unterstützt.

Im Bereich der Energieförderung hat das Land mit der Förderung von ca. 400 Solarthermieanlagen auch in 1999 die Förderung verstetigt und zusätzlich 74 Photovoltaikanlagen aus dem Programm „Arbeit, Bildung, Innovation“ gefördert. Zukünftig werden Interessenten verstärkt auf die Möglichkeiten der Bundesförderung (Bundesprogramm „Erneuerbare Energien“, Erneuerbare-Energien-Gesetz und 100.000-Dächer-Solarstromprogramm) zugreifen können.

Der Bereich der Stromeinsparung kommunaler Liegenschaften wurde kontinuierlich fortgeführt. In 14 kommunalen Liegenschaften – überwiegend Schulen – wurden erhebliche Stromeinsparungen erzielt. Nachdem der Schwerpunkt der Einsparungen bisher überwiegend im Beleuchtungsbereich gelegen hat, werden zukünftig auch verstärkt andere Stromverbrauchsbereiche – beispielsweise Heizungspumpen, Belüftungsanlagen und Dispersionspumpen in Klärwerken – untersucht.

Durch die konsequente Umsetzung des integrierten Förderansatzes und mittels neuer innovativer Produkte entwickelt sich die Investitionsbank unter Beachtung der Wettbewerbsneutralität und des Auftragsprinzips verstärkt zum kompetenten und anerkannten Dienstleister des Landes.

Beispielsweise hat die Investitionsbank im Rahmen eines Projektes zur Schulbaufinanzierung innovative Lösungsansätze zur Reduzierung eines bestehenden Maßnahmenüberhangs entwickelt und untersucht.

Dabei geht es um die Bereitstellung eines Instrumentariums zur Unterstützung der Schulträger in den Bereichen Bauplanung/-durchführung und Finanzierung. Damit sollen in Form eines Angebotes an die Schulträger die Schulbauförderung über Landeszuschüsse sinnvoll ergänzt und die Voraussetzungen für den Abbau des Maßnahmenstaus verbessert werden. Den Schulträgern sollen diese zusätzlichen Optionen zum Jahr 2001 zur Verfügung stehen.

Weiterhin wird die Landesregierung ihre Bemühungen zur Modernisierung des öffentlichen Sektors konsequent fortsetzen. Im Zusammenhang mit der Übertragung von Liegenschaften auf die Investitionsbank und der Gründung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) werden die Landesbehörden zukünftig marktgerechte Mieten und Bewirtschaftungskosten zahlen. Ziel der Gesamtkonstruktion „Veräußerung der Liegenschaften an die Investitionsbank und Rückmietung über die GMSH“ ist eine effektivere und effizientere Nutzung der Liegenschaften.

Vor diesem Hintergrund hat das Land zum 1. Januar 2000 131 Liegenschaften mit einem Gesamtvolumen von ca. 642 Mio. DM an die Investitionsbank verkauft und in das Zweckvermögen Liegenschaften überführt. Die Liegenschaften sind auf Grundlage eines Pachtvertrages an die GMSH mit einer jährlichen Pacht von 36,06 Mio. DM verpachtet und von dort zu Marktsätzen an das Land weitervermietet.

Im 2. Halbjahr 2000 soll eine weitere Tranche folgen, deren Umfang noch nicht abschließend bestimmt ist.



Claus Möller
Der Minister für
Finanzen und Energie
des Landes
Schleswig-Holstein



Vorwort der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

1999 war für die Investitionsbank ein erfolgreiches Geschäftsjahr. Das 1998 erstmalig erzielte Ergebnis des Förder volumens über der Milliardengrenze konnte sogar noch leicht gesteigert werden. Die Positionierung als kundenorientierte und leistungsfähige Strukturbank wurde weiter gefestigt.

Als wirtschaftlich und organisatorisch selbstständiger, rechtlich unselbstständiger Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein ist die Investitionsbank das zentrale Förderinstitut des Landes. Sie nimmt ihre strukturpolitischen Aufgaben in den Bereichen gewerbliche Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt- und Energieförderung, Kommunalförderung und Städtebau sowie Agrarförderung wahr. Die Investitionsbank arbeitet stets wettbewerbsneutral auf der bewährten Grundlage des Hausbankenprinzips.

Neben den klassischen kreditorientierten Förderangeboten gewinnen zunehmend unsere Dienstleistungsangebote an Gewicht. So unterstützen wir als effizienter Dienstleister z. B. mit unserem Projektmanagement das Land und Kommunen bei der Lösung komplexer Problemfelder.

Mit den Förderlotsen, der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen, den mobilen kommunalen Energieberatern und dem Euro Info Centre stellt die IB eine hohe Beratungskompetenz zur Verfügung. Diese wird ergänzt durch kompetente Beratung in der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung in unseren 13 Beratungszentren und Beratungsbüros in ganz Schleswig-Holstein. Leitmotiv unserer strategischen Ausrichtung ist das Vorhalten eines zweigleisigen Angebots mit zentral angesiedelten Spezialisten und kompetenten Beratern landesweit vor Ort.

Unser Portfoliomanagement Immobilien hat die vorbereitenden Arbeiten abgeschlossen. Die erste Tranche der Immobilien haben wir Ende 1999 erworben.

Einfluss und Bedeutung von EU-Fragen bei der Erfüllung des Förderauftrages sind rasant gewachsen. Diesen Veränderungen begegnen wir mit der Bündelung aller EU-Aktivitäten in einer eigenständigen Organisationseinheit, Intensivierung der Dienstleistungen im Euro Info Centre und einem neuen Verbindungsbüro in Brüssel. Mit dieser Kontaktstelle wollen wir insbesondere Daten und Informationen aus der EU-Kommission nach Schleswig-Holstein transferieren. Zielsetzung ist, neue Finanzierungsinstrumente, die durch die Bündelung von Landes-, Bundes- und EU-Fördermitteln einen Mehrwert für die Kunden schaffen, zu konzipieren und zu vertreiben.

Mit dem im Sommer 1999 aufgelegten IT-Investitionsfonds für Kommunen konnte ein erstes Projekt dieser Art verwirklicht werden. Langfristig hoffen wir, die Investitionsbank als bedeutendes Förderinstitut im und für den Ostseeraum etablieren zu können.

In unserem traditionell starken Standbein der Wohnungsbauförderung sind neben der sozialen Wohnungsbauförderung 1999 insbesondere in der allgemeine Wohnungsbauförderung mit unseren verschiedenen Nachrangdarlehensprodukten starke Zuwächse zu verzeichnen. Die Entwicklung innovativer Finanzierungsprodukte durch Verzahnung mit Förderprogrammen unserer Kooperationspartner wird auch in Zukunft im Vordergrund unserer konzeptionellen Arbeit stehen.

Mit unserem spezifischen Know-how, der individuellen und kompetenten Beratung und Betreuung und einer modernen IT-Infrastruktur liegt unsere Stärke in einer schlanken Organisation mit schnellen und flexiblen Entscheidungswegen. Kundenorientierung ist vorrangige Maxime unserer Arbeit.

Die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre, die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Partnern und das Vertrauen unserer Kunden bestätigen unseren Kurs.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Neue Arbeitsplätze geschaffen

Im Berichtsjahr haben wir 26 Einstellungen vorgenommen. Überwiegend geschah dies zur Wiederbesetzung von vakant gewordenen Stellen. In einigen Bereichen erforderte die Geschäftsausweitung jedoch die Schaffung zusätzlicher Stellen, woraus ein gesteigerter Personalaufwand resultiert. Aufgrund der Übertragung zusätzlicher Aufgaben haben wir für das Jahr 2000 entsprechende Personalaufstockungen geplant.

Zum Jahresende 1999 sind 315 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Altersdurchschnitt von 44 Jahren in der Investitionsbank tätig, davon 60 als Teilzeitbeschäftigte. Über 20 Prozent der 40 Führungskräfte sind Frauen. Durch konkrete Maßnahmen zur Frauenförderung soll dieser Anteil weiter erhöht werden.

Personalmarketing

Im Rahmen unseres Personalmarketingkonzeptes nutzen wir auch das Internet als Forum, um mit potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern in Kontakt zu treten. Die Homepage der Investitionsbank bietet aktuelle Informationen über das Geschäftsfeld der IB und einen Link zu offenen Positionen auf der Homepage der LB Kiel. Darüber hinaus werden junge Nachwuchskräfte über den Wettbewerbtag für Hochschulabsolventen akquiriert. Dieser ermöglicht eine umfangreiche Potential- und Persönlichkeitseinschätzung. Für jede Bewerberin und jeden Bewerber erarbeiten wir ein individuelles Stärken-/Schwächenprofil, das die Grundlage für eine Einstellungsempfehlung und das anschließende Feedbackgespräch bildet.

Personalentwicklung

Mit verschiedenen Maßnahmen unterstützen wir die persönliche Planung, Entwicklung und Karriere unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach 1997 haben wir beispielsweise turnusgemäß in diesem Jahr wieder die sogenannten „Personalentwicklungstage“ in der Investitionsbank durchgeführt. Ziel der Personalentwicklungstage ist es, eine zwischen Mitarbeiterin/Mitarbeiter und Führungskraft abgestimmte Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Weiterqualifizierung und Vorbereitung auf weitere Karriereschritte zu erreichen. Für sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden die fachlichen und persönlichen Entwicklungspfade und -möglichkeiten der kommenden zwei Jahre aufgezeigt und festgelegt. Sich daraus ergebender Qualifizierungsbedarf, insbesondere in fachlicher Hinsicht, wird durch interne Weiterbildungsmaßnahmen abgedeckt, ergänzt durch fachübergreifende und persönlichkeitsbildende Maßnahmen.

Know-how-Transfer

Für die optimale Betreuung unserer Kunden und Geschäftspartner ist das breit gefächerte Know-how der Investitionsbank von besonderer Bedeutung. Daher haben wir den Know-how-Transfer zwischen den jeweiligen Fachbereichen unseres Hauses intensiviert und durch gezielten Mitarbeiteraustausch unterstützt. Daraus entstehen Verbesserungsvorschläge und Projektideen, die unsere Arbeit noch effizienter machen.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben durch ihr Engagement und ihre Kreativität die weitere Entwicklung der Investitionsbank ermöglicht und unterstützt. Dafür möchten wir ihnen herzlich danken. Unser Dank gilt auch dem Personalrat für die sachorientierte und kooperative Zusammenarbeit.

Lutz Koopmann

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave



Lagebericht

Fördervolumen

Die Neugeschäftsentwicklung 1999 ist von den historisch niedrigen Kapitalmarktzinsen geprägt. Insgesamt hat das Fördervolumen erneut die Grenze von 1 Mrd. DM überschritten und erreichte mit 1.142 Mio. DM einen neuen Förderrekord. Zu dem hohen Fördervolumen haben die Beratungszentren und Beratungsbüros erheblich beigetragen. Damit hat sich das neue Konzept der flächendeckenden Beratung, das Ende 1999 mit der Eröffnung des letzten Beratungsbüros in Schleswig vollständig umgesetzt wurde, als erfolgreich erwiesen.

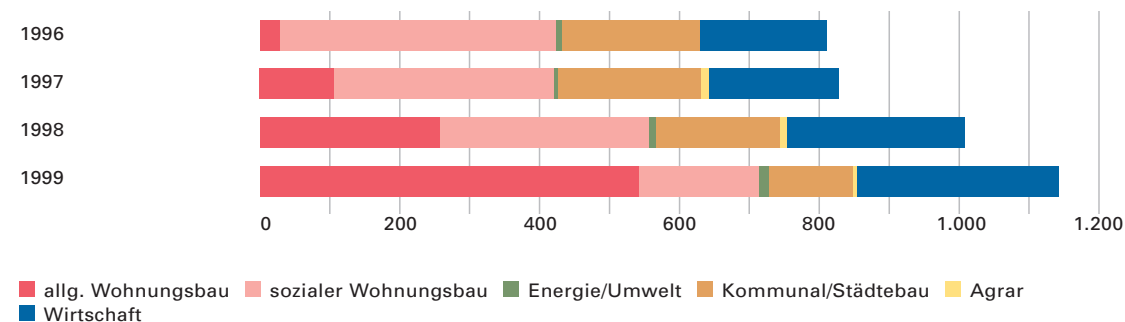
Das niedrige Zinsgefüge wirkte sich auf die einzelnen Förderbereiche unterschiedlich aus: Im Wohnungsbau nahm die Nachfrage nach der allgemeinen Wohnungsbauförderung stark zu. Gegenüber 1998 konnte eine Steigerung um 285,7 Mio. DM erreicht werden. Der erwartete

Rückgang in der sozialen Wohnungsbauförderung wurde damit mehr als kompensiert. Auch in der Wirtschaftsförderung weitete sich das Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr nochmals aus (+ 13 %). Es wurde ein Fördervolumen von 288,6 Mio. DM bewilligt.

Auf die Kommunal- und Städtebauförderung wirkte sich das niedrige Zinsniveau insbesondere zu Beginn und Mitte des Jahres nachteilig aus. Kommunale Investitionen konnten zum Teil günstiger mit Kapitalmarktmitteln refinanziert werden als mit Förderprodukten. Daher ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang im Neugeschäft von rund einem Drittel auf 120,1 Mio. DM zu verzeichnen.

Neugeschäftsentwicklung

Fördervolumen je Förderbereich und Jahr (in Mio. DM)



Bilanz

Die Bilanzsumme der Investitionsbank hat sich im Jahr 1999 um 6,1 % auf 10,3 Mrd. DM (1998: 9,8 Mrd. DM) erhöht. Entscheidend zu dieser Erhöhung hat die Einrichtung des neuen Zweckvermögens Landesliegenschaften zum Ende des Jahres beigetragen. Ferner tragen die hohen Volumina im Bereich der allgemeinen Wohnungsbauförderung zu einer Steigerung der Forderungen gegenüber Kunden bei (gesamte Forderungen gegenüber Kunden + 256,5 Mio. DM). Durch das Wachstum in diesem Fördersegment konnten hohe außerordentliche Tilgungen im Bereich der sozialen Wohnungsbauförderung und der Kommunalförderung überkompensiert werden. Die außerordentlichen Tilgungen sind auf das historisch niedrige Zinsniveau zurückzuführen, das unsere Kunden zu Umfinanzierungen nutzten.

Die Eigenmittel der Investitionsbank haben sich durch Kapitalmaßnahmen des Landes (z. B. Einlagen im neuen Zweckvermögen Landesliegenschaften, andere Kapitaleinlagen und Gewinnausschüttungen) netto um rund 60,2 Mio. DM erhöht. Das Eigenkapital erreicht damit einen Betrag von 2,0 Mrd. DM. Der Fonds für Zinsausgleich wurde auf Grund einer ertragswirksamen Auflösung um 17,2 Mio. DM auf jetzt 1,9 Mrd. DM reduziert. Das Geschäftsvolumen einschließlich der Eventualverbindlichkeiten hat sich von 10,8 Mrd. DM auf 11,1 Mrd. DM erhöht.

Gewinn- und Verlustrechnung

Das Zins- und Provisionsergebnis der Investitionsbank ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. DM auf jetzt 67,3 Mio. DM gesunken. Der sonstige betriebliche Überschuss ging trotz eines starken Rückgangs der darin enthaltenen Zinszuschüsse des Landes für den sozialen Wohnungsbau nur um 2,7 Mio. DM zurück. Dies ist auf einen außerordentlichen Ertrag durch den Verkauf zweier Beteiligungen zurückzuführen.

Dem Zweckvermögen Wohnungsbau wurde – wie bereits im vergangenen Jahr – ein Zinszuschuss aus dem Zweckvermögen Investitionsbank in Höhe von 12,5 Mio. DM zugeführt.

Der Ausbau und die Regionalisierung der Förderaktivitäten haben 1999 zu Kostensteigerungen geführt. Dabei stiegen die Personalkosten und Sozialaufwendungen um 3,1 Mio. DM. Im kommenden Jahr werden diese Aufwendungen auf Grund des abgeschlossenen Konzeptes zur flächendeckenden Beratung nur noch leicht ansteigen.

Die Verwaltungsaufwendungen sind leicht um 0,6 Mio. DM gesunken und erreichen jetzt 28,0 Mio. DM. In diesem Betrag sind auch die Vorlaufinvestitionen für die Übernahme der Landesliegenschaften enthalten.

Mit dem Bestreben das Kostencontrolling zu verstärken, einer konsequenten Delegation von Entscheidungskompetenzen und der verstärkten Automatisierung der Kundenkorrespondenz in der DV-gestützten Sachbearbeitung verbindet die Investitionsbank das Ziel, die Betriebskosten zukünftig konstant zu halten.

Das Betriebsergebnis der Investitionsbank vor Risikovorsorge beläuft sich 1999 auf 25,6 Mio. DM. Damit ist der Vorjahreswert von 32,5 Mio. DM planmäßig nicht erreicht worden, da insbesondere der Zinszuschuss des Landes für die soziale Wohnungsbauförderung geringer ausgefallen ist. Nach Bewertungsmaßnahmen und notwendiger

Risikovorsorge beträgt der Jahresüberschuss 11,9 Mio. DM.

Von dem Bilanzgewinn werden 1,5 Mio. DM an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet und gemäß Investitionsbankgesetz wieder für Förderzwecke eingesetzt. Ein Teilbetrag wird dem Gewinnvortrag des Zweckvermögens Wohnungsbau zugeführt. Gleichzeitig wird ein Verlustvortrag in dem neuen Zweckvermögen Landesliegenschaften auf Grund der Vorlaufinvestitionen zur Übernahme der Landesliegenschaften gebildet.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung der Investitionsbank für die Jahre 1997 bis 1999 in Mio. DM			
	1997	1998	1999
Zinsüberschuß	59,9	59,0	59,0
Provisionsüberschuß	11,4	9,9	8,2
Sonstiger betrieblicher Überschuss	20,9	22,7	20,0
Summe der Erträge	92,2	91,6	87,2
Personalkosten	-24,5	-23,0	-24,8
Sozialaufwendungen	-7,8	-7,5	-8,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	-24,9	-26,2	-25,0
Abschreibungen auf Anlagen	-1,9	-2,4	-3,0
Summe der Aufwendungen	-59,1	-59,1	-61,6
Ergebnis vor Bewertung	33,1	32,5	25,6
Risikovorsorge/Bewertung	-10,6	33,9	-13,7
Ergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	22,5	66,4	11,9

Risikobericht

Die Investitionsbank hat 1999 ein den Anforderungen des Kreditwesengesetzes sowie den neuen „Bestimmungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich“ (KonTraG) entsprechendes Regelwerk zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle von Risiken weitgehend eingeführt, anhand dessen sich die finanzielle Lage des Institutes jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmen lässt.

Dazu wurde eine umfassende Risikoanalyse durchgeführt, die

- die Geschäftsfeldrisiken (typische Bankrisiken, wie beispielsweise das Kreditausfallrisiko oder das Zinsänderungsrisiko),
- die personellen Risiken
- und die allgemeinen Betriebsrisiken (Risiken im organisatorischen Aufbau und Ablauf, insbesondere hervorgerufen durch Störungen der DV) berücksichtigt.

Die systematische Erfassung und Bewertung aller Einzelrisiken ergab, dass der gleichzeitige Eintritt aller erkannten Risiken unter Berücksichtigung der bereits gebildeten Risikovorsorge aufgefangen werden kann. Die Fortschreibung der Risikosituation der Investitionsbank wird zukünftig permanent vorgenommen, so dass auch neu erkannte Risiken in dem Risikostatus kurzfristig aufgenommen werden.

Erwartungsgemäß bilden die Zuführungen zu den Wertberichtigungen für die Adressenausfallrisiken den weitaus größten Teil des Gesamtrisikos (ca. 60%). In der Wohnungsbauförderung ist die Eintrittswahrscheinlichkeit auf Grund

der breiten Streuung, der durchschnittlichen Kredithöhe sowie der überwiegend guten Bonität der Wohnungsbaugesellschaften gering. Die Ausfallrisikoberechnung in der Wirtschaftsförderung ist das Ergebnis einer Einzelfallbetrachtung. Die zukünftige Entwicklung des Risikos in diesem Kreditportefeuille wird durch den Grad der Risikomischung bestimmt. Nennenswerte Zinsänderungsrisiken bestehen nicht. Sie sind überwiegend durch eine fristenkongruente Refinanzierung der Investitionsbank ausgeschlossen. Handelsgeschäfte mit Wertpapieren betreibt die Investitionsbank nicht.

In dem neuen Zweckvermögen Landesliegenschaften werden die Transaktionskosten zu Anlaufverlusten führen. Für den bisher übernommenen Immobilienbestand sind 10-jährige Pachtverträge abgeschlossen worden. Dies wird auch bei den weiteren Immobilienübertragungen sicherzustellen sein. Die Planungsrechnungen zeigen, dass über den 10-Jahreszeitraum die Anlaufverluste aus der Immobilienübernahme ausgeglichen werden.

Im Hinblick auf den Jahrtausendwechsel, der ohne Störungen verlief, wurden innerhalb der Investitionsbank umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen durchgeführt, die auch zukünftig Bestand haben. Risiken im allgemeinen Betriebsablauf der Investitionsbank können daher aus heutiger Sicht nahezu ausgeschlossen werden. Wesentliche Risiken, die den Bestand der Investitionsbank gefährden können, sind derzeit nicht

Mit dem Bestreben das Kostencontrolling zu verstärken, einer konsequenten Delegation von Entscheidungskompetenzen und der verstärkten Automatisierung der Kundenkorrespondenz in der DV-gestützten Sachbearbeitung verbindet die Investitionsbank das Ziel, die Betriebskosten zukünftig konstant zu halten.

Das Betriebsergebnis der Investitionsbank vor Risikovorsorge beläuft sich 1999 auf 25,6 Mio. DM. Damit ist der Vorjahreswert von 32,5 Mio. DM planmäßig nicht erreicht worden, da insbesondere der Zinszuschuss des Landes für die soziale Wohnungsbauförderung geringer ausgefallen ist. Nach Bewertungsmaßnahmen und notwendiger Risikovorsorge beträgt der Jahresüberschuss 11,9 Mio. DM.

Von dem Bilanzgewinn werden 1,5 Mio. DM an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet und gemäß Investitionsbankgesetz wieder für Förderzwecke eingesetzt. Ein Teilbetrag wird dem Gewinnvortrag des Zweckvermögens Wohnungsbau zugeführt. Gleichzeitig wird ein Verlustvortrag in dem neuen Zweckvermögen Landesliegenschaften auf Grund der Vorlaufinvestitionen zur Übernahme der Landesliegenschaften gebildet.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung der Investitionsbank für die Jahre 1997 bis 1999 in Mio. DM			
	1997	1998	1999
Zinsüberschuß	59,9	59,0	59,1
Provisionsüberschuß	11,4	9,9	8,2
Sonstiger betrieblicher Überschuss	20,9	22,7	19,9
Summe der Erträge	92,2	91,6	87,2
Personalkosten	-24,5	-23,0	-24,8
Sozialaufwendungen	-7,8	-7,5	-8,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	-24,9	-26,2	-25,0
Abschreibungen auf Anlagen	-1,9	-2,4	-3,0
Summe der Aufwendungen	-59,1	-59,1	-61,6
Ergebnis vor Bewertung	33,1	32,5	25,6
Risikovorsorge/Bewertung	-10,6	33,8	-13,7
Ergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	22,5	66,3	11,9

Risikobericht

Die Investitionsbank hat 1999 ein den Anforderungen des Kreditwesengesetzes sowie den neuen „Bestimmungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich“ (KonTraG) entsprechendes Regelwerk zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle von Risiken weitgehend eingeführt, anhand dessen sich die finanzielle Lage des Institutes jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmen lässt.

Dazu wurde eine umfassende Risikoanalyse durchgeführt, die

- die Geschäftsfeldrisiken (typische Bankrisiken, wie beispielsweise das Kreditausfallrisiko oder das Zinsänderungsrisiko),
- die personellen Risiken
- und die allgemeinen Betriebsrisiken (Risiken im organisatorischen Aufbau und Ablauf, insbesondere hervorgerufen durch Störungen der DV) berücksichtigt.

Die systematische Erfassung und Bewertung aller Einzelrisiken ergab, dass der gleichzeitige Eintritt aller erkannten Risiken unter Berücksichtigung der bereits gebildeten Risikovorsorge aufgefangen werden kann. Die Fortschreibung der Risikosituation der Investitionsbank wird zukünftig permanent vorgenommen, so dass auch neu erkannte Risiken in dem Risikostatus kurzfristig aufgenommen werden.

Erwartungsgemäß bilden die Zuführungen zu den Wertberichtigungen für die Adressenausfallrisiken den weitaus größten Teil des Gesamtrisikos (ca. 60%). In der Wohnungsbauförderung ist die Eintrittswahrscheinlichkeit auf Grund der

breiten Streuung, der durchschnittlichen Kredithöhe sowie der überwiegend guten Bonität der Wohnungsbaugesellschaften gering. Die Ausfallrisikoberechnung in der Wirtschaftsförderung ist das Ergebnis einer Einzelfallbetrachtung. Die zukünftige Entwicklung des Risikos in diesem Kreditportefeuille wird durch den Grad der Risikomischung bestimmt. Nennenswerte Zinsänderungsrisiken bestehen nicht. Sie sind überwiegend durch eine fristenkongruente Refinanzierung der Investitionsbank ausgeschlossen. Handelsgeschäfte mit Wertpapieren betreibt die Investitionsbank nicht.

In dem neuen Zweckvermögen Landesliegenschaften werden die Transaktionskosten zu Anlaufverlusten führen. Für den bisher übernommenen Immobilienbestand sind 10-jährige Pachtverträge abgeschlossen worden. Dies wird auch bei den weiteren Immobilienübertragungen sicherzustellen sein. Die Planungsrechnungen zeigen, dass über den 10-Jahreszeitraum die Anlaufverluste aus der Immobilienübernahme ausgeglichen werden.

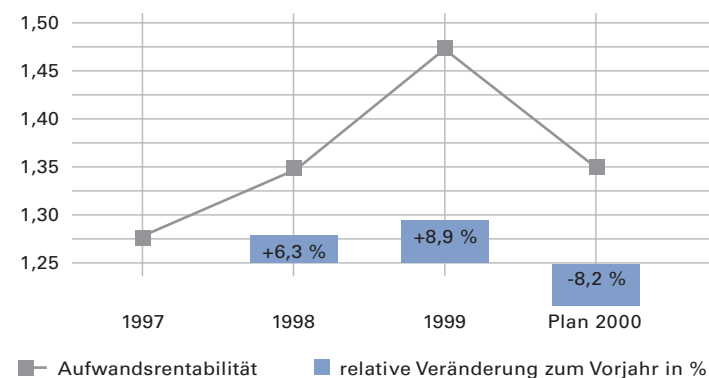
Im Hinblick auf den Jahrtausendwechsel, der ohne Störungen verlief, wurden innerhalb der Investitionsbank umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen durchgeführt, die auch zukünftig Bestand haben. Risiken im allgemeinen Betriebsablauf der Investitionsbank können daher aus heutiger Sicht nahezu ausgeschlossen werden. Wesentliche Risiken, die den Bestand der Investitionsbank gefährden können, sind derzeit nicht bekannt.

Die Produktivität der Investitionsbank wird an der Kennzahl „Aufwandsrentabilität“ gemessen. Auf Grund der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zweckvermögen Wohnungsbau und des neuen Zweckvermögen Landesliegenschaften wird die Ermittlung dieser Kennzahl nur für das Zweckvermögen Investitionsbank vorgenommen. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Bruttoertrag der Investitionsbank bei 1 DM Mitteleinsatz ist. Die Veränderung dieser Kennziffer erlaubt die Aussage, in welchem Maße die Summe aller Einzelentscheidungen und Veränderungen zur Optimierung des Ergebnisses beigetragen haben.

Die Aufwandsrentabilität des Zweckvermögens Investitionsbank hat sich von 1,27 (1997) auf 1,35 (1998) verbessert. 1999 ist diese Kennzahl abermals auf 1,47 gestiegen. Das heißt, dass die Summe aller geschäftlichen Maßnahmen die Produktivität um rund 8,9 % verbessert hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein außerordentlicher Ertrag durch Verkauf von Beteiligungen zu diesem Ergebnis beigetragen hat.

Für das Jahr 2000 erwarten wir eine geringe Reduzierung der Aufwandsrentabilität. Sie wird dann einen Wert von 1,35 erreichen. Maßgeblich für diesen Rückgang sind die Ergebnisausschüttung des Jahres 1998 und die Kapitalherabsetzung des Jahres 1999, deren Refinanzierungsaufwand sich in 2000 erstmals voll auswirkt.

Entwicklung der Aufwandsrentabilität*



*Aufwandsrentabilität = Nettoertrag bei 1,- DM Mitteleinsatz

Ausblick

Die Geschäftsentwicklung der Investitionsbank wurde 1999 entscheidend durch die historisch niedrige Zinssituation geprägt. Vor dem Hintergrund des zuletzt wieder gestiegenen Zinsniveaus erwarten wir für das Jahr 2000 durch Halten des Fördervolumens und geringer werdende außerordentliche Tilgungen ein weiteres Bilanzwachstum.

Im Bereich der Wohnungsbauförderung wird der Anteil der allgemeinen Förderung weiter an Gewicht gewinnen. Wir gehen davon aus, dass die soziale Wohnungsbauförderung sich auf dem derzeitigen – im Vergleich zu den Vorjahren – reduzierten Niveau stabilisiert und hier eine Verstetigung der Fördervolumen realisiert werden kann. Die neu eröffneten Beratungsbüros der Investitionsbank werden zukünftig verstärkt auch über die Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung und der Kommunalförderung informieren. Daraus erwarten wir weitere positive Impulse zur Ertragssituation in diesen Fördersegmenten. Unter Berücksichtigung einer angemessenen Risikomischung wird sich das Fördervolumen in der Wirtschaftsförderung jedoch nur bedingt weiter ausbauen lassen und sich somit auf hohem Niveau stabilisieren. In der Kommunalförderung werden vor dem Hintergrund der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte nur begrenzte Steigerungsraten möglich sein. Durch aktive Entwicklung innovativer Lösungen und intensivierte Kundenbetreuung erwarten wir aber positive Geschäftsauswirkungen auf das Fördervolumen im Kommunalbereich.

Maßnahmen zur weiteren Produktivitätsverbesserung durch Kostenreduzierung sind realisiert worden. Weitere Bemü-

hungen zielen auf eine Qualitätsverbesserung der Workflow-Prozesse und einen flexiblen Personaleinsatz. Notwendige Personalaufstockungen in den Marktsegmenten werden auch in den kommenden Jahren zu einem steigenden Personalaufwand führen. Gleichzeitig werden die bereits durchgeführten Maßnahmen zur Intensivierung der regionalen Präsenz konsequent genutzt, um über die bestehenden Fördermöglichkeiten besser zu informieren.

Für das Jahr 2000 ist die Übernahme weiterer Immobilien des Landes in dem Zweckvermögen Landesliegenschaften geplant. Das Finanzierungsvolumen wird sich auf rund 625,9 Mio. DM belaufen, so dass dann ein Immobilienvermögen von 1,1 Mrd. DM gehalten wird. In unseren Planungsrechnungen gehen wir davon aus, dass mit der weiteren Übernahme Anlaufkosten verbunden sind. Die bisher aufgelaufenen und die kommenden Anlaufkosten werden auf Grund der Vertragskonstellationen im Laufe der nächsten 10 Jahre planmäßig abgebaut.

Die Risikovorsorge wird auch in den kommenden Jahren wegen der Geschäftstätigkeit der Investitionsbank einen wesentlichen Bestandteil der Kostensituation der Investitionsbank darstellen. Auf Grund der Geschäftsplanungen und der Erwartungen für die kommenden Jahre geht die Investitionsbank davon aus, dass der gesetzliche Auftrag, einen kostendeckenden Geschäftsbetrieb durchzuführen, auch zukünftig sichergestellt ist.

Highlights 1999

Januar Februar März April Mai Juni Juli August September Oktober November Dezember

Januar bis April

Baumessen

Die Investitionsbank präsentiert das Förderangebot für den Wohnungsbau auf zahlreichen Bau- und Immobilienmessen schleswig-holsteinischer Kreditinstitute.



1. Februar

EU-Förderung/ Euro Info Centre
Das gesamte Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsangebot zum Thema EU wird unter dem Dach der neuen Organisationseinheit „EU-Förderung/ Euro Info Centre“ konzentriert.

11./12. Februar

2. Schleswiger Wärmesymposium
Fachleute aus dem gesamten Bundesgebiet diskutieren auf Einladung der Schleswiger Stadtwerke und der Energieagentur der Investitionsbank über den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.



20. April

VISION 1999
Gemeinsam mit weiteren Wirtschaftsförderinstitutionen beteiligt sich die Investitionsbank am Wirtschaftsfest und Kulturfestival VISION 1999 der IHK zu Flensburg.

26. April

Bilanzpressekonferenz
Die Förderergebnisse und unsere neuen Produkt- und Dienstleistungsangebote werden präsentiert. Erstmals übersteigt das Förderergebnis die Milliarden-grenze.

April/Mai

Regionale Pressekonferenzen
In vier regionalen Pressekonferenzen in Flensburg, Kiel, Lübeck und Norderstedt werden die Förderergebnisse aus den Einzugsbereichen der Beratungszentren vorgestellt.

19. Mai

„Neue Wege für kommunale Investitionen“
Start einer Diskussionsreihe für Land und Kommunen in Zusammenarbeit zwischen Investitionsbank und Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften.

17. Juni

Junior-Landeswettbewerb
Wir sind Landeskoordinator und führen die Landesauscheidung „Bestes Miniunternehmen an Schulen“ durch.



30. Juni

IT-Investitionsfonds
Unter Federführung der IB wird der IT-Investitionsfonds mit 50 Mio. DM aufgelegt. Es ist das erste Finanzierungsinstrument, das durch Bündelung von Landes-, Bundes- und EU-Mitteln einen Mehrwert für die Kunden schafft.

16. bis 21. September

Nordbau
Wir informieren Bau-, Kauf- und Modernisierungsinteressenten rund um unser Angebot zur Wohnungsbauförderung auf der wichtigsten Baumesse Europas.

22. bis 26. September

HUSUM Wind
Finanzierungsmöglichkeiten für Windenergieanlagen und -projekte in Zusammenarbeit mit den Hausbanken bilden den Schwerpunkt unseres Messeauftritts auf der weltgrößten Windenergiemesse.



19. Oktober

Zusammenarbeit mit DEG
Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH zur Förderung privater Investitionen in Entwicklungs- und Reformländern.

3. Dezember

Büro Schleswig
Mit der Eröffnung des regionalen Beratungsbüros in Schleswig schließen wir das Konzept der neuen regionalen Beratungsstruktur ab. Über 30 Förderberaterinnen und Berater stehen landesweit in 13 Beratungsstellen zur Verfügung.

17. Dezember

Verdoppelung des Programmvolumens
Aufgrund der außerordentlichen Nachfrage nach den Produkten der allgemeinen Wohnungsbauförderung gibt das Land die Verdoppelung des Förderprogrammvolumens auf 400 Mio. DM frei.



Projektmanagement



Überblick

Innovative Wege beschreiten und neue Ideen entwickeln – wenn es um die Realisierung öffentlicher Aufgaben geht, wachsen die Anforderungen an das Land und die Kommunen. Von den öffentlichen Haushalten wird verstärkt ein effizienteres Verhalten im betriebswirtschaftlichen Sinne erwartet. Die zentrale Fragestellung ist dabei der besonders wirtschaftliche Einsatz knapper werdender öffentlicher Mittel.

Als neutraler Dienstleister und „Problemlöser“ steht die Investitionsbank dabei mit ihrem gebündelten betriebswirtschaftlichen, förderspezifischen und technischen Know-how der öffentlichen Hand zur Seite.

Die Methodenkompetenz im Projektmanagement bietet gleichzeitig die Möglichkeit, komplexe interne Projekte in der Investitionsbank zu betreuen und bereichsübergreifende Produktentwicklungsprozesse zu strukturieren.



Projektmanagement entwickelt Lösungen

Da Standardlösungen vor allem bei der Realisierung innovativer Organisations- und Finanzierungsformen nicht vorhanden sind und in der öffentlichen Verwaltung oft vielschichtige Entscheidungsprozesse existieren, entwickeln wir strukturierte Komplettlösungen für komplexe Vorhaben. Unser Projektmanagement berät dabei umfassend über die Chancen und Risiken bei Public Private Partnership und erstellt Wirtschaftlichkeitsanalysen bei Privatisierungsmaßnahmen. Wir beraten Land und Kommunen bei Neubau oder Sanierung öffentlicher Liegenschaften über innovative Organisations- und Finanzierungsformen, zugeschnitten für die jeweiligen Projekte. Dazu analysieren wir in Zusammenarbeit mit unseren Auftraggebern die Problemstellung, strukturieren die Entscheidungsprozesse, beraten über innovative Wege und erarbeiten alternative Möglichkeiten für eine effiziente und zielgerichtete Auftragsvergabe. So entwickeln wir Lösungen für kommunale Vorhaben und moderieren Veränderungsprozesse aus Sicht eines neutralen Dritten.

1999 erarbeiteten wir unter anderem Vergleiche unterschiedlicher Organisations- und Finanzierungsformen für den Schulbau. Daneben berieten wir Kommunen bei Infrastrukturprojekten sowie bei der Privatisierung kommunaler Einrichtungen. Von besonderer Bedeutung war der Beginn einer Diskussionsreihe für das Land und die Kommunen, die wir in Zusammenarbeit mit dem Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften durchführten. Es ist ein Forum für den Austausch bezüglich neuer Wege zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Hand.

„Neue Wege für kommunale Investitionen“

Diskussionsforum findet reges Interesse
Welche Möglichkeiten haben Kommunen, um die Kosten für kommunale Investitionen zu senken? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Diskussionsforums, das wir 1999 gemeinsam mit dem Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften veranstalteten. Ein Erfahrungsaustausch über neue Organisations- und Finanzierungsmöglichkeiten, Betreibermodelle und andere Formen des Public Private Partnership bildete den Interessenschwerpunkt bei den über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Wie wichtig innovative Ansätze in diesem Bereich sind, verdeutlichten der Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Ministerium für Finanzen und Energie, Uwe Döring, sowie der Landrat des Kreises Pinneberg, Berend Harms. Dr. Jörg Christen von der Bund-Länder-Prüfkommission Kommunal-Leasing stellte Möglichkeiten vor, beim Neubau öffentlicher Liegenschaften durch innovative Organisations- und Finanzierungsformen mehr als 20% der Gesamtkosten einzusparen. In dieser Form wurden Neubauvorhaben bereits auch von Kommunen in Schleswig-Holstein mit Unterstützung der Investitionsbank realisiert. Aus Sicht der Kommunen gab das Forum zahlreiche Anstöße für eine Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Aufbau einer Datenautobahn für kommunale Verwaltungen

1999 starteten wir gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden und mit der von der Landesregierung eingerichteten „Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“ ein Projekt zum Ausbau der informationstechnischen Infrastruktur (Computer und Netze) in den Kommunen. Ziel des Projektes ist es, die kommunalen Verwaltungen mit zinsgünstigen Krediten und mit informationstechnischen Konzepten beim Aufbau einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Infrastruktur zu unterstützen. Wir führen das Projekt gemeinsam mit der Datenzentrale Schleswig-Holstein durch. Auf diesem Weg bündeln wir das unterschiedliche Know-how der Investitionsbank als Förderinstitut und der Datenzentrale als informationstechnischem Kompetenzzentrum sowie weiterer kommunaler und staatlicher Stellen. Diese Maßnahme trägt wesentlich dazu bei, die informationstechnische Infrastruktur im Lande wirksam zu verbessern.

Moderationsprozess im Rahmen von Public Private Partnership

Unterstützung leistete das Projektmanagement der Investitionsbank beispielsweise bei Abstimmungsgesprächen einer Kommune mit Sponsoren und einer Umweltorganisation. Eine ehemalige Wetterstation soll einer naturkundlichen, kulturellen und umweltpädagogischen Nutzung zugeführt werden. In der Vorbereitung zur Realisierung des Vorhabens ließen unterschiedliche Interessen der Beteiligten den Entscheidungsprozess ins Stocken geraten. Wir erarbeiteten und moderierten einen zielorientierten Realisierungsvorschlag, der den unterschiedlichen Erwartungen und möglichen Leistungen der Beteiligten gerecht wurde.

Unterstützung bei Investorenvorhaben

Im Rahmen eines Projektes zum Ausbau eines Tourismusangebots durch Investorengruppen zeigten wir kommunalen Vertreterinnen und Vertretern auf, welche Möglichkeiten sich bieten, um auf ein bereits beschlossenes Konzept Einfluss zu nehmen. Gleichzeitig konnten wir der Kommune insbesondere die finanziellen Risiken in Abhängigkeit von möglichen Realisierungsmodellen darlegen.

Bei den anschließenden Verhandlungen mit den Investorengruppen unterstützte die Investitionsbank die Kommune bei der Bewertung der Investorenkonzepte, um so den kommunalen Gremien eine fundierte Entscheidungsbasis darzustellen.

Projektmanagement als interner Dienstleister der Bank

Die Methodik des Projektmanagements setzen wir nicht nur zur Problemlösung für unsere Kunden ein, sondern nutzen sie auch intern als bereichsübergreifende Dienstleistung, indem den Fachbereichen der Bank Methoden- und Problemlösungskompetenz als „Know-how auf Zeit“ zur Verfügung gestellt wird. So sind die Entwicklung und Optimierungen von bereichsübergreifenden Förderangeboten beispielsweise für den kommunalen Bereich und interne Projekte wie die Jahr-2000-Fähigkeit der gesamten Bank strukturiert und koordiniert worden.

Ausblick

Die Aufgabe des Projektmanagements als neutraler Dienstleister mit breit gefächelter Beratungskompetenz, insbesondere auch im kommunalen Bereich, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Aufgrund des wachsenden Bedarfs bei den Kommunen bleibt die Beratung über innovative Organisations- und Finanzierungsmodelle bei öffentlichen Bauvorhaben eine Schwerpunkt unseres Angebots. Steigende Nachfrage verzeichnen wir auch auf dem Gebiet der Beratung bei der Privatisierung kommunaler Aufgaben. Hier werden wir im Jahr 2000 die Kommunen unterstützen, indem wir verschiedene Organisationsformen aufzeigen und den Privatisierungsprozess auf Wunsch begleiten. Ein weiterer Schwerpunkt unseres Projektmanagements liegt in der Moderation von Veränderungsprozessen. Auch hier gewinnt unsere Dienstleistung für Land und Kommunen als neutraler Berater zunehmend an Bedeutung.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich Projektmanagement

Torsten Graap
Tel. (04 31) 9 00-35 45

Rolf Jensen
Tel. (04 31) 9 00-35 60

Werner Kässens
Tel. (04 31) 9 00-34 65

Volker Palanco
Tel. (04 31) 9 00-32 57

Martin Wolf
Tel. (04 31) 9 00-35 51



Wirtschaftsförderung



Überblick

Die Wirtschaftsförderung der Investitionsbank umfasst zum einen den Service-Bereich „Förderberatung Wirtschaft“ und zum anderen den Finanzierungsbereich mit Darlehen, Zuschüssen und Beteiligungen.

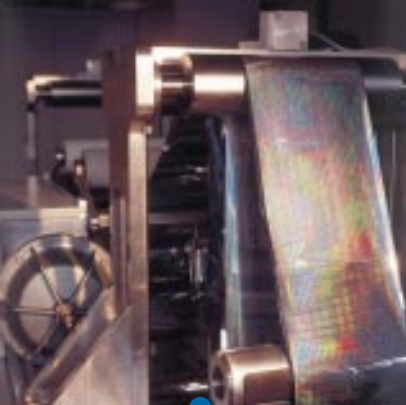
Die Förderlotsen und die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen haben 1999 in rund 2.500 Beratungsgesprächen 1.600 Existenzgründungsinteressierte und 750 bestehende Unternehmen beraten. Mit 30 Mio. DM Zuschüssen aus der Gemeinschaftsaufgabe wurden 21 Unternehmen gefördert. Bei den zinsgünstigen Darlehen belief sich das Neugeschäft auf 364 gewerbliche Kredite mit einem Volumen von insgesamt 253 Mio. DM. Damit wurden Investitionen von 740 Mio. DM ausgelöst. Branchenschwerpunkte bildeten erstmals die Dienstleistungen.

Über die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), an der die IB zu 51 % beteiligt ist, werden stille Beteiligungen für innovative Existenzgründungen und junge wachstumsorientierte Unternehmen zur Verfügung gestellt. Im fünften Jahr ihres Bestehens verdoppelte die MBG das bewilligte Beteiligungsvolumen auf rund 35 Mio. DM an 51 Unternehmen.

In Ergänzung der klassischen Finanzierung stellt der Innovationsfonds Schleswig-Holstein und Hamburg als Public-Private-Partnership Venture Capital zur Verfügung. 12 technologieorientierte Unternehmen in Schleswig-Holstein und Hamburg haben bisher eine offene Beteiligung in Anspruch genommen, die über klassische Finanzierungsprodukte nicht darstellbar gewesen wäre.



Förderberatung Wirtschaft



Beratung hat besondere Bedeutung

Die unentgeltliche und wettbewerbsneutrale Beratung für den Bereich der Wirtschaft bleibt angesichts der eher unübersichtlicher werdenden Fördermöglichkeiten durch EU, Bund und Land eine wichtige Aufgabe der Investitionsbank als zentrales Förderinstitut des Landes.

Förderlotsen:

Beratungsangebot verstärkt

Im dritten Jahr ihres Bestehens haben die Förderlotsen ihr Beratungsangebot weiter verstärkt. Die Zahl der beratenen Unternehmen stieg 1999 gegenüber dem Vorjahr um rund 26 % auf 748 (Vj. 595). Gleichzeitig ging allerdings die Nachfrage der männlichen Existenzgründungsinteressierten – die Frauen werden von der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen betreut – um rund 4 % auf 757 (Vj. 791) zurück. Ein Grund für den leichten Rückgang sind vermutlich verstärkte Aktivitäten anderer wirtschaftsfördernder Institutionen auf dem Feld der Existenzgründung.

1999 wurden erneut rund 2.000 Exemplare des unter unserer Federführung zusammen mit anderen Wirtschaftsorganisationen erarbeiteten Gründungsleitfadens „Selbständig werden – Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Schleswig-Holstein“ ausgegeben. Die Zusammenarbeit mit den regionalen Beratungsinstitutionen wurde 1999 weiter ausgebaut: Die Förderlotsen und die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen haben insgesamt 46 (Vj. 41) zum Teil mehrtägige Veranstaltungen an 23 (Vj. 15) verschiedenen Orten durchgeführt bzw. daran mit Vorträgen, Seminaren, Messeständen oder Beratungstagen mitgewirkt. Von den 46 Veranstaltungen waren 38 schwerpunkt-

mäßig auf Gründungsinteressierte ausgerichtet. Zusätzlich haben wir 8 Vortragsveranstaltungen mit einer Beteiligung von rund 430 Unternehmen durchgeführt.

Eine besonders enge Zusammenarbeit gibt es mit der im März 1999 zusammen mit inzwischen 21 weiteren Partnern gegründeten „Gemeinschaftsinitiative Existenzgründung für die Hansestadt Lübeck und die Kreise Herzogtum Lauenburg, Ostholstein, Segeberg und Stormarn“, die im Hause der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck angesiedelt ist. Von Seiten der Investitionsbank gibt es eine hohe Bereitschaft, sich an solchen oder ähnlichen Initiativen auch in anderen Regionen Schleswig-Holsteins zu beteiligen.

Seit Februar 2000 führen die Förderlotsen im Rahmen eines Kooperationsvertrages zusammen mit Experten der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) und den Industrie- und Handelskammern als Pilotprojekt einmal monatlich in Kiel die DtA-Sprechtage durch, bei denen Gründungsinteressierte und Unternehmen in der Aufbauphase über Fördermöglichkeiten, Konzeptfragen und Vorgehensweisen beraten werden.

Die Stärkung der Motivation zur beruflichen Selbständigkeit sehen wir als eine wichtige Daueraufgabe. Seit 1996 ist die Investitionsbank Landeskoordinator des Projektes „JUNIOR“. Dabei wird unter Leitung des Institutes der deutschen Wirtschaft in Köln an Schulen in befristeten Miniunternehmen Selbständigkeit geübt. Die Investitionsbank richtet jährlich den JUNIOR-Landeswettbewerb aus. Schleswig-Holstein war bislang das erfolgreichste Bundesland mit je zwei ersten und zweiten Plätzen bei den

JUNIOR-Bundeswettbewerben und einem dritten Platz unter 17 Nationen bei einem Europawettbewerb. 1999 hat jedoch ein Miniunternehmen aus Nordrhein-Westfalen mit dem Europasieg den größten Erfolg erreicht. In Schleswig-Holstein sind seit 1996 insgesamt 39 solcher Miniunternehmen gegründet worden. Mindestens vier echte Gewerbeanmeldungen sind daraus bisher hervorgegangen. Im Schuljahr 1999/2000 beteiligen sich weitere 23 Miniunternehmen

Beratungsstelle für Existenzgründerinnen – Beratung von Frau zu Frau

Die 1994 mit Förderung des Landes und der EU bei der Investitionsbank eingerichtete Beratungsstelle für Existenzgründerinnen konnte im Mai 1999 auf ihr fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Auf Grund der Einführung des Existenzgründerinnen-Programms des Landes und einer personellen Verstärkung des Bereiches konnten wir ab 1997 eine deutliche Steigerung bei den Beratungsfällen erzielen. Bis Ende 1999 wurden insgesamt 3.608 gründungsinteressierte Frauen teilweise mehrfach beraten. Die Nachfrage war 1999 mit 797 (Vj. 857) beratenen Frauen analog der geschilderten Entwicklung bei den männlichen Existenzgründungsinteressierten leicht rückläufig (- 7 %).

Von 38 externen Existenzgründungsveranstaltungen richteten sich wie im Vorjahr 14 speziell an Frauen. Dabei wurde die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen Frau & Beruf, dem Frauennetzwerk und den Gleichstellungsbeauftragten der größeren Kommunen weiter ausgebaut.

aus schleswig-holsteinischen Schulen am Projekt JUNIOR. Bundesweit starten 205 Schülerunternehmen in neun Bundesländern.

Als weitere Beiträge zur Existenzgründungsoffensive verstehen wir insbesondere Informationsveranstaltungen an Hochschulen und die Jurorentätigkeit im Rahmen des StartUp Gründungswettbewerbs.

Nach wie vor haben die überwiegenden Gründungsvorhaben von Frauen ein geringeres finanzielles Volumen als bei Männern. Zum größeren Teil erfolgen sie in Geschäftszweigen, die für Kreditinstitute schwer einzuschätzen sind. Aus beiden Gründen spielt bei den Beratungen die Zugangserleichterung zu den Darlehensprogrammen des Bundes durch befristete Übernahme der Hausbankfunktion seitens der Investitionsbank im Rahmen des Existenzgründerinnen-Programms des Landes eine besondere Rolle. Dieses Programm und die Gründerinnenberatung durch die Investitionsbank haben sicherlich wesentlich dazu beigetragen, dass in Schleswig-Holstein der Frauenanteil an den Gründungsförderungen durch die Deutsche Ausgleichsbank 1999 mit 28,8 % noch weiter gestiegen ist und genau 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt in den alten Bundesländern liegt.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wirtschaftsförderung/Förderlotse

Dr. Kurt Puls
Tel. (04 31) 9 00-33 67

Barbara Steffen
Tel. (04 31) 9 00-33 68

Ihre Ansprechpersonen in der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen

Susanne Diedrichsen-Knaak
Tel. (04 31) 9 00-33 63

Katharina Preusse
Tel. (04 31) 9 00-33 64

Sylvia Oppermann
Tel. (04 31) 9 00-35 77

Kredite und Zuschüsse

Förderangebote für die gewerbliche Wirtschaft

Im Auftrag des Wirtschaftsministeriums unterstützen wir die gewerbliche mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein mit unseren Kreditprodukten und einzelbetrieblichen Programmen durch:

- Nachrangige Investitionsdarlehen
- Nachrangkombidarlehen
- Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- Umfinanzierungsdarlehen
- Existenzgründerinnenprogramm
- Starthilfe für Existenzgründungen
- Investitionszuschüsse, bedingt rückzahlbare Zuschüsse
- Beratungskostenzuschüsse

Wir arbeiten stets in Kooperation mit den jeweiligen Hausbanken unserer Kunden (Hausbankprinzip). Unabhängig von der gewählten Hausbank haben alle Kunden gleichermaßen Zugang zu Förderprodukten der Investitionsbank.

Kreditvolumen erneut gesteigert

Mit einem Kreditvolumen von 253 (Vj. 242) Mio. DM und 364 (Vj. 393) Anträgen konnten wir 1999 an das erfolgreiche Geschäftsergebnis des Vorjahres anknüpfen.

Der Bereich Wirtschaftsförderung vergibt zur Mitfinanzierung von Investitionen vorwiegend im Eigenrisiko Investitionsdarlehen zu gleichbleibend günstigen Konditionen aus Förderprogrammen von Bund und Land sowie Kapitalmarktmitteln.

Im Regelfall optimieren wir die Finanzierungspläne kleiner und mittlerer Unternehmen gemeinsam mit der Hausbank. Hierbei ergänzen wir zinsgünstig die Finanzierung der Hausbank, teilen das Risiko mit ihr und stellen geringere Anforderungen an die Besicherung, indem wir uns anteilig auch nachrangig absichern.

Ende September 1997 haben wir mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Vertrag über einen Refinanzierungsrahmen von 100 Mio. DM geschlossen. Dadurch konnten wir die Kreditkonditionen für unsere Kunden noch weiter verbessern. Hierdurch entstand das Produkt „Nachrangkombidarlehen“, das zur Mitfinanzierung von Investitionen bei Laufzeiten bis zu 20 Jahren dient.

In Zusammenarbeit mit der Hausbank unserer Kunden vergeben wir auch Umfinanzierungsdarlehen. Sie dienen der langfristigen Umschuldung der Vorratsgrundausrüstung sowie bislang kurzfristig finanzierter Investitionen.

Neben der Vergabe von Barmitteln erteilen wir auch Kreditaufträge an Banken, die Bürgschaften gleichkommen.

Sonderdarlehen stärken Eigenkapitalausstattung

Insgesamt haben wir an 81 Unternehmen Sonderdarlehen vergeben. Die Darlehen haben eigenkapitalähnlichen Charakter, sie sind damit vergleichbar mit einer stillen Beteiligung. Hiermit werden insbesondere investive Vorhaben einschließlich der Aufstockung von Vorräten mit- und nachfinanziert. Diese Sonderdarlehen können auch für Außenwirtschaftsfinanzierungen eingesetzt werden; vor allem zur Mitfinanzierung von Investitionen und des Kapitalbedarfs von Joint-Ventures.

Die Eigenkapitalausstattung kleinerer und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins, die aus volkswirtschaftlicher Sicht besonders förderwürdig erscheinen, kann auf diese Weise verbessert werden.

Bewilligte Kredite	Anzahl		Volumen			
	1999	1998	1999 Mio. DM	%	1998 Mio. DM	%
Nachrg. Investitionsdarlehen	179	197	189,1	75	171,3	71
Kreditaufträge/Bürgschaften	29	32	21,7	9	23,7	10
Umfinanzierungsdarlehen	49	63	23,3	9	26,1	11
Sonderdarlehen	31	26	12,9	5	14,6	6
Existenzgründerinnenprogramm*	68	71	5,5	2	5,8	2
Starthilfe für Existenzgründer **)	8	4	0,5	0	0,3	0
Gesamt	364	393	253,0	100	241,8	100

* seit Mai 1997

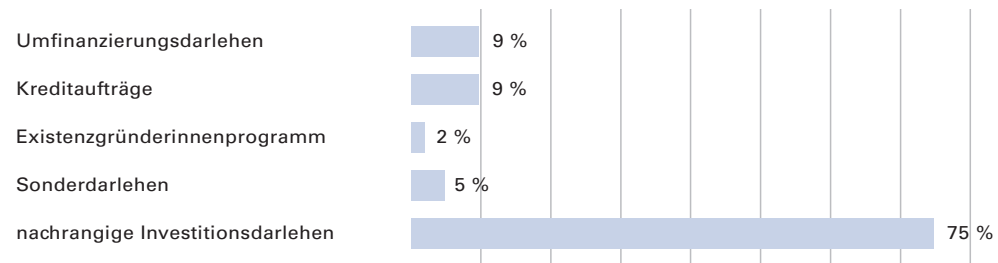
** seit Okt. 1997



Existenzgründungsoffensive der Landesregierung schafft Arbeitsplätze

Um die Nachteile für kleine Existenzgründungsvorhaben am Kapitalmarkt auszugleichen, übernehmen wir im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramms und in der „Starthilfe für Existenzgründungen“ im Einvernehmen mit einem örtlichen Kreditinstitut befristet die Hausbankfunktion für kleinere Gründungsvorhaben (Investitionsvolumen zwischen 20 und 200 TDM sowie Betriebsmittelbedarf zwischen 5 und 50 TDM). So eröffnen wir den Zugang zu den zinsgünstigen Existenzgründungsmitteln der Deutschen Ausgleichsbank. 76 Frauen und Männern konnte damit 1999 der Start in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht und insgesamt 127 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Seit Start dieser Produkte in 1997 wurden insgesamt 194 Frauen und Männer gefördert und 353 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bewilligte Kredite 1999 in Prozent



Förderung unterstützt Leistungsfähigkeit der Wirtschaft

Mit Hilfe der bewilligten Kredite wurden Investitionen in Höhe von 737 (Vj. 602) Mio. DM mitfinanziert. Damit konnten die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen gestärkt werden. 7.411 (Vj. 9.186) bestehende Arbeitsplätze wurden gesichert sowie 1.438 (Vj. 574) neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Kredit/Beteiligungsbestand lag am Ende des Geschäftsjahres mit rund 812 (Vj. 708) Mio. DM 15 % über dem Vorjahresbestand. Hiermit werden insgesamt 1.300 mittelständische Unternehmen unterstützt.

Förderung steigert die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft

Gesamtbestand Kredite/Beteiligungen in Mio. DM	31.12.1999	31.12.1998
nachrangige Investitions-, Umfinanzierungsdarlehen	670,2	579,3
Kreditaufträge/Bürgschaften	95,7**	83,9
Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter	34,7	31,3
Härtefondsdarlehen	0*	2,2
Beteiligungen	11,2	11,2
Gesamt	811,8	707,9

* Programm im Mai 1998 ausgelaufen, Fondsmittel Ende 1999 vom Land angekauft
 ** davon 2,1 Mio. DM Garantien Innovationsfonds, 50 % rückverbürgt durch die Stadt Hamburg

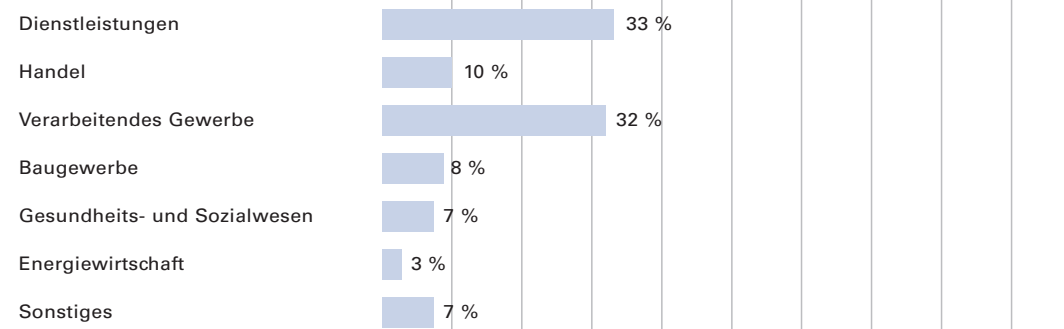
Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wirtschaftsförderung/Kredite

Stadt Flensburg, Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Fensburg
 Klaus Siegmund
 Tel. (0431) 9 00-34 75

Stadt Lübeck, Kreise Herzogtum-Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Stormarn
 Uwe Thomsen
 Tel. (0431) 9 00-33 23

Städte Kiel, Neumünster, Kreise Plön, Ostholstein
 Ulrike Kiehne
 Tel. (0431) 9 00-33 20

Bewilligte Kredite/Beteiligungen nach Branchen 1999





Zuschussvolumen leicht rückläufig

Mit einem Zuschussvolumen von fast 36 (Vj. 40) Mio. DM aus sechs Förderprogrammen konnten wir Investitionen von 257 (Vj. 327) Mio. DM initiieren. Dadurch wurden 551 (Vj. 1.271) neue Dauerarbeitsplätze geschaffen und 886 (Vj. 2.240) Arbeitsplätze gesichert.

21 (Vj. 24) betriebliche Vorhaben wurden aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit 29,7 (Vj. 35,8) Mio. DM bezuschusst. Gefördert werden Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und bestimmte Dienstleistungsunternehmen mit Betriebsstätten im Fördergebiet des jeweils geltenden GA-Rahmenplans.

Daneben wurden in vier Fällen Beratungskostenzuschüsse gewährt. Sie ergänzen die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) in ausgewählten Regionen. Zielsetzung ist die Förderung der Beratung ausschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere zur strategischen Neuausrichtung sowie zur Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wirtschaftsförderung/Zuschüsse

Erhard Jureit
Tel. (04 31) 9 00-32 15

Renate Furche-Jost
Tel. (04 31) 9 00-33 09

Ausblick

Bei der Förderung einzelbetrieblicher Vorhaben aus Mitteln der GA wird die Förderkulisse von Konversionsstandorten auf weitere Fördergebiete in Schleswig-Holstein ausgeweitet. Das Fördervolumen wird voraussichtlich um EU-Fördermittel beträchtlich erhöht. Auch im Jahr 2000 hat sich die Investitionsbank das Ziel gesetzt, ein interessanter Finanzierungspartner für die Sparkassen und Banken bei der Umsetzung des Förderauftrags zu sein. Die enge Zusammenarbeit mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH gehört dazu.

Bewilligungen 1999 aus den Wirtschaftsförderprogrammen (Vorjahreszahl in Klammern)

Programm	Fälle	Aufwendungen Mio. DM	Zuschuß Mio. DM	Arbeits- plätze neu	Arbeits- plätze gesichert
Gemeinschaftsaufgabe Einzelbetriebliche Förderung	21 (24)	220,5 (302,4)	29,7 (35,8)	426 (1.071)	471 (635)
Gemeinschaftsaufgabe Beratung	4 (5)	0,2 (0,2)	0,1 (0,09)	– (–)	– (–)
Beteiligungen aus dem Wagniskapitalförderprogramm	9 (12)	25,4 (22,2)	3,0 (3,1)	25 (165)	331 (1.605)
Existenzgründungsoffensive – Wagniskapitalförderprogramm – Beteiligungen	7 (6)	3,1 (1,7)	0,7 (0,4)	56 (35)	– (–)
Innovation – Wagniskapitalförderprogramm – Beteiligungen*	8 (–)	7,9 (–)	2,1 (–)	44 (–)	84 (–)
Beratungen aus dem Wagniskapitalförderprogramm	4 (3)	0,1 (0,1)	0,05 (0,06)	– (–)	– (–)
Insgesamt	49 (50)	257,2 (326,6)	35,7 (39,5)	551 (1.271)	886 (2.240)

*ab 1999

Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg

Innovationsfähigkeit ist ein entscheidender Standortvorteil. Jungen innovativen Technologieunternehmen mangelt es häufig an ausreichendem Eigenkapital und betriebswirtschaftlichem Management-Know-how. Beides ist jedoch Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der innovativen Ideen.

Unter Federführung der Investitionsbank wurde 1998 der Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg als „Public Private Partnership“ aufgelegt. Der Fonds stellt Venture-Capital von insgesamt bis zu 100 Mio. DM für innovative Technologieunternehmen in der Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg zur Verfügung.

Als öffentliche Risikopartner sind die Investitionsbank Schleswig-Holstein, die Freie und Hansestadt Hamburg und die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt sowie die Europäische Investitionsbank beteiligt. Das öffentliche Engagement für junge Technologieunternehmen in der nördlichen Wirtschaftsregion wird damit deutlich verstärkt.

Das private Kapital und Management-Know-how stellt die Venture-Capital-Gesellschaft TECHNOLOGIEHOLDING VC GmbH, München, bereit.

Ebenso bedeutend wie das finanzielle Engagement ist die Managementunterstützung. Mit langjähriger Venture-Capital-Erfahrung stellt die TECHNO NORD VC GmbH mit einem Managementbüro in Hamburg den Beteiligungsunternehmen professionelles Know-how und Betreuung vor Ort zur Verfügung.

Der Innovationsfonds bietet Eigenkapital grundsätzlich als offene Beteiligung mit intensiver Managementunterstützung an. Im Einzelfall ist es möglich, maximal 5 Mio. DM als öffentliches Risikokapital und parallel in gleicher Höhe privates Risikokapital der TECHNOLOGIEHOLDING bzw. TECHNO NORD zur Verfügung zu stellen.

Die Beteiligung darf höchstens 49 % des Eigenkapitals des Unternehmens betragen. Eine Mehrheitsbeteiligung wird nicht angestrebt.

Die technologieorientierten Unternehmen des Nordens sollen eine bedeutende Marktposition in Wachstumsmärkten erreichen können und vornehmlich auf folgenden innovativen Feldern aktiv sein:

- Kommunikation, Telekommunikation, Multimediale Technologien
- Informationstechnik (Hardware, Software, Internet, Intranet)
- Umweltschonende und energiesparende Technologien/Umwelttechnik
- Automation, Meß- und Regeltechnik sowie Verfahrenstechnik
- Elektronik und Sensorik
- Mikrostrukturtechnik
- Neue Werkstoffe und chemische Technologien
- Biotechnologie und Medizintechnik
- Innovative Technologiedienstleistungen
- Maritime Technik und Komponenten für Windkraftanlagen

Denkbar sind auch Unternehmen, die sich in der Frühphase der Entwicklung befinden. Die Fondsaktivitäten richten sich schwerpunktmäßig auf folgende Unternehmensmaßnahmen:

- Forschungs- und Entwicklungsarbeiten
- Gründungskonzeptionen
- Anpassungs- und Produktentwicklungen bis zur Marktreife
- Markteinführungsaktivitäten

Im ersten vollen Geschäftsjahr wurden 12 Beteiligungen mit einem Volumen von fast 5 Mio. DM durch den Innovationsfonds eingegangen. Hinzu kommt privates Venture-Capital in Höhe von rund 20 Mio. DM. Insgesamt wurden Investitionen von 45 Mio. DM initiiert.

Ihre Ansprechpersonen für den Innovationsfonds

TECHNO NORD VC GmbH

Dr. Gottfried Neuhaus
Große Bleichen 8, 20354 Hamburg
Tel. (0 40) 3 55 2 82-0
Fax (0 40) 3 55 2 82-39
e-mail: neuhaus@technonord.de



INVESTITIONSBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsförderung
Harald Bock/Uwe Thomsen
Fleethörn 29 – 31, 24103 Kiel
Tel. (04 31) 9 00-33 21/-33 23
Fax (04 31) 9 00-32 55
e-mail: uwe.thomsen@ibank-sh.de



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Wirtschaftsbehörde Hamburg
Wirtschaftsförderung
Christian Peters
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg
Tel. (0 40) 35 04-15 77
Fax (0 40) 35 04-23 47
e-mail: christian.peters@wb.fhhnet.dbp.de



Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)

Beteiligungen erfreulich entwickelt

Seit ihrem Start Mitte 1994 hat sich die rechtlich selbständige Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein (MBG) an 143 Unternehmen mit einer Summe von insgesamt rund 90 Mio. DM beteiligt. Das entspricht einer durchschnittlichen Einzelbeteiligung von etwa 630 TDM. Das Bewilligungsvolumen betrug im gleichen Zeitraum sogar schon deutlich über 100 Mio. DM. Im Berichtsjahr wurden 54 Beteiligungen einschließlich Aufstockungen mit einem Volumen von insgesamt knapp 35 Mio. DM bewilligt. Das bewilligte Finanzvolumen hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Schwerpunkte der Förderung waren Unternehmen der Mikrosystemtechnologie, Elektronik und Sensorik, Informations- und Telekommunikationstechnologie, innovative Dienstleister und sonstige Softwarehersteller. Aber auch Unternehmen des sonstigen Gewerbes einschließlich Handel mit hohem Arbeitsplatzeffekt waren Empfänger stiller Beteiligungen der MBG.

Die MBG hat Beteiligungen in allen Teilen des Landes, insbesondere aber in Kiel, Lübeck und Flensburg sowie in den Kreisen Stormarn, Steinburg und Pinneberg übernommen.

MBG unterstützt unternehmerische Wachstumspotentiale

Die MBG, organisatorisch mit der IB verbunden, ist auf Initiative der Landesregierung Schleswig-Holstein geschaffen worden. Sie hat zum Ziel durch Zuführung von Beteiligungskapital Nachteile auszugleichen, die für kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründungen am Kapitalmarkt bestehen. Damit sollen im Lande Wachstumspotentiale von Unternehmen besser genutzt werden.

Die MBG ist mit dem Anspruch angetreten, durch die Vergabe von Beteiligungskapital die Eigenkapitalverhältnisse von Unternehmen zu verbessern und den Spielraum für Kreditschöpfungsmöglichkeiten erheblich zu erweitern.

Mehrheitsgesellschafter an der MBG ist die IB mit 51 %, die übrigen 49 % halten verschiedene Banken des Landes sowie die Provinzialversicherung. Gemäß Kooperationsvertrag ist die MBG mit der IB und der Bürgschaftsbank des Landes verbunden und arbeitet eng mit der Technologietransferzentrale (ttz) des Landes zusammen. Die MBG Schleswig-Holstein gehört mit ihren rund 25 Mio. DM Eigenkapital im Rahmen eines nationalen Vergleichs zu den finanzstärksten Anbietern öffentlich geförderter Kapitalbeteiligungsgesellschaften aller Bundesländer. Als Wirtschaftsförderinstitut arbeitet die MBG wettbewerbsneutral.

Vorrangige Zielgruppe der MBG sind technologie- und ökologieorientierte Unternehmen, innovative Dienstleistungen und Unternehmen in Wachstumsbranchen. Darüber hinaus können grundsätzlich auch Beteiligungen an wirtschaftlich interessanten Unternehmen eingegangen werden, die nicht zu dieser Zielgruppe gehören, jedoch nachstehende Kriterien erfüllen:

- regionale Bedeutung
 - strukturschwache Region
 - gesundes Wachstum bei schwacher Eigenkapitalbasis
 - hoher Arbeitsplatzeffekt.
- Konsolidierungen sind möglich, Sanierungen bleiben ausgeschlossen.

Antragsberechtigt sind gewerbliche Unternehmen, die in der Regel nicht mehr als 150 Mio. DM (in begründeten Einzelfällen bis zu 230 Mio. DM bzw. 1 Mrd. DM) p.a. umsetzen. Die Beschäftigtenzahl sollte 499 nicht überschreiten. MBG-Beteiligungen können im Land Schleswig-Holstein flächendeckend eingesetzt werden, grundsätzlich ohne regionale Schwerpunkte. Entscheidend ist dabei, dass die Betriebsstätte als operativer Mittelpunkt eines Unternehmens sich in Schleswig-Holstein befindet.

Die MBG vergab bisher grundsätzlich nur stille Beteiligungen zur Mitfinanzierung von Maßnahmen eines Unternehmens, die geeignet sind, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Vornehmlich werden Beteiligungen gewährt für alle notwendigen und betriebsbedingten investiven Vorhaben, aber auch für Ausgründungen, Nachfolgeregelungen und insbesondere für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Die MBG kann auch in schwierigen wirtschaftlichen Situationen eines Unternehmens Beteiligungen vergeben, wenn ein besonderes landes- und beschäftigungspolitisches Interesse vorliegt und zumindest mittelfristig wieder eine angemessene Rendite erwartet werden kann. Im Rahmen einer von der Landesregierung initiierten Offensive für innovative Existenzgründungen und -festigungen können Beteiligungen zu günstigen Konditionen angeboten werden.

Die MBG kann in der Regel im Einzelfall Beteiligungen zwischen 50 TDM und 3 Mio. DM übernehmen. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre, mit Verlängerungsoption bei Umwandlung in ein sicherungsfreies Darlehen.

Der Ausstieg der MBG nach Beendigung der Beteiligungslaufzeit erfolgt zum Nominalwert, d. h. die MBG partizipiert nicht an etwaigen stillen Reserven.

Refinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen öffentlicher Programme ermöglichen der MBG – im Vergleich zu erwerbswirtschaftlich orientierten Beteiligungsgesellschaften – ihre Beteiligungen vergleichsweise günstig anzubieten. Die Konditionen bleiben während der gesamten Laufzeit konstant und bieten damit eine kontinuierliche Kalkulationsgrundlage für die Unternehmen.

Die MBG beteiligt sich mit höchstens 49 % des im Unternehmen arbeitenden wirtschaftlichen Eigenkapitals; sie bleibt somit Minderheitsgesellschafter und nimmt grundsätzlich keinen Einfluss auf das tägliche Geschäft eines Unternehmens.

Ausblick

Mit einem Volumen von 22 Mio. DM Neugeschäft hat sich die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft für 2000 wieder ehrgeizige Ziele gesteckt. Einen besonderen Beitrag zur Verwirklichung dieser Ziele leistet hier das Land Schleswig-Holstein durch die erneute Bereitstellung von 5,5 Mio. DM Haushaltsmitteln im Rahmen des Wagniskapitalförderprogramms des Landes.

Eine Fortsetzung der regen Nachfrage nach öffentlichem Beteiligungskapital ist zu erwarten.

Ihre Ansprechperson

Gesellschaft für Wagniskapital
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein GmbH
(MBG)

Lothar Wegener
Tel. (04 31) 9 00-35 85



Wohnungsbau- förderung



Überblick

1999 hat das Land mit Hilfe der Investitionsbank 2.452 Wohneinheiten mit einem Volumen von rund 169 Mio. DM gefördert. Schwerpunkte waren Neubau und Modernisierung von Mietwohnungen sowie der Bau von Wohneigentum für Haushalte mit niedrigen Einkommen.

Im Mietwohnungsbauprogramm haben wir 1.197 Wohneinheiten finanziell unterstützt. Dabei konnte die Förderung im Wohnungsbestand mit 580 Einheiten (hierin enthalten 332 Wohneinheiten durch Modernisierung) intensiviert werden.

Im Eigentumsbereich wurden 1.255 Familienheime gefördert, hiervon 787 für Bauherren mit geringem Einkommen und 468 für Bauherren mit mittlerem Einkommen.

An der Modernisierung im Wohnungsbestand haben wir uns zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit einem Volumen von fast 34 Mio. DM finanziell beteiligt.

Mit weiteren Förderprodukten ergänzte die Investitionsbank auch 1999 erfolgreich die soziale Wohnungsbauförderung des Landes.

Unser bereits zum dritten Mal fortgeschriebenes Wohnungsmarktbeobachtungssystem bildet weiterhin eine Diskussions- und Planungsbasis für die Wohnungswirtschaft und die Wohnungspolitik des Landes.



Wohnungsbauförderung

Soziale und ökologische Ziele stehen im Mittelpunkt

Das Land verfolgte auch 1999 mit seiner Wohnungsbaupolitik das Ziel, den sozialen und ökologischen Wohnungsbau in Schleswig-Holstein zu fördern.

Dabei konzentrierte sich die Förderung für Mietwohnungen und privates Wohneigentum auf Haushalte mit niedrigem Einkommen. Die Förderung wurde auf Basis der bewährten Qualitätsziele und der bereits etablierten Vereinbarten Förderung weitergeführt.

Die zunehmende Entspannung des Wohnungsmarktes führte dazu, dass das Förderangebot im Mietwohnungsbau nicht in vollem Umfang abgenommen wurde. Vor diesem Hintergrund wurde das Programmvolumen im Mietwohnungsbau im Laufe des Jahres verringert.

Aufgrund niedriger Kapitalmarktzinsen und weitreichender Fördermöglichkeiten nach dem Eigenheimzulagengesetz überstieg die unverändert hohe Nachfrage im privaten Wohnungsbau das Förderangebot. Daher legten wir bei der Förderung den Schwerpunkt auf eine

Kombination von sozialen und ökologischen Komponenten. Wir förderten vorrangig leistungsschwächere Bauherren, deren Bauvorhaben den Niedrigenergiehausstandard nach dem Eigenheimzulagengesetz erfüllen.

Insgesamt förderten wir im Wohnungsbauprogramm 2.452 Wohneinheiten mit rund 169 Mio. DM. Der Einsatz der Fördermittel löste eine Gesamtinvestition von mehr als 500 Mio. DM aus.

Bei der Förderung von Mietwohnungen haben wir mit den Investoren über Förderhöhe und weitere Bedingungen mit Hilfe der EDV-gestützten Investitionsrechnung individuell verhandelt und konnten damit wieder den effizienten Einsatz der Fördermittel gewährleisten.

Die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. und die Investitionsbank übernahmen wie auch in den Vorjahren die Aufgabe, die Investoren über die städtebaulichen, ökologischen und sozialen Ziele zu informieren und Rationalisierungspotentiale aufzuzeigen.

Modernisierung besonders gefragt

Angesichts der Entspannung auf dem Wohnungsmarkt erhielt die Förderung bestehender Wohnungen größere Bedeutung. Dabei stand die Modernisierung mit einem geförderten Volumen von 10,9 Mio. DM im Mittelpunkt.

Wir haben den Bau bzw. die Modernisierung von insgesamt 1.197 Mietwohnungen finanziell unterstützt. Hierin enthalten sind 617 Wohnungen, die durch Neubau entstehen, 159 Wohnungen, die unter wesentlichem Bauaufwand umgebaut und 332 Einheiten, die modernisiert werden. Darüber hinaus wurden 89 Wohnungen im Rahmen der Förderung von Bewohnergenossenschaften mitfinanziert.

Wie bereits im Vorjahr ist die Eingangsmiete nach Standort des Objektes gestaffelt und beträgt maximal 9,80 DM im Monat. Die durchschnittliche Förderhöhe betrug im Neubau rund 77 TDM je Wohnung.

Die Modernisierungsmaßnahmen wurden mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von knapp 33 TDM je Wohnung mitfinanziert.

Im Eigentumsprogramm haben wir 787 Eigenheime für Haushalte mit niedrigem Einkommen gefördert.

Bei einem durchschnittlichen Förderbetrag von 91 TDM belief sich die durchschnittliche finanzielle Belastung einer Familie auf 10,48 DM pro qm monatlich.

Ergänzend erhielten 468 Haushalte mit mittlerem Einkommen eine pauschale Förderung von 40 TDM.

Förderergebnis Sozialer Wohnungsbau

	WE*	1999	Plan 2000	
		Volumen in Mio. DM	WE	Volumen in Mio. DM
Mietwohnungen				
Neubau	617	54,0	620	
Bestandsmaßnahmen (Aus- u. Umbau, Modernisierung)	491	22,1	470 **	
Erwerb von Belegungsrechten	89	2,5	120	
Eigentumsmaßnahmen				
Neubau	1.234	88,4	1.195	
Ankäufe	21	2,0	15	
Summe	2.452	169,0	2.420	162,0

*WE = Wohneinheiten ** nur Modernisierung



Produkte der Allgemeinen Wohnungsbauförderung ergänzen den sozialen Wohnungsbau...

Im Rahmen der Allgemeinen Wohnungsbauförderung ergänzt die Investitionsbank mit interessanten Produktideen die Programme des Landes. Diese ebenfalls nachrangigen Finanzierungsprodukte können Finanzierungen ermöglichen, für die Landes-Fördermittel in der Regel nicht in Frage kommen, beispielsweise für den Neubau von Eigenheimen, den Erwerb von Gebrauchtimmobilien und die Modernisierung.

Unter Einbindung der Eigenheimzulage können unsere Kunden mit unseren nachrangigen Darlehensprodukten eine schnellere Entschuldung bzw. eine Absenkung der monatlichen Leistung erreichen sowie den durch den Wegfall der Eigenheimzulage bedingten Belastungssprung nach acht Jahren vermeiden.

Neben der Vorfinanzierung und der Kapitalisierung der Eigenheimzulage bieten wir die Kombi-Produkte „Tandem 15“ und „Tandem Plus“ an. Hier wird die abgezinste Eigenheimzulage mit einem Disagiodarlehen kombiniert. „Tandem Plus“ ist ein gemeinsames Angebot der Investitionsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über das von der KfW angebotene Förderprogramm „Junge Familie“.

Diese Finanzierungsprodukte wurden insgesamt gut nachgefragt. Das Förderergebnis 1999 konnte gegenüber 1998 deutlich gesteigert werden.

Förderergebnisse Allgemeiner Wohnungsbau 1999		
	Anzahl	Volumen in Mio. DM
Persönliche Beratungen	12.400	-
Vorfinanzierung/Kapitalisierung der Eigenheimzulage	3.898	168,08
Tandem 15	448	45,16
Tandem Plus	1.127	159,37
Nachrangdarlehen	598	49,64
Finanzwirtschaftliche Betreuung	144	-
Modernisierung CO ₂ -Programm mit KfW	1.101 * WE	33,9
davon Mietwohnungen	886 WE	28,7
Eigentumsmaßnahmen	215 WE	5,2

* hierin enthalten 204 WE mit **Annuitätenüberbrückungsdarlehen** und 210 WE mit **ergänzenden Modernisierungsdarlehen der IB**

WE = Wohneinheiten

... und bei umweltschonenden Modernisierungsvorhaben

Die Ende 1998 eingeführten Modernisierungsprogramme in der Allgemeinen Wohnungsbauförderung konnten wir erfolgreich am Markt platzieren. Hier konnten private Bauherren und Vermieter über die Investitionsbank zinsgünstige und langfristige Finanzierungsmittel aus dem Programm der KfW erhalten für Investitionen zur Energieeinsparung und Minderung von CO₂-Emissionen. Für weitere Bestandsmaßnahmen und zur Senkung der Liquiditätsbelastung im Mietwohnungsbau konnten wir zusätzlich zinsgünstige Darlehen vergeben.

Insgesamt wurden Modernisierungsmaßnahmen für 1.101 Wohnungen mit 33,9 Mio. DM finanziert. Auf diese Weise konnte die Investitionsbank ihren Beitrag zur Energieeinsparung und zum Umweltschutz auch im Wohnungsbaubereich leisten.

Wohnungsmarktbeobachtung als aussagekräftige Planungsgrundlage

In unserer dritten Fortschreibung des Wohnungsmarktbeobachtungssystems wird deutlich, dass die Zahl der Indikatoren, die eine fortschreitende Entspannung des schleswig-holsteinischen Wohnungsmarktes wie Mieterfluktuation und Wohnungsleerstände signalisieren, gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat. Allerdings vermelden insbesondere diejenigen Wohnungsunternehmen stagnierende bzw. wieder rückläufige Fluktuationsraten sowie Leerstände, die auf die Marktentwicklung flexibel, beispielsweise durch Mietpreinsnachlässe und verbesserte Dienstleistungsangebote, reagiert haben. Es bleibt abzuwarten, wie der Wohnungsmarkt sich in den nächsten Jahren entwickelt, der letztlich auch von der Situation der Gesamtwirtschaft, insbesondere der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Reallohn- und Gehaltsentwicklung, beeinflusst wird.



Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wohnungsbauförderung

Städte Kiel, Neumünster, Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde
Gerhard Hoffmann
Tel. (04 31) 9 00-32 39

Kreise Segeberg, Pinneberg, Steinburg
Ernst-A. Rinnbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 18

Stadt Lübeck, Kreise Herzogtum-Lauenburg, Ostholstein, Stormarn
Björn Loose
Tel. (04 31) 9 00-35 49

Stadt Flensburg, Kreise Dithmarschen, Schleswig-Flensburg, Nordfriesland
Imme Rebien
Tel. (04 31) 9 00-34 92

Ausblick

Im Jahr 2000 ist die Förderung von 2.420 Wohneinheiten (1.210 Mietwohnungen und 1.210 Eigentumsmaßnahmen) mit einem Volumen von 162 Mio. DM im Rahmen der Vereinbarten Förderung vorgesehen. Damit wird das soziale Wohnungsbauprogramm auf dem Niveau des Vorjahres gehalten.

Im sozialen Mietwohnungsbau werden die Bestandsmaßnahmen, d.h. Modernisierung, Erwerb von Belegungsrechten und Genossenschaftsförderung, mit angestrebten 590 Einheiten noch stärker gewichtet.

Die zweistufige Förderung im Eigentumsbereich wird abgelöst durch eine „belastungsorientierte“ Förderung. Die Besonderheit der neuen Förderform ist die Festsetzung des Zinssatzes nach der individuellen finanziellen „Belastungssituation“ des Bauherren. Hierdurch sollen 1.080 Eigentumsmaßnahmen mit einem Darlehensbetrag von je 80 TDM unterstützt werden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,5 und 5,0 Prozent. Nach acht Jahren kann eine Veränderung des Zinssatzes vorgenommen werden. Für die Förderung ist eine einheitliche Einkommensgrenze festgelegt worden, die als besondere Zielgruppe die Schwellenhaushalte im Auge hat.

Wie in den Vorjahren werden im Eigentumsprogramm auch innovative Bau-trägermaßnahmen, bei denen unter anderem besondere Maßnahmen bei der energetischen Versorgung verwirklicht werden (beispielsweise Blockheizkraftwerke), mitfinanziert.

Die Förderung von Gruppenselbsthilfe-maßnahmen und Hausankäufen zugunsten besonders dringlicher Fälle vervollständigt das Eigentumsprogramm.

Für das Jahr 2000 ist es unser Ziel, das Wohnungsbauprogramm des Landes vollständig umzusetzen und damit das kosten- und flächensparende Bauen zu unterstützen.

Daneben werden wir unsere Aktivitäten in die Entwicklung weiterer Finanzierungsangebote verstärken. Auf diese Weise soll die Soziale Wohnungsbau-förderung durch weitere geeignete Instrumente der Allgemeinen Wohnungsbau-förderung flexibel ergänzt werden.

Fehlbelegungsabgabe

Dritter Erhebungszeitraum nahezu abgeschlossen

1999 konnten wir den dritten Erhebungszeitraum für die sogenannte „Fehlbelegungsabgabe“ weitgehend abschließen. Auf der Grundlage des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG SH) führen wir im Auftrag des Landes die Erhebung dieser Ausgleichszahlungen durch.

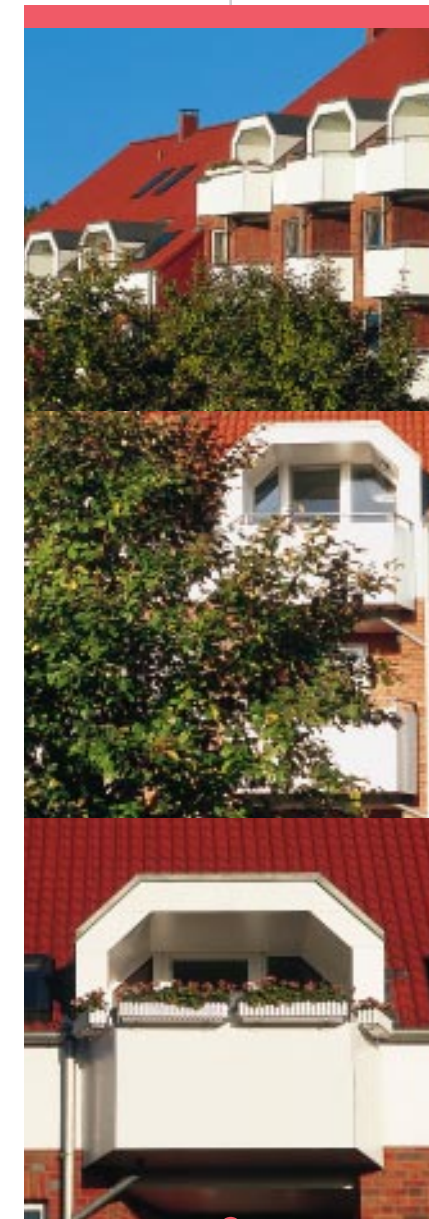
Dabei überprüfen die Investitionsbank die Einkommensverhältnisse von rund 80.000 Mieterinnen und Mietern einer mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung. Bei einer Überschreitung von mehr als 20 % der für den Bezug einer Sozialwohnung maßgeblichen Einkommensgrenze wird eine Ausgleichszahlung festgesetzt.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr konnten dem öffentlich geförderten Wohnungsbau 11 Mio. DM aus den Einnahmen der Fehlbelegungsabgabe zugeführt werden; seit Einführung der Fehlbelegungsabgabe im Jahr 1992 beträgt die Gesamtsumme rund 74 Mio. DM.

Über unsere Beratungsstellen bieten wir Mieterinnen und Mietern weiterhin landesweit kostenlose Informationen und Beratung rund um die Fehlbelegungsabgabe an.

Ihre Ansprechperson im Bereich Fehlbelegungsabgabe

Olaf Lüders
Tel. (04 31) 9 00-33 07





Kommunalförderung und Städtebau



Überblick

Niedrige Zinsen und ein vorsichtiges, aber stetiges Anwachsen der Konjunktur ermöglichten 1999 einer Anzahl von Kreisen, Ämtern, Städten und Gemeinden Handlungsspielraum nicht nur für Neuinvestitionen, sondern vielfach auch für eine Neuordnung bereits bestehender kommunaler Darlehenengagements. Die günstigen Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt wurden auch vom Land und der Investitionsbank für Maßnahmen zur Anpassung kommunaler Förderkonditionen genutzt, um weiterhin Städte und Gemeinden durch Programme im Rahmen der Städtebauförderung, Landschaftsplanung, Kindergartenförderung sowie durch den Kommunalen Investitionsfonds effektiv zu unterstützen.

Neu in der Angebotspalette 1999: Der von der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und der Investitionsbank ins Leben gerufene Investitionsfonds für Informationstechnologie in Kommunen.



Kommunalförderung und Städtebau

Für ihre unterschiedlichen kommunalen Aufgaben und Vorhaben erhalten Städte und Gemeinden Jahr für Jahr umfangreiche Unterstützung im Rahmen der Städtebauförderung, der Landschaftsplanung und der fondsfinanzierten Schaffung von Kindergartenplätzen. Wirtschaftsfördernde und umweltschützende Infrastrukturinvestitionen der Kommunen werden durch die Finanzmittel des Kommunalen Investitionsfonds mitfinanziert.

Die Investitionsbank hat wie in den Vorjahren dazu beigetragen, den kommunalen Kunden nicht nur durch finanzielle Unterstützung, sondern ebenso durch umfassende Beratung Perspektiven zu eröffnen. Durch die 1999 günstige Situation auf dem Kapitalmarkt konnten wir die niedrigeren Zinssätze an unsere Kunden weitergeben und so dazu beitragen, die knappen öffentlichen Kassen zu entlasten oder zusätzliche Wachstumspotentiale zu erschließen.

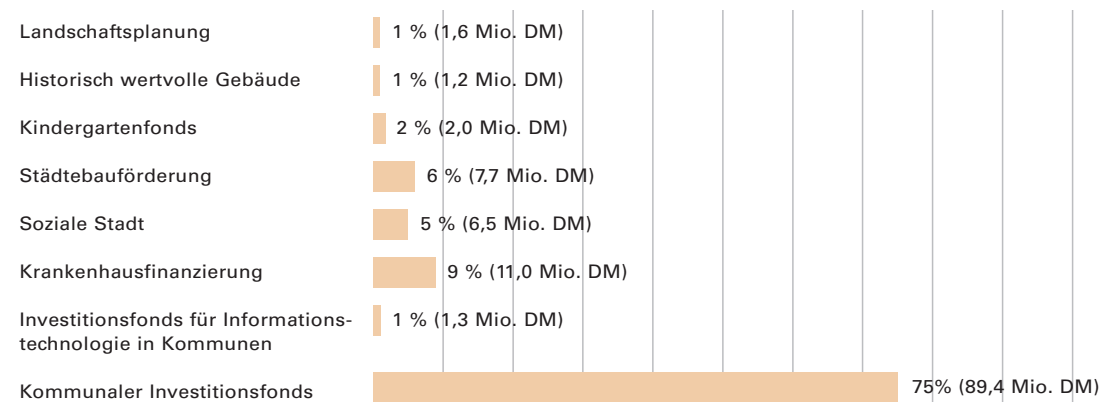
Ihre Ansprechpersonen

Erwin Christiansen
Tel. (04 31) 9 00-32 34

Klaus Holm
Tel. (04 31) 9 00-33 86

Jahresförderergebnisse 1999

Gesamtfördervolumen von 120,7 Mio. DM



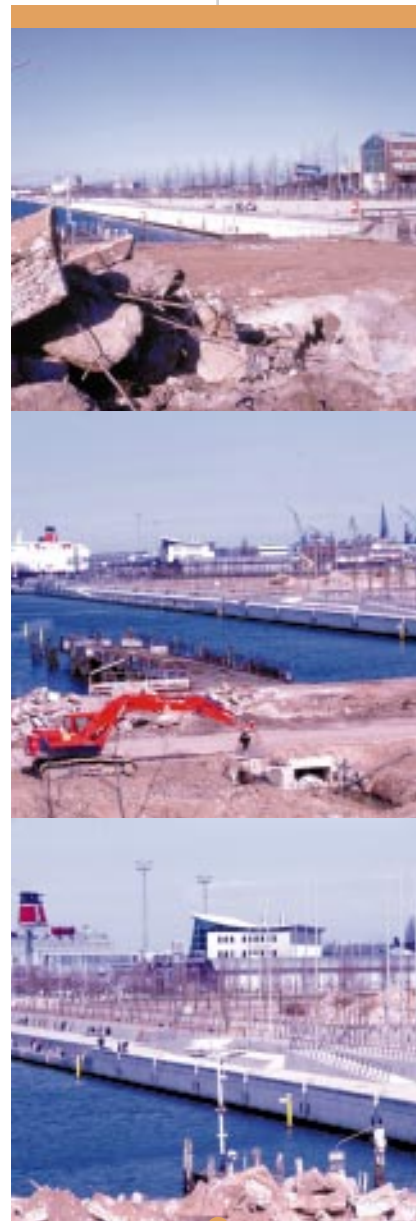
Stadterneuerungsinvestitionen als Konjunkturmotor

Die Städtebauförderung ist eine gesetzlich verankerte Gemeinschaftsfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden. Als anerkannte Daueraufgabe konzentriert sie sich weiterhin auf ihre wichtigsten Ziele:

- die Entwicklung differenzierter innerstädtischer Wohnungsangebote führt zu einer Verbesserung der sozialen Infrastruktur und
- die Verbesserung der Standortbedingungen für Handel, Dienstleistungen und Gewerbe trägt zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen bei.

Gleichzeitig ist in den letzten Jahren die Notwendigkeit der Verknüpfung dieser Maßnahmen mit umweltschützenden und energiesparenden Vorhaben mehr und mehr in den Vordergrund getreten. Zur Mitfinanzierung der Förderziele bewilligte die Investitionsbank im Rahmen des Bund-Länder-Programms Städtebauförderung im Berichtsjahr 7,8 Mio. DM Landes- und Bundesmittel. Einschließlich des Finanzierungsanteils der Gemeinden addierte sich dies zu Fördermitteln von rund 12 Mio. DM. Das Bund-Länder-Programm wird im Jahre 2000 ein Volumen in gleicher Höhe umfassen.

Neben der vorgenannten „klassischen“ Städtebauförderung wird das Bund-Länder-Programm durch das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsangebot – die Soziale Stadt“ ergänzt. Eine Verbesserung von Wohnwert und Wohnumfeld in Problemstadtteilen und -quartieren bewirken langfristig eine soziale und wirtschaftliche Stabilisierung des urbanen Raums. Der Bund stellt für diese Aufgabe Finanzhilfen von 3,2 Mio. DM zur Verfügung, die zusammen mit dem Landes- und Gemeindeanteil ein zusätzliches Fördervolumen von rund 10 Mio. DM darstellen. Die Umsetzung dieses Programms ist auch für das Jahr 2000 in gleicher Höhe geplant.



Zur Optimierung der kombinierten Land-Bund-Förderung stehen weiterhin zusätzlich Mittel des landeseigenen Städtebaufinanzierungs-Programms 1998 – 2002 zur Verfügung. Innerhalb dieses Zeitraums ist vorgesehen, aus Haushaltsmitteln 25 Mio. DM Zuschüsse aus-zuzahlen, die gemeinsam mit den kom-munalen Eigenmitteln zu einem Pro-grammvolumen von 37,5 Mio. DM führen. 1999 haben wir aus diesem Programm 6 Mio. DM bereitgestellt.

Die verschiedenen Programme im Bereich der Städtebauförderung stellen ein erhebliches finanzielles Volumen dar, das durch umfangreiche öffentliche und private Folgeinvestitionen seit Jahren ein wichtiger Konjunkturmotor für Schleswig-Holstein ist.

Ihre Ansprechpersonen Stadterneuerung

Winfried Krausbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 87

Olaf Göttsche
Tel. (04 31) 9 00-32 74

Denkmalgerechte Modernisierung historisch wertvoller Gebäude

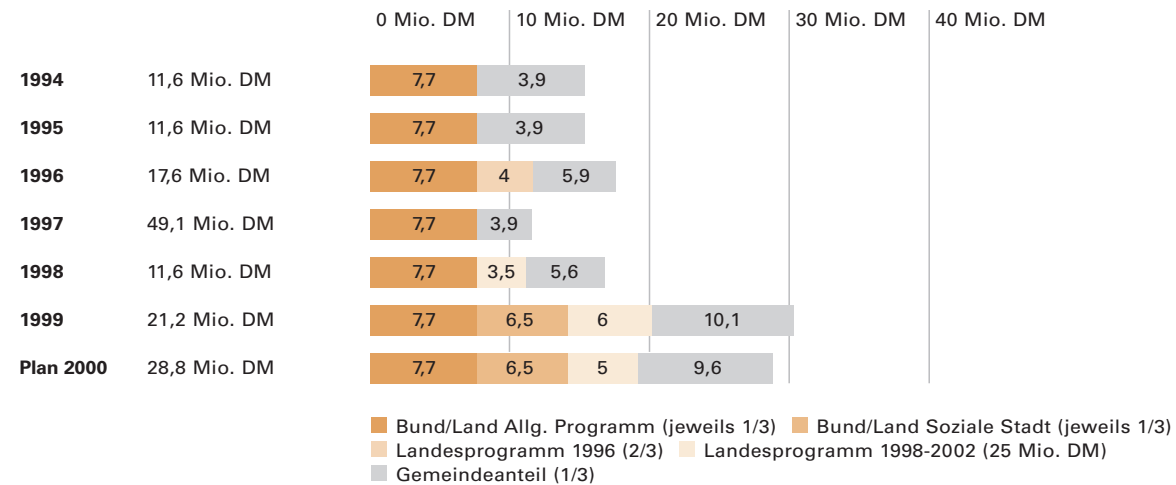
Aus dem Förderprogramm zur denkmal-gerechten Modernisierung und Instand-setzung historisch wertvoller Wohn-gebäude einschließlich der Neuschaf-fung von Wohnraum in entsprechend erhaltens- und pflegewürdiger Bausub-stanz vergaben wir 1999 rund 1,3 (Vj. 2) Mio. DM. In 28 (Vj. 44) Objekten konnten 40 (Vj. 67) Wohnungen in enger Abstim-mung mit den Denkmalpflegebehörden saniert oder neu errichtet werden. Im Vergleich zu 1998 haben die günstige Situation auf dem Kapitalmarkt, über den Interessenten Ihre Vorhaben häufig direkt finanzierten, und eine vorüberge-hende Unsicherheit der Denkmaleigen-tümer hinsichtlich der Neufassung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkei-ten für Kulturdenkmäler zu einem Rück-gang des Fördervolumens geführt. Für 2000 ist ein Bewilligungsvolumen von 1,5 Mio. DM vorgesehen.

Wie bereits in den Vorjahren besteht im Bereich der Finanzierung von Denkmal-pflegemaßnahmen ein hoher Beratungs-bedarf, den wir in jedem Einzelfall erfüllen.

Ihre Ansprechperson denkmalgerechte Modernisierung
Stefan Müller
Tel. (04 31) 9 00-32 63



Entwicklung der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein seit 1994 in Mio. DM





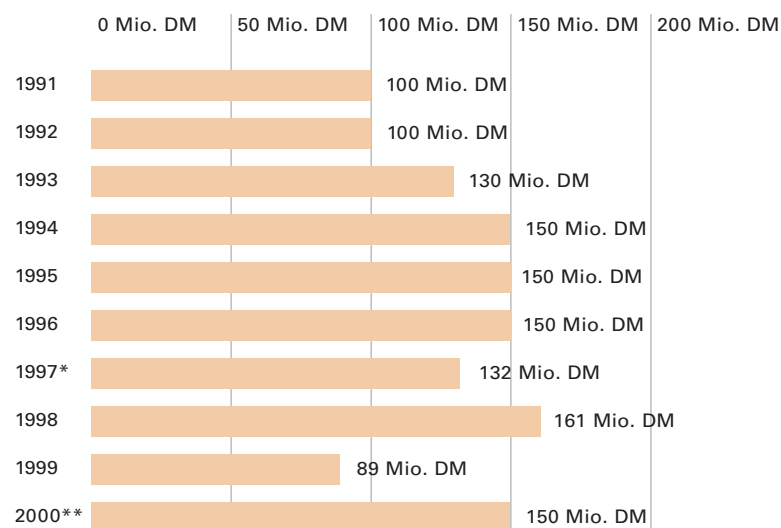
Infrastrukturförderung durch Kommunalen Investitionsfonds (KIF)

Aus dem Kommunalen Investitionsfonds stehen schleswig-holsteinischen Kommunen zinsgünstige Darlehen insbesondere für wirtschaftsfördernde und umweltschützende Maßnahmen zur Verfügung. 1999 erreichte der Fonds ein Fördervolumen von 90 (Vj. 161) Mio. DM. Dieser Rückgang gegenüber 1999 ist auf das extrem niedrige Kapitalmarktzinsniveau zurückzuführen. Kommunale Investitionen wurden häufiger als in den Vorjahren über den freien Kapitalmarkt finanziert, bestehende Darlehensengagements teilweise neu geordnet. Die günstige Kapitalmarktsituation hatte andererseits auch erfreulichen Einfluss auf

den Kommunalen Investitionsfonds selbst. So konnte der Zinssatz für Mittel aus diesem Fonds um 0,5 auf 4 Prozent gesenkt werden. Eine Erhöhung dieses Zinssatzes ist auch im Jahr 2000 nicht vorgesehen, so dass der Fonds auch zukünftig ein unverzichtbares Finanzierungsinstrument für wichtige Investitionsvorhaben der Kommunen bleibt, ohne jedoch den Landeshaushalt zu belasten. Die Einbindung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Mitfinanzierer kommunaler Investitionsvorhaben haben wir weiter optimiert.

Bewilligungsvolumen im Kommunalen Investitionsfonds

1991-2000



* Sondereffekt 1997: vorwiegend Abwassermaßnahmen direkt durch KfW in Höhe von ca. 40 Mio. DM finanziert
 ** geplant

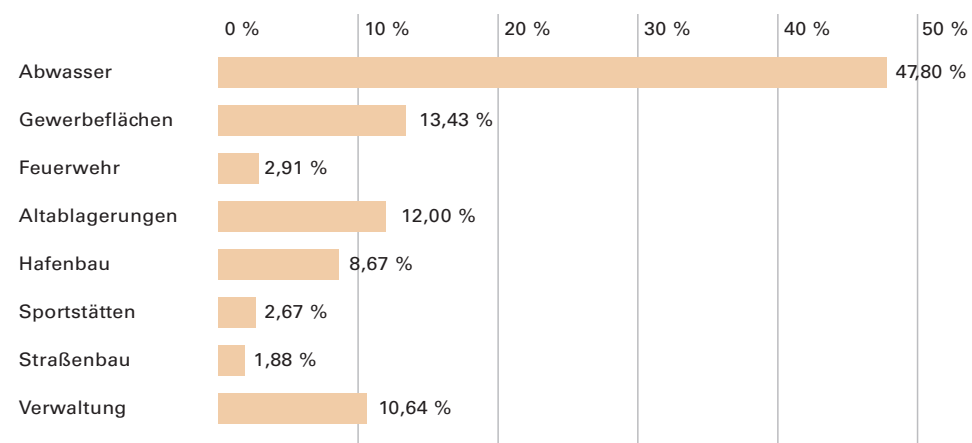
Das Förderspektrum umfasst unter anderem:

- Erwerb und Erschließung von Bauland und Gewerbegebieten
- Abwasser- und Abfallbeseitigung
- Straßenbau, Bau von Verwaltungsbehörden
- Bau und Ausbau von Hafenanlagen
- energiesparende Maßnahmen
- kommunale Maßnahmen des Naturschutzes
- Errichtung und Erweiterung von Feuerwehr-Gerätehäusern
- naturnahen Bau und Ausbau von Regenrückhalteanlagen
- Gefährdungsabschätzung von Altablagerungen

- Bau und Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen in Verbindung mit Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und in Verbindung mit Biomasseanlagen
- Neubau und Erweiterung kommunaler Tourismuseinrichtungen
- nachträgliche Wärmedämm- und Stromeinsparmaßnahmen in öffentlichen Verwaltungsgebäuden
- Bau und Erweiterung kommunaler Sportstätten.

Ihre Ansprechperson Infrastrukturförderung
 Dirk Marx
 Tel. (0431) 9 00-33 77

1999 bewilligte Darlehen im Kommunalen Investitionsfonds nach Maßnahmengruppen



Neu: Investitionsfonds für Informationstechnologie (IT) in Kommunen

Internet, Datenaustausch über E-Mail, schnellere Information und Kommunikation: Die moderne Informationstechnologie hält zunehmend Einzug auch in die kommunale Verwaltung. So unterschiedlich die Möglichkeiten der Informationstechnologie sind, so unterschiedlich ist auch das Angebot an Hard- und Software sowie an Schulungen. Um einen gemeinsamen Standard in der Informationstechnologie-Ausstattung der Kommunen zu gewährleisten, bieten das Land, die kommunalen Spitzenverbände und die Investitionsbank seit 1999 durch den IT-Investitionsfonds den Kommunen ein Finanzierungsinstrument zur Ausstattung oder Verbesserung der kommunalen Datenverarbeitungs-Landschaft an. Der Fonds ist mit insgesamt 50 Mio. DM ausgestattet. 1999 wurden acht Maßnahmen mit einem Volumen von 1,3 Mio. DM gefördert.

Ihre Ansprechperson IT-Fonds

Dirk Marx
Tel. (04 31) 9 00-33 77

Ihre Ansprechpersonen Wirtschaft und Ökologie

Winfried Krausbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 87

Diethelm Gellert
Tel. (04 31) 9 00-33 95

Landschaftsplanung: Indikator für Konjunkturentwicklung

Um ökologische Gesichtspunkte bei der Neuansiedlung oder Erweiterung von Gewerbe- und Wohngebieten durchzusetzen, sind die Kommunen zur Aufstellung von Landschaftsplänen verpflichtet. Diese sind Voraussetzung für die Neuaufstellung oder Änderung von Bebauungs- oder Flächennutzungsplänen. Die Sicherung schutzwürdiger Flächen, Entwicklung leistungsfähiger Biotopverbundsysteme und die Integration von Siedlung, Landwirtschaft und Naturschutz sind hierbei besondere Schwerpunkte.

Das Programm zur Förderung der Landschaftsplanung entlastet die Gemeinden durch Zuschüsse bis zu 50 % der Planungskosten. Der Bewilligungsrahmen des Jahres 1999 von 1,6 (wie Vj.) Mio. DM wurde voll ausgeschöpft. Dies kann als Indikator für eine positive Konjunkturentwicklung gesehen werden.

Kindergartenfonds: Rechtsanspruch fast vollständig umgesetzt

Der Rechtsanspruch aller Kinder in Schleswig-Holstein zwischen drei und sechs Jahren auf einen Kindergartenplatz konnte bis Ende 1999 fast vollständig umgesetzt werden. Somit stand die Versorgung einiger regionaler Restgebiete ohne ausreichende Kindergartenplätze im Mittelpunkt des Programmgeschehens im Kindergartenfonds. Wir stellten zinsgünstige Darlehen in Höhe von 2 (Vj. 5,1) Mio. DM bereit. Damit wurden 352 (Vj. 730) Kindergartenplätze geschaffen.

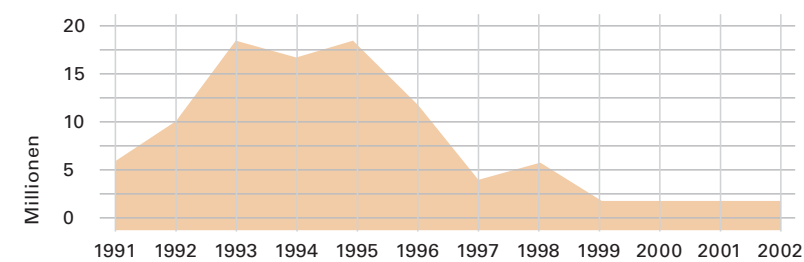
Die Kosten für diese Baumaßnahmen werden wie bisher von den Kommunen, freien Trägern und dem Land getragen.

Ihre Ansprechperson Kindergartenfonds

Dirk Marx
Tel. (04 31) 9 00-33 77

Martin Köster
Tel. (04 31) 9 00-34 87

Bewilligungen im Kindergartenfonds 1991-2002



Krankenhausfinanzierung

Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Krankenhäusern werden deren Leistungsfähigkeit und die Bildung von sozial tragbaren Pflegesätzen unterstützt. Dazu finanziert das Land investive Baumaßnahmen direkt oder übernimmt die Tilgung von Darlehen. Diese Darlehen werden von der Investitionsbank zinsgünstig refinanziert und bereitgestellt. 1999 wurden im Rahmen der vom Land bewilligten Förderquoten 11 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

Ihre Ansprechpersonen Stadterneuerung

Winfried Krausbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 87

Olaf Götttsche
Tel. (04 31) 9 00-32 74





Erneuerbare Energien – Bedeutende Projekte erfolgreich umgesetzt

Im Bereich der Biomassennutzung und Solaranwendung konnten mit intensiver Unterstützung durch unsere Energieagentur sowie Förderung durch die Energiestiftung Schleswig-Holstein und die zuständigen Ressorts des Landes wichtige Pilot- und Demonstrationsprojekte initiiert und umgesetzt werden. Besonders erwähnenswerte Projekte sind die erste Biovergaseranlage Deutschlands in Eckernförde und die Errichtung und Inbetriebnahme der mit 151 m² bisher größten Solarkollektoranlage Schleswig-Holsteins auf dem Campingplatz in Wulfener Hals auf der Insel Fehmarn. Aufgrund dieser Beratungstätigkeit bei Planung, Umsetzung, Abnahme, Programmbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit von Biomasse- und Solarprojekten können wir unseren Kunden spezielles Know-how in diesen Bereichen anbieten.

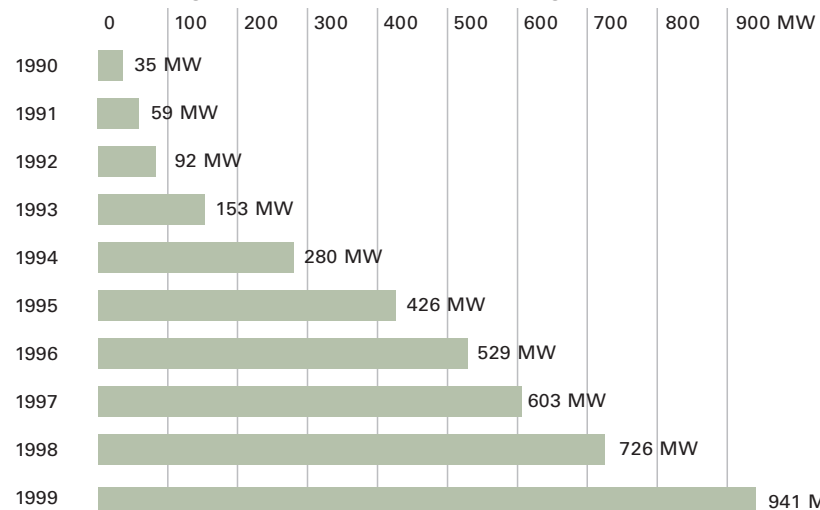
Die Breitenförderung im Programm Solarthermie wurde weiterhin rege nachgefragt. Fast 400 Anlagen auf Einfamilien-, Reihen- und Doppelhäusern konnten gefördert werden.

Bis Ende 1999 waren in Schleswig-Holstein 1.866 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 941 Megawatt (MW) in Betrieb. Damit wuchs die installierte Leistung um 215 MW gegenüber dem Vorjahr. Mit den im Berichtsjahr erzeugten 1,79 Mrd. Kilowattstunden (kWh) konnten über 13 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein gedeckt werden; 1988 waren es lediglich 0,04 %.

Aufgrund der bisherigen technischen Weiterentwicklung und der damit einhergehenden Kostensenkung je installierter Kilowattstunde wurde eine Breitenförderung der Windkraftnutzung im Lande abgeschlossen. Zusammen mit den Rahmenbedingungen des Stromeinspeisegesetzes entwickelt sich eine stabile und selbsttragende Windkraftnutzung.

Installierte Wind-Leistung in Schleswig-Holstein

Gesamt: 726 Megawatt (MW), 1.642 Windkraftanlagen (Stand 12/99)



Nach Auslaufen der Anschubförderung ist die Investitionsbank in der Windkraftnutzung im Kreditbereich auf zwei Ebenen engagiert:

- bei der Mitfinanzierung von Windparks in Schleswig-Holstein,
- bei der Mitfinanzierung investiver Vorhaben der Hersteller von Komponenten für Windkraftanlagen.

Ausblick

Mit dem neuen Gesetz zum Vorrang erneuerbarer Energien (EEG), das das Stromeinspeisegesetz ablösen wird, und dem Markteinführungsprogramm des Bundes für erneuerbare Energien werden sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung regenerativer Energien deutlich verbessern. Bei der Biomassennutzung wird in Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Landesstrukturprogramm „Zukunft auf dem Lande“ eine Markteinführung auf breiter Ebene absehbar.

Neue Techniken und Wirtschaftsweisen in Industrie und Gewerbe gefördert

Kernpunkt der Förderung ökotechnischer und ökonomischer Maßnahmen sind die Stärkung der Akzeptanz und die Positionierung innovativer, zukunftsorientierter und umweltfreundlicher Techniken und Verfahren am Markt. Dabei handelt es sich im wesentlichen um richtungsweisende Pilot- und Demonstrationsvorhaben investiver und nichtinvestiver Art.

Mit der neuartigen Kälteanlage eines Obsthofes in Altgalendorf (Kreis Ostholstein) wurde beispielsweise ein Projekt gefördert, das über die Branche hinaus neue Verfahrenswege aufzeigt: Die

Anlage wird nicht mehr mit herkömmlichen Kältemitteln betrieben, die ein hohes Treibhauspotential aufweisen, sondern mit besonders umweltschonendem pumpfähigem „Eis“ (Binäreistechnologie). Darüber hinaus ist der Energiebedarf im Verhältnis zu herkömmlichen Anlagen geringer und die Nutzung von Nachtstrom möglich. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von der FH Flensburg.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Förderung des EU-Umweltaudits. Neben Gewerbeunternehmen wurden auch zahlreiche Kommunen gefördert.

Das aus der Grundwasserabgabe gespeiste Förderprogramm zur Grundwassereinsparung liefert den Betrieben Anreize, außer aus umweltpolitischen Aspekten auch aus rein wirtschaftlichen Überlegungen die Effizienz ihrer Wassernutzung deutlich zu erhöhen. Im Berichtszeitraum wurden ausschließlich Projekte gefördert, die über neuartige Aufbereitungsmethoden wassersparende Kreislaufverfahren ermöglichen. Ein Hersteller von Spezialgläsern konnte durch derartige Verfahrensschritte 35 % seines Gesamtwasserverbrauches einsparen. Insgesamt wurde durch die geförderten Projekte eine Trinkwassereinsparung von 33.000 Kubikmetern erzielt. Das entspricht dem Jahresverbrauch von etwa 700 Menschen in Deutschland.

Weitere Beispiele von ökonomisch wie ökologisch gewinnbringenden Projekten finden sich in der Broschüre „Gewinner durch Umweltschutz“, herausgegeben vom Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten, 1999.

Ihre Ansprechperson Förderprogramme Umwelt- und Energie

Birgit Wittchen
Tel. (04 31) 9 00-36 69



Klimaschutz: Senkung des Energieverbrauchs in Gebäuden...

1998 wurde in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. und gefördert durch das Land und die Energiestiftung das Impulsprogramm „Wärmetechnische Gebäudesanierung“ von der Energieagentur gestartet. Mit diesem auf 5 Jahre angelegten und mit 5,5 Mio. DM ausgestatteten Projekt soll der Weg für Maßnahmen zur Wärmedämmung an der Gebäudehülle, Austausch von Fenstern, Isolierung von Dachflächen etc. geebnet werden. Ziel ist es, den Energieverbrauch in bestehenden Gebäuden drastisch zu senken und damit einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Im Rahmen dieses Projektes soll allen Beteiligten an Modernisierungsvorhaben ein größeres Bewusstsein für die Kopplung von nachträglichem Wärmeschutz an Gebäuden mit den jeweils ohnehin fälligen Sanierungsschritten vermittelt werden. Der Schwerpunkt der Vorhaben lag 1999 auf den Gebieten Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Informationen an die Baubeteiligten z. B. durch das „Forum Wärmeschutz“ in rund 60 Vortragsveranstaltungen bei Stadtwerken und Verbraucherzentralen.

Auch im Neubau zeigt sich Schleswig-Holstein von der fortschrittlichsten Seite: Durch das Programm Ressourcensparendes Bauen und Wohnen konnte neben anderen Pilot- und Demonstrationsvorhaben ein erstes ökologisches Passivhaus mit besonders geringem Heizenergiebedarf in Embühren (Kreis Rendsburg-Eckernförde) gefördert werden. Zahlreiche Detaillösungen wurden in Absprache mit der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen und Wohnen e.V. erarbeitet. Weitere Passivhäuser werden derzeit errichtet bzw. vorbereitet.

... und im Umfeld der kommunalen Gebietskörperschaften

Das Ministerium für Finanzen und Energie unterstützt mit dem „Stromsparförderprogramm“ Stromsparuntersuchungen und daraus resultierende Investitionsmaßnahmen in Kommunen. Aufgrund der nicht unerheblichen Stromeinsparungsmöglichkeiten wirken diese Maßnahmen vielfach zunächst kostenneutral und später haushaltsentlastend.

Im Berichtsjahr wurden 12 Projekte mit Kostenzuschüssen von insgesamt 436 TDM gefördert. Damit wurde ein Investitionsvolumen von rund 1,7 Mio. DM ausgelöst.

Wir erwarten durch den von uns im Auftrag des Ministeriums für Finanzen und Energie entwickelten Contracting-Leitfaden, dass deutlich mehr kommunale Gebietskörperschaften Stromeinsparmaßnahmen umsetzen, da durch neue Finanzierungsinstrumente typische Umsetzungshindernisse für an sich wirtschaftliche Einsparmaßnahmen verringert werden können.

Mit dem ebenfalls vom Ministerium für Finanzen und Energie geförderten Projekt: „Sanierungskonzepte für Kasseler Modellschulen“ sollen insbesondere Kostenreduzierungspotentiale durch standardisierte Sanierungsplanung und -ausführung im Energiebereich bei diesem Schulhaustyp entwickelt werden. Etwa 55 Objekte dieses Typs – vornehmlich zwischen 1970 bis 1975 errichtet – gibt es in Schleswig-Holstein.



Die Erfahrung zeigt, dass für eine wirksame kommunale Energiesparpolitik die Einführung eines nachhaltigen und effektiven Energiemanagements unabdingbar ist. Mit den „Mobilen kommunalen Energiebeauftragten – MokEb“ bietet die Investitionsbank seit Mitte 1996 ein umfassendes Dienstleistungsangebot für die Einführung eines EDV-gestützten kommunalen Energiemanagements an. Zu den wichtigsten Aufgaben des Programms „MokEb classic“ zählen:

- Aufbau des Energiecontrollings und -berichtswesens,
- Einführung der Verbrauchserfassung,
- Erarbeitung von Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden mit
- Erstellung von Prioritätenlisten,
- Beratung der Gremien,
- Analyse der Verwaltungsstruktur.

Einige Kommunen konnten allein durch gezieltes Energiemanagement den Energieverbrauch ihrer Liegenschaften deutlich senken. Im Schnitt wurden die Energiekosten im Laufe der ersten ein bis drei Jahre um 10 % pro Jahr reduziert.

Auf der Grundlage der Erfahrungen des „MokEb classic“ entwickelte die Investitionsbank zwei weitere Varianten dieser Dienstleistung: einerseits kann der klassische Ansatz dahingehend erweitert werden, dass durch den Einbezug handlungsorientierter Maßnahmen und Konzepte das Nutzerverhalten berücksichtigt wird. Dieses Vorgehen ist insbesondere bei der Umsetzung von umweltpädagogischen Projekten von Bedeutung.

Mit „MokEb plus“ bietet die Investitionsbank darüber hinaus die Möglichkeit, bereits im Vorfeld verwaltungsinterne Prozesse zu moderieren, um auf diesem Weg alle Beteiligten der Querschnittsaufgabe „Energiemanagement“ in die Aufgabenstellung sowie die Umsetzung der Prozesse mit einzubeziehen.

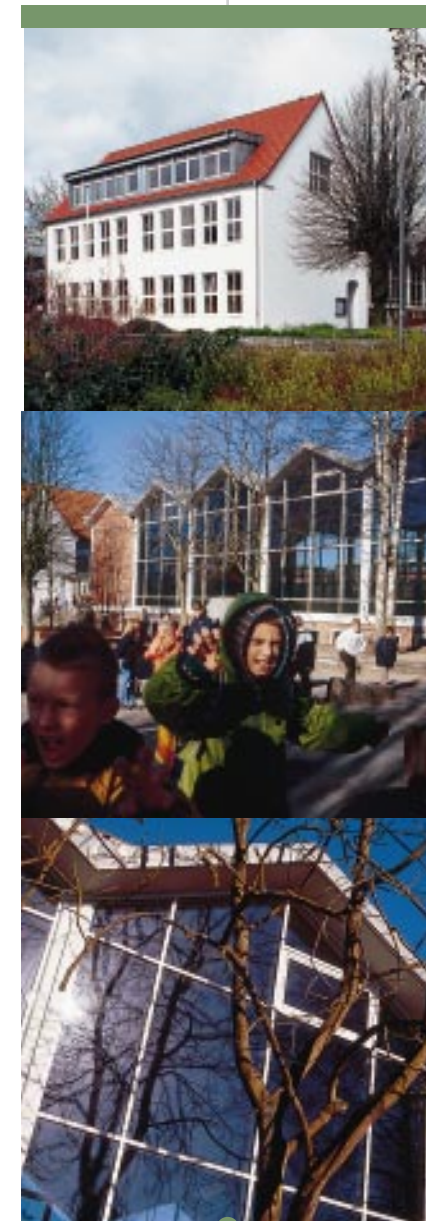
Um die besondere finanzielle, organisatorische und personelle Situation in kleineren Kommunen zu berücksichtigen und dennoch die Einführung und kontinuierliche Nutzung von Energiecontrolling und -berichtswesen sicher zu stellen, wurde von der IB das Konzept „MokEb light“ entwickelt. Gefördert vom Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten wird das Konzept in fünf Pilotgemeinden umgesetzt.

Bei unserem Dienstleistungsangebot „Energietechnische Sanierung öffentlicher Gebäude“ werden energetische Verbesserungen des Baukörpers und der Anlagentechnik mit ohnehin anstehenden Bauunterhaltungsmaßnahmen verknüpft und durch ein optimales Finanzierungskonzept unter Einbindung von Fördermitteln finanziert. Dies führt zu einer maximalen Entlastung der Umwelt, zu minimaler Belastung des Haushalts und zu Werterhaltung und Wertsteigerung öffentlicher Gebäude. Diese Dienstleistung wurde u.a. von der Gemeinde Heikendorf (Kreis Plön) bei der Sanierung eines Schulkomplexes in Anspruch genommen.

1999 wurde der Aufbau der Fernwärmeversorgung in der Hansestadt Lübeck mit 1,0 Mio. DM durch die Energiestiftung Schleswig-Holstein als Pilot- und Demonstrationsmaßnahme unterstützt.

Beratungsschwerpunkt in den von der Energiestiftung finanzierten Initialberatungen der Energieagentur für kommunale Gebietskörperschaften und Versorgungsunternehmen waren Fragestellungen über den weiteren Betrieb bestehender Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im liberalisierten Strommarkt und Nahwärmeprojekte in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplungs- oder Biomasseanlagen.

Bei den Versorgungsunternehmen ist weiterhin eine starke Zurückhaltung bei Investitionen in Eigenerzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu beobachten. Die Ursachen liegen in den Folgen der Energierechtsform mit stark wachsenden Mengen-, Preis- und Absatzrisiken, extrem gesunkenen Bezugskosten sowie der teilweise noch unklaren Rechtslage. Bestehende Anlagen werden im Betrieb erheblich eingeschränkt, im industriellen Bereich sind die ersten Stilllegungen zu verzeichnen. Der ökologische Nutzen der Förderung aus den vergangenen Jahren ist damit erheblich gefährdet. Diese Entwicklung wird sich im Jahr 2000 noch verstärken, wenn es nicht zu Vorrangregelungen für KWK-Strom kommt und kann auch nicht durch Nischenanwendungen von neuen Investoren mit Stromdirektvermarktung aufgefangen werden. Daneben zeichnen sich Neustrukturierungen innerhalb und insbesondere unter den Versorgungsunternehmen auch in Schleswig-Holstein ab.



Ihre Ansprechperson Projekte und Dienstleistungen

Hans Eimannsberger
Tel. (04 31) 9 00-36 60



Agrarförderung



Überblick

Die Investitionstätigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe blieb im Wirtschaftsjahr 1998/99 verhalten. Die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe investierten durchschnittlich 62 TDM und lagen damit rund 3 % unter Vorjahresniveau. Ursache für den im Vergleich zum drastischen Gewinnrückgang nicht so starken Rückgang der Investitionen ist in erster Linie die positive Investitionsentwicklung in den Futterbaubetrieben. Aus Unsicherheit über die Marktentwicklung bei Schweine- und Rindfleisch, Eiern, Geflügel, Milch und wichtigen Ackerbauprodukten, investierten viele Betriebsleiter nur zurückhaltend in ihre Betriebe.



Agrarförderung



Die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft

Die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe verzeichneten durchschnittlich in Schleswig-Holstein ein Minus von nur 1,7 % (bundesweit ein Minus von 7,3 %). Das Unternehmensergebnis betrug in Schleswig-Holstein rund 67 TDM. Hauptursache für den Gewinnrückgang waren die extrem niedrigen Schweinepreise. Sie fielen auf ihren niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik. Bei den Veredlungsbetrieben betrug der Gewinneinbruch fast 85 %. Rückläufig waren auch die Gewinne in den Marktfuchtbetrieben, während sich die Erlöse der Futterbaubetriebe durch steigende Preise um ca. 13 % erhöhten. Die Zahl der Betriebe sank bundesweit um 5 % auf 429.000 mit insgesamt 1,43 Mio. Beschäftigten.

Im vergangenen Wirtschaftsjahr beeinflussten eine Reihe von Ereignissen die Entwicklung von Mengen und Preisen auf den Agrarmärkten und damit die Unternehmensergebnisse der Betriebe maßgeblich. Neben dem wirtschaftlichen Zusammenbruch in Russland – einem wichtigen Exportmarkt der Europäischen Union – waren weiterhin die Auswirkungen der britischen BSE-Krise und des Dioxin-Skandals in Belgien spürbar.

Agrarpolitik der EU mit neuen Schwerpunkten

Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union orientiert sich derzeit neu. Der Europäische Rat hat 1999 in Berlin eine Gesamteinigung über die AGENDA 2000 erzielt. Diese Einigung basiert auf einer am Gebot der Haushaltsdisziplin ausgerichteten finanziellen Vorausschau für die Geltungsdauer von 2000 bis 2006. Sie umfasst die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik mit einem Finanzrahmen von durchschnittlich jährlich 42,5 Mrd. EURO für Marktmaßnahmen und Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Zentrales Element des Fondspakets ist der Ausbau der Politik für den ländlichen Raum. Die ländliche Entwicklung flankiert und ergänzt somit die Markt- und Preispolitikbeschlüsse. Die Beschlüsse des Agrarrates schaffen die Grundlage für eine zukunftsorientierte integrierte Förderung des ländlichen Raumes. Sie stellen die multifunktionale Rolle der Land- und Forstwirtschaft in den Mittelpunkt der ländlichen Entwicklung, schließen aber auch bestimmte außerlandwirtschaftliche Aktivitäten mit ein.

Mit der bisher weitreichendsten Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wird sichergestellt, dass der Bereich Landwirtschaft seinen Beitrag zur vereinbarten strengen Haushaltsdisziplin leistet und die Gemeinschaft im Agrarbereich für eine erfolgreiche Gestaltung der bevorstehenden Osterweiterung gerüstet ist. Gleichzeitig können die stärkere Markt- und Umweltorientierung aktiv in die Verhandlungen der World-Trade-Organisation (WTO) eingebracht sowie die ländliche Entwicklung in Verbindung mit dem Ausbau der Umweltprogramme zur zweiten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik entwickelt werden.

Förderergebnisse

Die Investitionsbank betreut seit vielen Jahrzehnten im Agrarbereich Darlehen aus Förderprogrammen des Bundes, des Landes und aus eigenen Mitteln. Zum Jahresende 1999 verzeichnen wir einen Darlehensbestand von 151,8 Mio. DM Landesdarlehen, 157,3 Mio. DM Bundesdarlehen und 194 Mio. DM eigene Darlehen für rund 10.000 Kunden in Schleswig-Holstein. Daneben führen wir die Kassengeschäfte der Teilnehmergemeinschaften in Flurbereinigungsverfahren. Wir haben im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogrammes (AFP) 11,2 Mio. DM Zuschüsse und Prämien sowie 16,6 Mio. DM Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen als Landesleitinstitut über die jeweiligen Hausbanken ausgezahlt.

Ein Schwerpunkt der Fördertätigkeit liegt bei den für die Unternehmen grundlegenden Investitionen in Gebäude und bauliche Anlagen. In Schleswig-Holstein wurden im Berichtsjahr 197 größere Maßnahmen gefördert. Dadurch konnten förderfähige Investitionen von 88,3 Mio. DM ausgelöst werden. Pro Betrieb betragen die förderfähigen Investitionen durchschnittlich 448 TDM. Das Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus bewilligte 12,6 Mio. DM Zuschüsse, 1,2 Mio. DM Niederlassungsprämien und Zinsverbilligungsmittel für Kapitaldarlehen in Höhe von 49,7 Mio. DM.

Die Kriterien für die Agrarkreditvergabe entwickeln sich zunehmend vom landwirtschaftlichen Real- hin zum Personalkredit, sie nähern sich somit immer mehr den Kriterien bei der Vergabe gewerblicher Kredite an. Die Ursache dafür liegt in den gewachsenen Investitionsvolumina sowie den im Vergleich dazu abnehmenden dinglichen Sicherheiten und tendenziell steigenden wirtschaftlichen Risiken der landwirtschaftlichen Produktion.



Ausblick und Perspektiven für die Landwirtschaft

Die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft werden sich weiterhin verändern. Sie stellen steigende Anforderungen an die Wettbewerbskraft der Unternehmen, beschleunigen die Anpassungsprozesse und bedingen einen forcierten Strukturwandel in der Landwirtschaft. Dabei ist die gegenwärtige Situation durch die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte und mögliche zusätzliche Belastungen durch die WTO-Verhandlungen gekennzeichnet. Gleichzeitig steigen die Ansprüche der Gesellschaft an die Landwirtschaft. Ländliche Räume sollen für gesellschaftliche Bedürfnisse weiterentwickelt und unter ausgeprägter Berücksichtigung des Umweltgedankens bewirtschaftet werden. Für die Verbraucher nehmen eine transparente Produktion und eine hochwertige Produktqualität einen immer höheren Stellenwert ein.

Neben steigender Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln steht der schonende Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft sowie der Erhalt der Kulturlandschaft im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von ökologischen, organisatorischen und rechtlichen Fragen. In einigen Betrieben wird über neue Wege und Einkommensquellen wie z. B. Kooperationen, Dienstleistungsangebote, Direktvermarktung usw. nachgedacht werden. In anderen Betrieben wird es darum gehen, die Betriebsaufgabe zu begleiten und dabei das vorhandene Vermögen zu sichern und die verbleibende Einkommensbasis zu stärken.

Da die Landwirtschaft im nationalen europäischen Wettbewerb der Regionen steht, wandeln sich hier die Strukturen hin zu größeren Betrieben. Gleichzeitig benötigen Wohn- und Gewerbegebiete, Verkehrswege sowie Biotopflächen vermehrt landwirtschaftlich genutzte Flächen. Europäische, nationale und regionale Reglementierungen schränken die Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe ein. Aufgrund ihrer Flächenverbreiterung und ihrer Vernetzung mit anderen Wirtschaftsbereichen spielt die Landwirtschaft eine wichtige Rolle für die Entwicklung der ländlichen Regionen. Sie schafft einerseits Arbeitsplätze im ländlichen Raum, nicht nur in der Landwirtschaft direkt, sondern auch bei der Weiterverarbeitung der erzeugten Nahrungsmittel und nachwachsenden Rohstoffen. Andererseits gewinnen die ökologischen Funktionen im Bereich Freiraumerhaltung und Flächenpflege sowie Verwertung von Sekundärrohstoffen zunehmend an Bedeutung.

Das heißt, die Ansprüche an den Landwirt sind einerseits – auf nicht vermehrbarem Boden – hochwertige und gesundheitlich unbedenkliche Nahrungsmittel zu erzeugen, andererseits aber auch Klärschlamm der Kommunen, Kompost und Zivilisationsmüll zu entsorgen. Die flächenbeanspruchende Wirtschaftstätigkeit in einem dicht besiedelten Lebens- und Wirtschaftsraum ist für alle Beteiligten konflikträchtig, kann sich aber für die Landwirtschaft auch als eine zusätzliche Einkommensquelle erschließen.

Für das laufende Wirtschaftsjahr 1999/2000 werden bei Schweinen und Getreide wieder höhere Erlöse erwartet, dagegen mit rückläufigen Erlösen bei Milch und Ölsaaten gerechnet. Insgesamt ist die Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung verhalten optimistisch, man rechnet nicht damit, dass die Verluste aus dem abgelaufenen Wirtschaftsjahr kompensiert werden können. Der Gewinn im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe wird den Prognosen nach innerhalb einer Spanne von null bis drei Prozent steigen.

Ausblick und Perspektiven für die Investitionsbank

Als Strukturbank des Landes wird die Investitionsbank sich bemühen, die Entwicklung der Landwirtschaft im vorgegebenen Umfeld weiter zu unterstützen. Die administrativen Anforderungen der EU an die Abwicklung von Förderaufgaben stellen derzeit eine erhebliche Hürde dar, um die angestrebte Zusammenarbeit zwischen Land und Investitionsbank auf diesem Sektor zu realisieren und zu optimieren.

Wir arbeiten daher an einem Konzept „Kompetenzcenter Agrar“, um im Zusammenwirken mit den Hausbanken unserer Kunden gemeinsame Finanzierungen zum Nutzen der Betriebe, aber auch der Eigenkapitalentlastung und Risikosteuerung der Kreditgeber darzustellen. Die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle, um ländliche Räume weiter zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen, ist ein weiterer Ansatz, den es auszubauen gilt.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich Agrarförderung

Treuhandgeschäft
Dieter Zingler
Tel. (04 31) 9 00-32 75

Treuhandstelle für Agrarkredite
Hans-Christian Hammerich
Tel. (04 31) 9 00-33 47



EU-Aktivitäten



Überblick

Europa birgt Chancen für die Unternehmen und Gebietskörperschaften in Schleswig-Holstein. Der Brückenschlag in den Norden und die Annäherung der osteuropäischen Staaten an die EU eröffnen Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der wachsenden Wirtschaftsregion Ostseeraum. Davon zeugen steigende Zahlen von internationalen Unternehmenskooperationen und infrastrukturellen Gemeinschaftsvorhaben. Interessierten Kommunen und Unternehmen bietet die europäische Ebene eine breite Palette an Förderaktivitäten. Mit ihrem umfangreichen Angebot an EU-Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsdienstleistungen leistet die Investitionsbank einen Beitrag bei der regionalen Verankerung der EU-Fördermöglichkeiten. Ziel ist es, Informationen zum Thema Europa und EU-Fördermittel für die individuellen Vorhaben von Wirtschaft und Kommunen fortlaufend zu filtern und über neue EU-Produkte nutzbar zu machen.

EU-Aktivitäten



Euro Info Centre

Die Informations- und Beratungsdienstleistungen des Euro Info Centres haben auch 1999 insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeiten eröffnet, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Wissensvorsprung zum Thema EU zu verbessern. Über den gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten herausgegebenen Eurobrief wurden mit einer Auflage von ca. 3000 Exemplaren landesweit anwendungsbezogene Informationen zur EU bereitgestellt. Die Bandbreite der Beratungen reichte von EU-Ausschreibungen bis zur begleitenden Unterstützung bei der Beantragung von EU-Fördermitteln. Ziel eines grenzüberschreitenden EU-Projektes zusammen mit dem Euro Info Centre Aabenraa/Dänemark und regionalen Wirtschaftsförderern der Grenzregion ist die Intensivierung der Kooperationsbestrebungen zwischen deutschen und dänischen Unternehmen. Mittels Informationsveranstaltungen zu grenzüberschreitenden EU-Förderprogrammen und einer internetgestützten Kontaktbörse erhalten Interessenten grenzüberschreitender Zusammenarbeit Beratung und Unterstützung bei ihren Vorhaben.

Als Finanzinstitut für die EU-Programme „Joint European Venture“ (JEV) und „Joint Venture Programm Phare/Tacis“ (JOP) sowie „European Community Investment Partners“ (ECIP) unterstützen wir die Chancen von kleinen und mittleren Unternehmen, sich außenwirtschaftlich auch in Form von grenzüberschreitenden Gemeinschaftsunternehmen zu engagieren und zwar im Kerngebiet der EU, in Mittel- und Osteuropa und in den Schwellenländern Ostasiens und Lateinamerikas sowie in Südafrika. Im Jahre 1999 hat die Investitionsbank auf Veranstaltungen, häufig mit Partnern aus der Wirtschaft, über die Programme informiert und ca. 300 Beratungen durchgeführt, von denen 2/3 auf JOP und damit auf mittel- und osteuropäische Staaten entfielen.

Im Oktober 1999 haben wir als erstes Landesförderinstitut einen Kooperationsvertrag mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) geschlossen. Die Dienstleistungen des bundeseigenen Finanzierungs- und Beratungsinstituts zur Förderung privater Investitionen in Entwicklungs- und Reformländern stellen mit ihrem Schwerpunkt auf projektvorbereitender und -begleitender Förderung eine willkommene Ergänzung der Produktpalette der IB dar und bilden somit einen weiteren Schritt der Investitionsbank in Richtung umfassende Projektberatung.

IB-Verbindungsbüro in Brüssel

Durch kurze Wege und die enge Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern in der EU-Kommission sind Beratungs- und Betreuungsaufträge an die Investitionsbank von Wirtschaft, Land und kommunalen Gebietskörperschaften 1999 schnell und erfolgreich umgesetzt worden. Über den Informationsfluß in die Fachbereiche unseres Hauses ermöglicht das Verbindungsbüro eine optimale Verknüpfung von Fördermitteln der Europaebene mit denen des Landes Schleswig-Holstein z. B. im Rahmen von Joint Venture Programmen der EU oder dem 5. Forschungsrahmenprogramm. Als regionales Förderinstitut im Ostseeraum mit Kompetenz in Europafragen akquiriert die Investitionsbank weitere Aufgaben und Programme bei europäischen Institutionen. Die damit verbundenen Fördereffekte kommen insbesondere schleswig-holsteinischen Unternehmen und Kommunen zu Gute.

Neue EU-Produkte

Angestoßen durch das EU-Projekt Regional Information Society Initiative (RISI) haben wir im August 1999 den IT-Investitionsfonds für Kommunen aufgelegt. Dem Start des IT-Investitionsfonds ist die gemeinsame Entwicklung eines Konzepts mit der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden vorausgegangen, wie sich schleswig-holsteinische Kommunen auf die Informationsgesellschaft einstellen können. Mit dem IT-Investitionsfonds hat die Investitionsbank erstmals unter Einbindung von Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein zinsgünstiges Finanzierungsinstrument als Fondslösung für Kommunen entwickelt. Mit der Bündelung von EU-, Bundes- und Landesmitteln optimieren wir den Fördermitteleinsatz und erreichen eine kostengünstige Finanzierung aus einer Hand (s. auch Seite 58 Kommunalförderung und Städtebau).

Ende 1999 steht die Vorbereitung der Aufgabenübertragung zur Abwicklung des Regionalprogramms 2000 vom Land Schleswig-Holstein auf die Investitionsbank kurz vor dem Abschluss. Das Regionalprogramm 2000 fasst neben Bundes- und Landesfördermitteln die Mittel der Ziel-2-Förderung aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) unter einem Dach zusammen. Das Land Schleswig-Holstein hat die Ausweitung der Gebietskulisse für das Ziel-2-Gebiet aufgrund der Beschlüsse zur Agenda 2000 zum Anlass genommen, die Abwicklung der EFRE-Mittel bei der Investitionsbank an zentraler Stelle anzusiedeln. Das Ziel der Übertragung der Förderaufgaben vom Land auf unser Haus ist der Auf- und Ausbau effektiver Strukturen bei der finanztechnischen Abwicklung.

Ihre Ansprechpersonen im Euro Info Centre

Dr. Hans Meves Tel. (04 31) 9 00-34 99
Annegret Meyer-Kock Tel. (04 31) 9 00-34 97
Christine Ceulemans Tel. (04 31) 9 00-32 70

Ihre Ansprechperson in Brüssel

Karen Hoffmann
Tel. +32 2 230 72 24

Ihre Ansprechperson für neue EU-Produkte

Dr. Heike Kruse
Tel. (0431) 900-34 55



Ihre Ansprechpersonen in Rostock

Susanne Scherrer
Erwin Siweris
Tel. (03 81) 4 54 84-52 81

Förderung des Ostseeraumes

Mit Fördermitteln aus dem Europäischen Regionalentwicklungsfonds in Höhe von insgesamt 24 Mio. EUR sind bis Ende des Jahres 45 Projekte der transnationalen Zusammenarbeit im Bereich der Regional- und Raumentwicklung im Ostseeraum angeschoben worden. Die Bandbreite der Maßnahmenfelder erstreckt sich von der Verbesserung der Städtesysteme, über die Behebung von Verkehrsengpässen, die Förderung des Fremdenverkehrs, die gemeinsamen Küstenschutzaktivitäten bis hin zum Aufbau ostseeübergreifender Netzwerke


zum Austausch von Informationen über Umweltschutz und Energie. Die Betreuung der Projekte und die Unterstützung der international besetzten Entscheidungsgremien nimmt ein gemeinsames Sekretariat (Common Secretariat) mit Hauptsitz in Rostock und einer Zweigstelle in Karlskrona/Schweden wahr, das die Investitionsbank im Auftrag der beteiligten Länder Dänemark, Deutschland, Finnland und Schweden eingerichtet hat. Die Abwicklung der Finanzmittel führen wir als „Joint Financial Body“ durch.

Mit der Durchführung der Beratung und der nationalen Betreuung für die Phare/Tacis Cross Border Cooperation Project (CBCPF) Facility setzt die Investitionsbank 1999 die wichtige Aufgabe der Intensivierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit von EU-Mitgliedsstaaten und östlichen Anrainerstaaten im Ostseeraum fort. Als regionale Zweigstelle unterstützen wir kommunale und regionale Gebietskörperschaften

aus der EU und Polen, dem Baltikum und Regionen in Rußland, Weißrußland, der Ukraine und Moldawien bei der Projektentwicklung und Antragstellung und sichern die begleitende Evaluierung der Vorhaben. Ziel ist die gemeinsame Problemlösung der Projektpartner beim Aufbau von Strukturen in den Bereichen Verwaltung, lokale Wirtschaftsentwicklung, Umweltschutz und Energieeffizienz.

Ihre Ansprechperson für das EU Programm Phare/Tacis

Annegret Meyer-Kock
Tel. (04 31) 9 00-34 97

	<p>MASSNAHMENFELD 1</p> <p>Projektbeispiel The Baltic Palette (B-Pal): Entwicklung urbaner Systeme in der zentralen Ostseeregion</p> <p>Mit dem Projekt soll ein permanentes und aktives Verhältnis unter den Regionen und den Städten der Ostseeregion aufgebaut werden. Die verbesserten Beziehungen werden genutzt, um unter anderem die Ostseeregion stärker in das Bewusstsein der Unternehmen und der Bevölkerung zu bringen. Ebenso zielt die Zusammenarbeit auf eine Vorbereitung der Länder Estland und Lettland zum EU-Beitritt ab.</p>	<p>MASSNAHMENFELD 2</p> <p>Projektbeispiel STRING Zukunftsstrategie für die südwestliche Ostseeregion</p> <p>Das STRING-Projekt will die Grundelemente für den Entwurf eines transnationalen Entwicklungskonzeptes ausarbeiten und damit die Plattform für eine gemeinsame Zukunftsstrategie schaffen. Langfristig werden dadurch integrative Effekte innerhalb der Region und eine Stärkung der Ostseeregion im internationalen Wettbewerb erwartet.</p>
	<p>MASSNAHMENFELDER</p> <p>Weiterentwicklung von urbanen Systemen und einer ausgewogenen Siedlungsstruktur</p> <p>Verbesserung der Kommunikation und Förderung der nachhaltigen Energieversorgung</p> <p>Förderung des integrierten Managements zur nachhaltigen Entwicklung der Küstenzonen, Inseln und anderer spezifischer Gebiete</p> <p>Weiterentwicklung von Raumordnungsstrategien und Erfahrungsaustausch im Bereich der Raumordnung</p> <p>Raumplanerische Einflussnahme auf Natur, kulturelles Erbe und Tourismusentwicklung</p>	<p>PROJEKTPARTNER</p> <p>The Council for the Stockholm-Mälars - Region, Stockholm (S) - Reg. Council of SW-Finland (FIN) - Uusimaa Reg. Council (FIN) - Leningrad Reg. Government (RUS) - Adm. of the City of St. Petersburg (RUS) - Riga Reg. Development Council (LV) - Tallinn City Government (EST) - Government of Åland (FIN) - Reg. Council of Häme (FIN)</p> <p>FÖRDERUNG 804.724 EURO aus Interreg II C-Mitteln</p>
<p>Weitere Projekte finden Sie im Internet unter www.spatial.baltic.net</p>		

<p>MASSNAHMENFELD 3</p> <p>Projektbeispiel BEST Zusammenarbeit in der nachhaltigen Tourismusentwicklung</p> <p>Die sieben großen Ostseeinseln (Baltic Seven Islands) werden durch einen verbesserten Austausch von Informationen und Erfahrungen die Basis sowohl für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung als auch für die Profilierung der Inseln als touristische Ziele schaffen.</p>	<p>MASSNAHMENFELD 4</p> <p>Projektbeispiel MapBSR Karte der Ostseeregion</p> <p>Ziel dieses Projektes ist es, eine Datenbasis für eine Karte der Ostseeregion zu schaffen. Um dafür gemeinsame und verbindliche Standards als Bemessungsgrundlagen festzulegen, werden die kartographischen Institute der gesamten Region zusammenarbeiten.</p>	<p>MASSNAHMENFELD 5</p> <p>Projektbeispiel BALDER Brückenschlag zwischen der Tourismusindustrie und der Raumplanung</p> <p>Ziel ist die Entwicklung eines neuen Tourismuskonzeptes, das den Tourismussektor in die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und Planung integriert. Die Interessen der Beteiligten sollen auf allen Entscheidungsebenen berücksichtigt werden. Es wird eine Serie von Publikationen entstehen, in der die Partnerschaft in neuen Managementmodellen für die Bereiche Tourismus, Kultur und Umwelt dokumentiert ist.</p>
<p>PROJEKTPARTNER</p> <p>- Gotlands kommun (Gemeinde Gotland) (S) - Bornholms Amt (County of Bornholm) (DK) - Landkreis Rügen (D) - Ölands Kommunförbund (The Association of Municipalities on Öland) (S) - Ålands Landskapsstyrelse (Åland Self Government) (FIN) - Hiiu Maavalitsus (Hiiu County Government) (EST) - Saare Maavalitsus (Saare County Government) (EST)</p> <p>FÖRDERUNG 189.300 EURO aus Interreg II C-Mitteln</p>	<p>PROJEKTPARTNER</p> <p>- National Land Survey of Finland (FIN) - National Land Survey (S) - National Land Survey and Cadastre (DK) - Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (D)</p> <p>FÖRDERUNG 321.500 EURO aus Interreg II C-Mitteln</p>	<p>PROJEKTPARTNER</p> <p>- Swedish Tourist Authority (S) - Hansestadt Rostock (D) - County Administration Board of Stockholm (S) - Port of Elsinore (DK) - HELCOM (FIN) - Baltic Sea Tourism Commission</p> <p>FÖRDERUNG 733.065 EURO aus Interreg II C-Mitteln</p>
<p>Weitere Projekte finden Sie im Internet unter www.spatial.baltic.net</p>		

Fortbildungsförderung

Bereits 5.000 Förderbescheide für „Meister-BAföG“ ausgestellt

Seit Einführung des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG) vor vier Jahren hat die Investitionsbank bereits rund 5.000 Förderbescheide für das sogenannte „Meister-BAföG“ ausgestellt.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung können einen „Maßnahmebeitrag“ für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren erhalten, der als einmaliges Darlehen bis zu 20 TDM bereitgestellt wird. Daneben werden Zuschüsse für den Lebensunterhalt und die Kinderbetreuung sowie weitere Darlehen für den Unterhalt vergeben.

Bisher bewilligten wir Zuschüsse über rund 9 Mio. DM. 50 Mio. DM Darlehen stellte die Deutsche Ausgleichsbank zur Verfügung, über deren Inanspruchnahme die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst entscheiden.

Das Land Schleswig-Holstein hat bisher insgesamt für die Förderung und Durchführung des „Meister-BAföG“ rund 4,2 Mio. DM bereitgestellt.

Unsere Fachleute in der Zentrale und den Beratungsstellen im Land informieren Interessenten kompetent über die Fördermöglichkeiten des Meister-BAföG.

Ihre Ansprechpersonen

Katja von Döllen
Tel. (0431) 9 00-35 62

Siegfried Erber
Tel. (0431) 9 00-32 38



EXPO Projekt 2000



EXPO Projekt 2000 hat die Aufgabe, die Präsentation Schleswig-Holsteins auf der Weltausstellung in Hannover und die Aktivitäten im Land selbst vorzubereiten und umzusetzen.

EXPO Projekt 2000 ist in der Investitionsbank angesiedelt.

Deutscher Pavillon

Der Deutsche Pavillon wird die Visitenkarte Deutschlands auf der EXPO sein. Er wird Deutschland an der Schwelle in ein neues Jahrhundert präsentieren. Hier werden nicht Produkte, sondern Lösungsansätze für die Probleme des nächsten Jahrhunderts gezeigt. Es werden keine Ergebnisse präsentiert, sondern Entstehungs- und Entwicklungsgeschichten. Im Deutschen Pavillon wird es keine Exponate, sondern Unikate geben, Dinge, die einzigartig sind, und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes stehen.

Schleswig-Holstein ist mit den anderen Ländern, dem Bund und der Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft an der Trägergesellschaft Deutscher Pavillon beteiligt. Am 28. Oktober 1998 fand der erste Spatenstich in Hannover auf dem Weltausstellungsgelände statt.

Der Deutsche Pavillon ist 130 m lang, 90 m breit und 15 m hoch, das Dach hat die Größe von zwei Fußballfeldern. Dem Besucher wird eine Deutschlandreise durch die Gegenwart und in die Zukunft geboten. Bis zu 60.000 Besucher täglich werden erwartet.

Schleswig-Holstein wird sich im Deutschen Pavillon mit einem Wikingerschiff präsentieren, zu seiner Zeit ein High-Tech-Produkt. Es steht als Symbol für den technischen Fortschritt, die Brücke zum Norden, das Zusammenwachsen der Ostseeregion, für kulturellen Austausch mit den Nachbarn und die Öffnung zu den mittel- und osteuropäischen Ländern. Das Wikingerschiff wurde auf dem Gelände des Wikinger-Museums in Haithabu bei Schleswig originalgetreu und mit alten Techniken nachgebaut.

Neben dem Show- und Ausstellungsbereich ist ein Kultur- und Veranstaltungsprogramm vorgesehen, das unter Verantwortung der Länder und unter Regie eines Intendanten geplant und durchgeführt wird.

In den Länderwochen wird Musik und Theater, Literatur und bildende Kunst, Kabarett und Kleinkunst, Komödie und Volksmusik präsentiert werden. In der Länderwoche Schleswig-Holstein wird Musik und Theater, Literatur und bildende Kunst, Kabarett und Kleinkunst, Komödie und Volksmusik aus dem nördlichsten Bundesland präsentiert.



Weltweite Projekte

Die EXPO 2000 findet nicht nur zentral auf dem Weltausstellungsgelände in Hannover statt, sondern in ganz Deutschland und weltweit. Mit dem Netzwerk der Weltweiten Projekte gibt die EXPO 2000 Beispiele dafür, wie konkrete Problemstellungen vor Ort zukunftsweisend und nachhaltig gelöst werden können. 800 praktische Beispiele sind weltweit als offizielle Projekte registriert. Aus Schleswig-Holstein werden sich 19 Weltweite Projekte im Rahmen der Weltausstellung präsentieren und zeigen, dass das nördlichste Bundesland ein Land mit Zukunft und Visionen ist:

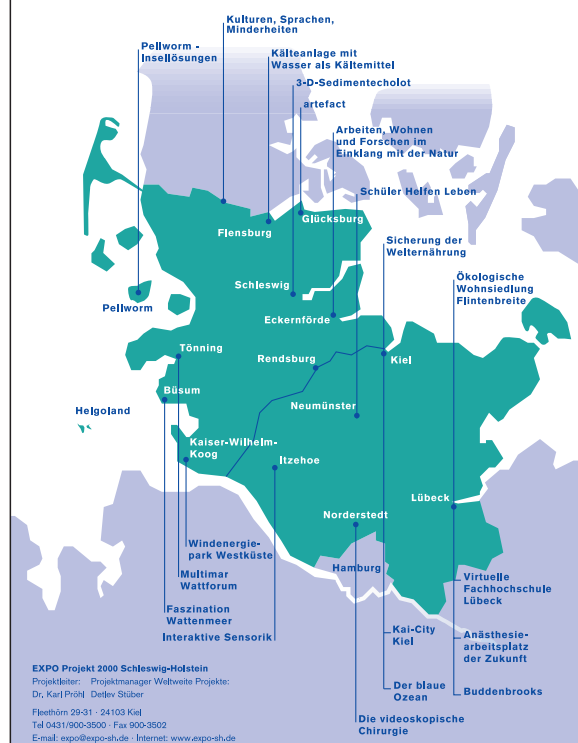
- **artefact: Energie- und Baukonzepte für umweltgerechte Regionalwirtschaft**
Glücksburg
- **Anästhesiearbeitsplatz der Zukunft**
Drägerwerk AG, Lübeck
- **Die videoskopische Chirurgie in ihrer ökologischen und ökonomischen Dimension**
European Surgical Institute, Norderstedt
- **Kälteanlage mit „Wasser als Kältemittel“**
INTEGRAL Energietechnik GmbH, Flensburg
- **Der blaue Ozean**
Die Bedeutung der Weltmeere für die Zukunft von Mensch und Natur, Arbeitskreis Meeresforschung Kiel, Christian-Albrechts-Universität
- **Kulturen, Sprachen, Minderheiten: Die deutsch-dänische Grenzregion, Beispiel einer Konfliktlösung**
European Centre for Minority Issues, Aabenraa

- **Interaktive Sensorik für neue Lebensqualität**
Innovationszentrum Itzehoe (IZET)
- **Ökologische Wohnsiedlung Flintenbreite**
Infranova Bauentwicklungs GmbH, Lübeck
- **Pellworm – Inselfösungen**
Leben und Arbeiten zwischen Ebbe und Flut, Gemeinde Pellworm
- **Schüler Helfen Leben**
Neumünster, Schüler Helfen Leben e.V.
- **Multimar Wattforum Tönning**
Stadt Tönning
- **Faszination Wattenmeer**
Forschung in einem einzigartigen Lebensraum, Forschungs- und Technologiezentrum Westküste, Büsum
- **Sicherung der Welternährung, Effiziente und umweltschonende Modelle**
AG Schleswig-Holsteinische Landwirtschaft e. V., Kiel
- **„Buddenbrooks“ und Lübeck – Weltliteratur erlebt im Weltkulturerbe**
Kulturstiftung Hansestadt Lübeck
- **Kai-City Kiel: Innerstädtisches Arbeiten und Wohnen am Wasser**
Landeshauptstadt Kiel
- **Arbeiten, Wohnen und Forschen im Einklang mit der Natur**
Technik- und Ökologiezentrum Eckernförde
- **Windenergie-Park Westküste**
SCHLESWAG AG, Rendsburg
- **Virtuelle Fachhochschule**
für Technik, Informatik und Wirtschaft, Lübeck als Hörsaal der Welt, Fachhochschule Lübeck
- **Entwicklung und Anwendung eines 3-d-Sedimentecholot-Systems**
Archäologisches Landesamt, Schleswig

Der EXPO-Info-Bus

Ein in den Landesfarben lackierter Doppeldecker Bus fährt seit April 1999 als EXPO-Info-Bus durch Schleswig-Holstein. Auf insgesamt 41 Veranstaltungen wurde über die „Weltweiten Projekte“ aus Schleswig-Holstein und über die Weltausstellung informiert. Neben zahlreichen Broschüren und persönlichen Gesprächen können sich die Besucherinnen und Besucher auch anhand von Filmbeiträgen einen guten Überblick verschaffen. Über eine große Videoleinwand werden Filmbeiträge der insgesamt 19 Weltweiten Projekte, der Weltausstellung in Hannover als auch Imagebeiträge der Kooperationspartner präsentiert.

Die Weltweiten Projekte aus Schleswig-Holstein



Wirtschaft

Die Weltausstellung bietet vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Der Wirtschaftsbrief, der seit 1998 von EXPO Projekt 2000 herausgegeben wird, informiert über den Stand der Vorbereitungen der Weltausstellung unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft und seiner Betriebe. Unternehmen, die sich an der Weltausstellung beteiligen möchten bzw. an Aufträgen interessiert sind, werden von EXPO Projekt 2000 individuell beraten.

Tourismus

Die Weltausstellung bietet der Tourismuswirtschaft die Chance, für Schleswig-Holstein ein zusätzliches Gästepotential zu erschließen. Dies hat das Institut für Bäderforschung in Nordeuropa N.I.T. in einem Gutachten herausgestellt, das EXPO Projekt 2000 in Auftrag gegeben hatte. Inzwischen wurden etliche touristische Angebote zur EXPO aus Schleswig-Holstein und für Schleswig-Holstein entwickelt. Die DBZugBus ist offizieller Carrier für EXPO Projekt 2000 und hat Linienverkehre aus Schleswig-Holstein nach Hannover eingerichtet.

Alle touristischen Angebote zur EXPO aus Schleswig-Holstein sind auf der Website von EXPO Projekt 2000 zusammengefasst: www.expo-sh.de

EXPO 2000 – eine Chance zur Imageprofilierung

Die mit der EXPO 2000 verbundenen Chancen sollen umfassend genutzt werden, Schleswig-Holstein im Standortwettbewerb der Regionen mit einem unverwechselbaren Imageprofil zu positionieren.

Ausgangsbasis für die Präsentation des Landes auf dem Weltausstellungsgelände in Hannover und im Lande selbst ist das von EXPO Projekt 2000 Schleswig-Holstein entwickelte Kommunikationskonzept „Image Schleswig-Holstein“. Entsprechend der darin formulierten Positionierung wird sich Schleswig-Holstein auf dem Weltausstellungsgelände in Hannover und im Lande selbst als ein modernes und aufgeschlossenes Land mit hoher Lebensqualität und besten Zukunftsperspektiven darstellen. Die Kompetenz des Landes für die Lösung globaler Probleme soll insbesondere durch Präsentation der Weltweiten Projekte in Hannover und in Schleswig-Holstein vermittelt werden.

Imagefilm „Land der Horizonte – Schleswig-Holstein“

Der EXPO-Imagefilm „Land der Horizonte – Schleswig-Holstein“ wurde produziert, um als attraktive Visitenkarte des Landes vor, während und nach der EXPO 2000 umfassend für die Standortattraktivität, Lebensqualität und Zukunftsperspektiven des Landes zu werben und dadurch das Imageprofil Schleswig-Holsteins als modernes und innovatives Land mit hoher Lebens- und Umweltqualität zu stärken.

Der zweisprachige Film zeigt in einer modernen collagierenden Bildsprache einen qualitativen Querschnitt Schleswig-Holsteins der Bereiche Natur und Landschaft, Wirtschaft und wissenschaftliches Umfeld, Kunst und Kultur, Freizeit, Sport und Erholung sowie Land- und Ernährungswirtschaft. Einige in dem Film beispielhaft gezeigte Weltweite EXPO-Projekte dokumentieren die Kompetenz des Landes für die Lösung globaler und regionaler Zukunftsprobleme.

Image-Anzeigenkampagne

Schleswig-Holstein: Menschen von heute. Aus einem Land mit Zukunft. „Menschen von heute. Aus einem Land mit Zukunft.“ Unter diesem gleichlautenden Motto haben der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (sh:z) und EXPO Projekt 2000 eine gemeinsame Anzeigenkampagne realisiert. Vom 17. Juli bis zum 2. Oktober 1999 erschienen in allen 14 Verlagstiteln des sh:z ganzseitige in schwarz-weiß gehaltene Anzeigenmotive mit Menschen, die persönlich für ein positives Bild Schleswig-Holsteins als modernes und aufgeschlossenes Land mit Zukunftsperspektiven werben. In der Imagekampagne kamen als Botschafter für das Land prominente Persönlichkeiten ebenso zu Wort wie weniger bekannte Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die allerdings bereits etwas Besonderes geleistet haben.



Ihre Ansprechperson

Dr. Karl Pröhl
Tel. 04 31/9 00-35 00 Fax 04 31/9 00-35 02
e-mail: expo@expo-sh.de www.expo-sh.de



Investitionsbank Schleswig-Holstein



Die Gremien und ihre Mitglieder

Beirat

Vorsitzender
Uwe Döring
Staatssekretär im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein

Stellvertretender Vorsitzender
Wolf-Rüdiger Janzen
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer zu Kiel

Stellvertretender Vorsitzender
Knuth Lausen
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Heinrich Alt
Staatssekretär im Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales des Landes
Schleswig-Holstein

Dr. Hans-Rüdiger Asche
Hauptgeschäftsführer Industrie- und
Handelskammer zu Lübeck

Henriette Berg
Staatssekretärin im Ministerium für
Umwelt, Natur und Forsten des Landes
Schleswig-Holstein

Harald Bock
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Dr. Hartmut Borchert
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Schleswig-Holsteinischen
Gemeindetages
(bis Februar 1999)

Brita Brandt
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Peter Deutschland
Geschäftsführender Bundesvorstand
des DGB – Landesbezirk Nordmark

Bernd Diedrichsen
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Constanze Gebhardt
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(seit Februar 1999)

Dr. Marquard Gregersen
Geschäftsführer der Landwirtschafts-
kammer Schleswig-Holstein
(seit Februar 1999)

Holger Gruhnke
Bürgermeister Wentorf bei Hamburg

Monika Heinold
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Silke Jahn
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(seit Februar 1999)

Marianne Janssen
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(bis Februar 1999)

Prof. Dr. Halvor Jochimsen
Direktor der Landwirtschaftskammer
Schleswig-Holstein (bis Februar 1999)

Ursula Kähler
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages (seit Februar 1999)

Dr. Christa Karras
Staatssekretärin im Ministerium für
Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städte-
bau des Landes Schleswig-Holstein
(seit Februar 1999)

Dietmar Katzer
Leiter des DAG-Landesverbandes
Schleswig-Holstein und Mecklenburg-
Vorpommern

Wolfgang Kubicki
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Hartmut Lippe
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Schleswig-Holsteinischer Wohnungs-
unternehmen e.V.

Horst Mathes
Verbandsdirektor des Norddeutschen
Genossenschaftsverbandes e.V.
(seit Februar 1999)

Annelore Nassiri
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Günter Neugebauer
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages (bis Februar 1999)

Ursula Noak
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(bis Februar 1999)

Horst Nörenberg
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Jörg Peters
Bankdirektor der Vereins- und
Westbank AG, Kiel
(bis Februar 1999)

Rüdiger von Plüskow
Staatssekretär im Ministerium für länd-
liche Räume, Landwirtschaft, Ernährung
und Tourismus des Landes Schleswig-
Holstein

Harald Rentsch
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städtebundes Schleswig-Holstein
(seit Februar 1999)

Dr. Bernd Rohwer
Staatssekretär im Ministerium
für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein

Ludolf Schulze-Berge
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Anke Spoorendonk
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Thomas Stritzl
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Hartmut Wegener
Staatssekretär im Innenministerium des
Landes Schleswig-Holstein

Birgit Wittchen
Investitionsbank Schleswig-Holstein

**Fachausschuss Wirtschaftsförderung
(bis August 1999)**

Vorsitzender
Michael Rocca
Ministerium für Wirtschaft, Technologie
und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein
(bis August 1999)

Dietrich Eggers
Bankdirektor Dresdner Bank AG, Kiel
(bis Februar 1999)

Peter Deutschland
Geschäftsführender Bundesvorstand
des DGB – Landesbezirk Nordmark

Gerhard Heckt
Bankdirektor Deutsche Bank AG

Dietrich Janzen
Syndikus der Industrie- und Handels-
kammer zu Lübeck
Außenstelle Ahrensburg

Peter Kober
Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer zu Lübeck

Klaus Martens
Sparkassendirektor und Vorstandsvor-
sitzender der Kreissparkasse Segeberg

Egon Niebuhr
Bankdirektor Raiffeisenbank
Quickborn eG

Ingemarie Schmidt-Bens
Regierungsverwaltungsdirektorin im
Ministerium für Umwelt, Natur und
Forsten des Landes Schleswig-Holstein

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer
Ministerialdirigent im Ministerium
für Finanzen und Energie

Norbert Stock
Geschäftsführer der Studien- und
Fördergesellschaft der Schleswig-
Holsteinischen Wirtschaft

Hans-Peter Wetzel
Regierungsdirektor im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein

Kreditausschuss Wirtschaftsförderung

Vorsitzender
Michael Rocca
Ministerium Wirtschaft, Technologie
und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein

Winfried Berweger
Geschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer zu Flensburg

Dr. Jörn Biel
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer zu Kiel

Mathias Diener-Sonnenberg
Regierungsverwaltungsrat im Ministe-
rium für Finanzen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein

Ulrich Gudat
Ministerialdirigent im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein

Bernd Maier-Staud
Ministerium für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Touris-
mus des Landes Schleswig-Holstein

Fachausschuss Wohnungs- und Städte- bauförderung

Vorsitzende
Dr. Christa Karras
Staatssekretärin im Ministerium für
Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städte-
bau des Landes Schleswig-Holstein
(seit Januar 1999)

Rainer Braungart
Ev. Stadtmission Kiel e.V.
(seit Mai 1999)

Karl-Heinz Dirkmann
Geschäftsführer der BIG Städtebau GmbH
(seit Mai 1999)

Julius Ehlers
Architekten- und Ingenieurkammer
Schleswig-Holstein

Rolf Greve
Vorsitzender des Verbandes Schleswig-
Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und
Grundeigentümer e.V.

Dr. Ing. Eckart Güldenber
Ministerium für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau des Landes
Schleswig-Holstein

Konstanze Guhr
Freischaffende Architektin und
Stadtplanerin (seit Mai 1999)

Philipp Heuchert
Ehrevorsitzender des Landesverbandes
Freier Wohnungsunternehmen, HH/S-H/
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Christian Holstein
Hauptgeschäftsführer des Baugewerbe-
verbandes Schleswig-Holstein e.V.

Ulrich Klempin
Vorsitzender des Deutschen Mieter-
bundes Landesverband Schleswig-
Holstein e.V.

Roland Krügel
Bürgermeister der Stadt Tornesch
(seit Mai 1999)

Hartmut Lippe
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Schleswig-Holsteinischer Wohnungs-
unternehmen e.V.

Helmut Loose
Vorsitzender des Deutschen Siedler-
bundes, Landesverband Schleswig-
Holstein e.V.

Gerd Münchow
Hauptgeschäftsführer der LEG

Gerald Seher
Hauptgeschäftsführer des Bauindustrie-
verbandes Schleswig-Holstein e.V.

Dieter Selk
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
für zeitgemäßes Bauen e.V.

Geschäftsleitung

Dr. Rüdiger Kalinski
(bis Juni 1999)

Lutz Koopmann
(seit Oktober 1999)

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 1999

Aktiva			
	T€	T€	Vorjahr T€
1. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	112.186		74.782
b) andere Forderungen	3.560		4.353
		115.746	79.135
2. Forderungen an Kunden		3.757.390	3.626.248
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	T€ 10.731		(Vorjahr T€ 13.919)
Kommunalkredite	T€ 200.355		(Vorjahr T€ 202.426)
durch Schiffspfandrechte gesichert	T€ 0		(Vorjahr T€ 30)
3. Beteiligungen		7.057	3.004
4. Anteile an verbundenen Unternehmen		5.369	5.369
5. Treuhandvermögen			
a) anderes Treuhandvermögen	1.140.027		1.273.381
darunter:		1.140.027	1.273.381
Treuhandkredite	T€ 1.129.574		(Vorjahr T€ 1.264.425)
6. Sachanlagen		9.109	9.496
7. Sonstige Vermögensgegenstände		246.165	2.989
8. Rechnungsabgrenzungsposten		69	105
Summe der Aktiva		<u>5.280.932</u>	<u>4.999.727</u>

Passiva			
	T€	T€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	4.708		9.263
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.444.478		1.091.686
		1.449.186	1.100.949
2. Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) täglich fällig	64.412		36.191
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.238		8.674
		66.650	44.865
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger		527.734	539.655
4. Treuhandverbindlichkeiten			
a) andere Treuhandverbindlichkeiten	1.140.027		1.273.381
darunter:		1.140.027	1.273.381
Treuhandkredite	T€ 1.129.574		(Vorjahr T€ 1.264.425)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		11.540	157
6. Rechnungsabgrenzungsposten		111.792	92.041
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.621		16.508
b) andere Rückstellungen	7.902		5.683
		25.523	22.191
8. Fonds für Zinsausgleich		947.202	956.001
9. Eigenkapital			
a) Kapitalrücklagen	967.630		918.597
b) Gewinnrücklagen	27.835		27.603
c) Bilanzgewinn	5.813		24.287
		1.001.278	970.487
Summe der Passiva		<u>5.280.932</u>	<u>4.999.727</u>
1. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		201.270	233.381
2. Unwiderrufliche Kreditzusagen		201.135	244.718

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar – 31. Dezember 1999

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		95.502		94.248
2. Zinsaufwendungen		65.348		64.179
			30.154	30.069
3. Laufende Erträge aus				
a) Beteiligungen			0	79
4. Provisionserträge		4.431		5.489
5. Provisionsaufwendungen		254		403
			4.177	5.086
6. Sonstige betriebliche Erträge			13.749	13.352
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	12.701			11.822
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.475			3.787
darunter:		17.176		
für Altersversorgung	T€ 1.953			
				(Vorjahr T€ 1.625)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		12.793		13.424
			29.969	29.033
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.491	1.223
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			3.521	1.591
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			7.029	0
11. Erträge aus der Zuschreibung zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	17.385
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.070	34.124

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0	31
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen			25	168
14. Jahresüberschuß			6.045	33.925
15. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			232	9.638
16. Bilanzgewinn			5.813	24.287

Anhang Investitionsbank

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (IB), ist der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, als organisatorisch und wirtschaftlich selbständiger aber rechtlich unselbständiger Zentralbereich angegliedert.

Die Investitionsbank unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Sie bietet ihre Dienstleistungen in den Bereichen gewerbliche Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt und Energie, Kommunalförderung und Städtebau, Agrarförderung sowie im Projektmanagement wettbewerbsneutral an.

Zusätzlich ist sie wesentlich im Treuhandgeschäft für öffentliche Stellen tätig. Die Investitionsbank ist außerdem zuständige Stelle für die Erhebung der Ausgleichszahlungen im Rahmen des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen.

Für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank haftet aufgrund des Investitionsbankgesetzes das Land Schleswig-Holstein.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Aktiv- und Passivwerte sowie Aufwendungen und Erträge der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) sind auch in den entsprechenden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank konsolidiert ausgewiesen, soweit nicht gesonderte Posten bestehen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die erforderlichen Abschreibungen, bilanziert.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanswartschaften mit einem Zinssatz von 6 % bewertet. Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung. Im Geschäftsjahr wurde erstmalig eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten aus der Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an Pensionäre und Hinterbliebene gebildet.

Der Anpassungsbetrag, der sich aus dem Übergang auf die in 1998 veröffentlichten Sterbetafeln von Dr. Klaus Heubeck ergibt, wurde den Rückstellungen bis 1999 (558 T€) zur Hälfte zugeführt.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Im Geschäftsjahr wurden erstmalig Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten gebildet und die bei den Pauschalwertberichtigungen hierfür gebildete Risikovorsorge entsprechend aufgelöst.

Bei der Investitionsbank bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen.

Daneben besteht zum Jahresende eine Auszahlungsverpflichtung in Höhe von 97 Mio. Euro, die aus dem Erwerb von Landesliegenschaften durch die Investitionsbank resultiert. Im Zuge dieses Erwerbes wurde eine Aktivierung von Gutachterkosten aus dem Jahre 1998 als Anschaffungsnebenkosten vorgenommen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind als wesentlicher Bestandteil Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen in Höhe von 3,6 Mio. Euro enthalten.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zu Bilanzaktiva jeweils zum 31.12.		1999 Mio. €	1998 Mio. €
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an angeschlossene Sparkassen enthalten:	1,5	1,5
Verbundene Unternehmen	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	23,4	18,2
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	165,7	168,3
Nachrangige Forderungen	Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in:		
	- Forderungen an Kunden	4,6	3,7
Angabe zu der Wertpapierposition	Im Bestand befindliche Wertpapiere sind folgendermaßen zuzuordnen:		
	- von anderen Emittenten	-	-
	darunter:		
	- börsenfähige und börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	-	-
Treuhandvermögen	Das Treuhandvermögen betrifft:		
	- Forderungen an Kreditinstitute		
	- täglich fällig	3,2	4,1
	- andere Forderungen	12,5	14,6
	- Forderungen an Kunden	1.124,3	1.254,7
	- Anleihen und Schuldverschreibungen		
	- von öffentlichen Emittenten	-	-
	- von anderen Emittenten	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	In dem Ausweis enthalten:		
	- im voraus geleistete Zahlung in Verbindung mit dem Erwerb der Landesliegenschaften	244,0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis enthalten:		
	- aus der Disagioabgrenzung	-	0,1

Fortsetzung der Angaben zur Bilanzaktiva		1999 Mio. €	1998 Mio. €
Aufgliederung nach Restlaufzeiten	Die Bilanzaktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
	- andere Forderungen an Kreditinstitute		
	- weniger als 3 Monate	0,9	0,1
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	-	-
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1,3	1,5
	- mehr als 5 Jahre	1,4	2,8
	- Forderungen an Kunden		
	- weniger als 3 Monate	23,9	30,9
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	96,6	5,2
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	506,8	225,0
	- mehr als 5 Jahre	3.130,1	3.365,1
	- darunter mit unbestimmter Laufzeit	38,8	40,9
Kredite an Mitglieder der Organe	In den Forderungen an Kunden sind Organkredite an den Verwaltungsrat enthalten:	-	0,2

	Anlagespiegel				
	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	darunter: eigengenutzte Gr. u. Geb.
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Anschaffungskosten	3,0	5,4	10,1	7,5	7,5
Zugänge	6,4	-	1,7	0,3	0,2
Abgänge	2,3	-	0,1	0,9	0,9
Zuschreibungen	-	-	-	-	-
Abschreibungen, kumuliert	-	-	9,1	0,4	0,4
Abschreibungen, lfd. Jahr	-	-	1,3	0,1	0,1
Buchwert zum 31.12.1999	7,1	5,4	2,6	6,5	6,4

Angaben zu Bilanzpassiva jeweils zum 31.12.			
		1999 Mio. €	1998 Mio. €
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist folgender Betrag enthalten:	-	-
Treuhandverbindlichkeiten	Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,1	2,4
	- täglich fällig		
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	109,0	118,6
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- täglich fällig	16,5	14,4
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.012,4	1.138,1
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis sind enthalten:		
	- aus der Disagioabgrenzung	31,2	15,3
	- aus Forderungsankauf zum Barwert	56,6	60,9
	- aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen	21,3	12,7
Eventualverbindlichkeiten	Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften.	201,3	233,4
Aufgliederung nach Restlaufzeiten	Die Bilanzpassiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	- weniger als 3 Monate	61,3	18,3
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	57,7	137,6
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	595,7	346,1
	- mehr als 5 Jahre	729,8	589,7
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- weniger als 3 Monate	0,1	0,3
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	-	0,1
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	7,9
	- mehr als 5 Jahre	2,1	0,4
Aufgliederung der Bundesschuld nach Restlaufzeiten	- Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln		
	- weniger als 3 Monate	15,9	11,4
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	11,3	8,9
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	100,1	71,6
	- mehr als 5 Jahre	400,5	447,9

Sonstige Angaben zum Geschäftsjahr				
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	186	129	315	315
davon Teilzeitbeschäftigte	58	2	60	58
Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB	Eigenkapital in Mio. €¹⁾	Anteil am Kapital in v. H.	Ergebnis in Mio. €²⁾	
Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	13,0	51,2	1,2	
Gebäudemanagement S. H., Kiel (vorläufige Zahlen)	25,6	24,9	-	
Kiel Hörn Vermarktungsgesellschaft mbH, Kiel	0,3	24,5	-	

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾ Vorjahreszahlen

Organe der Landesbank Schleswig-Holstein

Gewährträgersversammlung

Vorsitzende

Heide Simonis
Ministerpräsidentin des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. h. c. Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender der Westdeut-
schen Landesbank Girozentrale,
Düsseldorf

2. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. Jürgen Miethke
Präsident des Sparkassen- und Girover-
bandes für Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 30. September 1999)

2. Vertreter der Vorsitzenden

Olaf Cord Dielewicz
Präsident des Sparkassen- und Giro-
verbandes für Schleswig-Holstein, Kiel
(ab 01. Oktober 1999)

3. Vertreter der Vorsitzenden

Josef Schmidt
Präsident des Badischen Sparkassen-
und Giroverbandes, Mannheim

Vom Land Schleswig-Holstein entsandte Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Horst Günter Bülck
Minister für Wirtschaft, Technologie und
Verkehr des Landes Schleswig-Holstein,
Kiel

Claus Möller
Minister für Finanzen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Vom Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein entsandte Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Geerd Bellmann
Landrat des Kreises Rendsburg-
Eckernförde, Rendsburg

Rudolf Konegen
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Elmshorn, Elmshorn

Von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale entsandte Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident des Rheinischen Sparkassen-
und Giroverbandes, Düsseldorf

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
stellv. Vorstandsvorsitzender der West-
deutschen Landesbank Girozentrale,
Münster

Von der Landesbank Baden- Württemberg entsandter Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Heinrich Haasis
Präsident des Württembergischen
Sparkassen- und Giroverbandes,
Stuttgart

Verwaltungsrat

Vorsitzende

Heide Simonis
Ministerpräsidentin des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Klaus Gärtner
Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. h. c. Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender der Westdeut-
schen Landesbank Girozentrale,
Düsseldorf

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Dr. Adolf Franke
Vorstandsmitglied der Westdeutschen
Landesbank Girozentrale, Düsseldorf

2. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. Jürgen Miethke
Präsident des Sparkassen- und Giro-
verbandes für Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 30. September 1999)

2. Vertreter der Vorsitzenden

Olaf Cord Dielewicz
Präsident des Sparkassen- und Giro-
verbandes für Schleswig-Holstein, Kiel
(ab 01. Oktober 1999)

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Wolfgang Stut
Verbandsgeschäftsführer des Sparkassen-
und Giroverbandes für Schleswig-
Holstein, Kiel

3. Vertreter der Vorsitzenden

Josef Schmidt
Präsident des Badischen Sparkassen-
und Giroverbandes, Mannheim

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Heinrich Haasis
Präsident des Württembergischen Spar-
kassen- und Giroverbandes, Stuttgart

Vom Land Schleswig-Holstein entsandte Mitglieder

Horst Günter Bülck
Minister für Wirtschaft, Technologie und
Verkehr des Landes Schleswig-Holstein,
Kiel

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Dr. Bernd Rohwer
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Technologie und Verkehr des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Peter Deutschland
Vorsitzender des DGB Landesbezirks
Nord, Hamburg

Uwe Döring
Staatssekretär im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Claus Möller
Minister für Finanzen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Vom Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein entsandte Mitglieder

Günter Anders
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Schleswig-Flensburg, Schleswig

Geerd Bellmann
Landrat des Kreises Rendsburg-
Eckernförde, Rendsburg

Olaf Cord Dielewicz
Oberbürgermeister der Stadt Flensburg,
Flensburg
(bis 30. September 1999)

Norbert Gansel
Oberbürgermeister der Stadt Kiel,
Kiel
(ab 01. Oktober 1999)

Rudolf Konegen
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Elmshorn, Elmshorn

Vom Land Schleswig-Holstein und Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein gemeinsam entsandtes Mitglied

Dr. Hans Lukas
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Stormarn, Bad Oldesloe

Von der Landesbank Baden-Württemberg entsandtes Mitglied

Werner Schmidt
Vorstandsvorsitzender der Landesbank
Baden-Württemberg

Von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale entsandte Mitglieder

Theo Dräger
Vorstandsvorsitzender der Drägerwerke
AG, Lübeck

Hans-Peter Krämer
Vorstandsvorsitzender der Kreisspar-
kasse Köln, Köln

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel
Finanzsenatorin der Freien und
Hansestadt Hamburg, Hamburg

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
stellv. Vorstandsvorsitzender der
Westdeutschen Landesbank
Girozentrale, Münster

Dr. Fritz Süverkrüp
Präsident der Industrie- und Handels-
kammer zu Kiel, Kiel

Jorma Juhani Vaajoki
President und CEO der Metsä-Serla
Corporation, Espoo, Finnland

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Astrid Balduin, Kiel
Katarina Blanking, Kopenhagen
Waltraud Fuhrmann, Prokuristin, Kiel
Helmut Gründel, Kiel
Ditmar Höret, Kiel
Knuth Lausen, Kiel
Karl-Heinz Ravn, Prokurist, Kiel
Michael Schmalz, Kiel
Bettina Scholtys, Kiel
Gaby Woelk-Hens, Kiel

Geschäftsleitung der Investitionsbank

Dr. Rüdiger Kalinski
Sprecher der Geschäftsleitung
(bis 01. Juli 1999)

Lutz Koopmann
Sprecher der Geschäftsleitung
(ab 01. Oktober 1999)

Dr. Heinz Engelhaupt*

Dr. Klaus Rave*

Aufsichtsratsmandate der Geschäftsleitung der Investitionsbank

MBG Gesellschaft für Wagniskapital
Mittelständische Beteiligungsgesell-
schaft Schleswig-Holstein GmbH
Fleethörn 29-31, 24103 Kiel

LEG Schleswig-Holstein
Landesentwicklungsgesellschaft
Fabrikstr. 7, 24103 Kiel

Höchst AIR Management AG
Kielredder 11, 22885 Barsbüttel

Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für Energie und
Umwelttechnik
Hopfenstr. 1 d, 24114 Kiel

Vorstand

Dr. Dietrich Rümker
Vorsitzender des Vorstandes

Hans Berger
stellv. Vorsitzender des Vorstandes

Peter Pahlke

Dieter Pfisterer

Ernst Schröder

Kiel, den 31. März 2000
Landesbank Schleswig-Holstein,
Girozentrale

* In der Zeit vom 02. Juli bis zum 30. September 1999 waren Dr. Engelhaupt und Dr. Rave kommissarisch Sprecher der Geschäftsleitung.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, für das Geschäftsjahr vom 1.1. bis 31.12. 1999 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluß und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlußprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlußprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluß unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluß und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfaßt die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluß unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Kiel, den 07. April 2000

Wollert-Elmendorff
Deutsche Industrie-Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Göttgens

Wirtschaftsprüfer

Reker

Wirtschaftsprüfer

*Investitionsbank Schleswig-Holstein
Jahresbilanz zum 31. Dezember 1999
nachrichtlich in DM*

Aktiva			
	TDM	TDM	Vorjahr TDM
1. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	219.417		146.260
b) andere Forderungen	6.965		8.514
		226.381	154.774
2. Forderungen an Kunden		7.348.816	7.092.325
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	TDM 20.988		
	(Vorjahr TDM 27.223)		
Kommunalkredite	TDM 391.860		
	(Vorjahr TDM 395.911)		
durch Schiffspfandrechte gesichert	TDM 0		
	(Vorjahr TDM 59)		
3. Beteiligungen		13.800	5.875
4. Anteile an verbundenen Unternehmen		10.501	10.500
5. Treuhandvermögen			
a) anderes Treuhandvermögen	2.229.699		2.490.516
darunter:		2.229.699	2.490.516
Treuhandkredite	TDM 2.209.255		
	(Vorjahr TDM 2.473.000)		
6. Sachanlagen		17.816	18.576
7. Sonstige Vermögensgegenstände		481.457	5.846
8. Rechnungsabgrenzungsposten		135	206
Summe der Aktiva		<u>10.328.605</u>	<u>9.778.615</u>

Passiva			
	TDM	TDM	Vorjahr TDM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	9.206		18.116
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.825.153		2.135.152
		2.834.359	2.153.268
2. Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) täglich fällig	125.979		70.783
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.377		16.964
		130.356	87.747
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger		1.032.158	1.055.475
4. Treuhandverbindlichkeiten			
a) andere Treuhandverbindlichkeiten	2.229.699		2.490.516
darunter:		2.229.699	2.490.516
Treuhandkredite	TDM 2.209.255		
	(Vorjahr TDM 2.473.000)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten		22.570	307
6. Rechnungsabgrenzungsposten		218.646	180.017
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	34.464		32.286
b) andere Rückstellungen	15.455		11.116
		49.919	43.402
8. Fonds für Zinsausgleich		1.852.566	1.869.776
9. Eigenkapital			
a) Kapitalrücklagen	1.892.566		1.796.620
b) Gewinnrücklagen	54.441		53.986
c) Bilanzgewinn	11.369		47.501
		1.958.332	1.898.107
Summe der Passiva		<u>10.328.605</u>	<u>9.778.615</u>
1. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		393.650	456.453
2. Unwiderrufliche Kreditzusagen		393.386	478.627

*Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar – 31. Dezember 1999
nachrichtlich in DM*

	TDM	TDM	TDM	Vorjahr TDM
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		186.786		184.332
2. Zinsaufwendungen		127.810		125.523
			58.976	58.809
3. Laufende Erträge aus				
a) Beteiligungen			0	154
4. Provisionserträge		8.666		10.736
5. Provisionsaufwendungen		497		789
			8.170	9.947
6. Sonstige betriebliche Erträge			26.891	26.115
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	24.841			23.121
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.752			7.407
darunter:		33.593		
für Altersversorgung	TDM 3.820			
(Vorjahr TDM 3.178)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		25.021		26.255
			58.614	56.783
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.916	2.392
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.886	3.112
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			13.748	0
11. Erträge aus der Zuschreibung zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	34.002
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			11.872	66.740

	TDM	TDM	TDM	Vorjahr TDM
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0	60
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen			49	329
14. Jahresüberschuß			11.823	66.351
15. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			454	18.850
16. Bilanzgewinn			11.369	47.501

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nachrichtlich in DM

Angaben zu Bilanzaktiva jeweils zum 31.12.		1999 Mio. DM	1998 Mio. DM
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an angeschlossene Sparkassen enthalten:	2,9	3,0
Verbundene Unternehmen	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	45,8	35,6
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	324,1	329,2
Nachrangige Forderungen	Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in:		
	- Forderungen an Kunden	9,0	7,3
Angabe zu der Wertpapierposition	Im Bestand befindliche Wertpapiere sind folgendermaßen zuzuordnen:		
	- von anderen Emittenten	-	-
	darunter:		
	- börsenfähige und börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	-	-
Treuhandvermögen	Das Treuhandvermögen betrifft:		
	- Forderungen an Kreditinstitute		
	- täglich fällig	6,3	8,1
	- andere Forderungen	24,4	28,5
	- Forderungen an Kunden	2.198,9	2.453,9
	- Anleihen und Schuldverschreibungen		
	- von öffentlichen Emittenten	-	-
	- von anderen Emittenten	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	In dem Ausweis enthalten:		
	- im voraus geleistete Zahlung in Verbindung mit dem Erwerb der Landesliegenschaften	477,2	-
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis enthalten:		
	- aus der Disagioabgrenzung	-	0,1

Fortsetzung der Angaben zur Bilanzaktiva		1999 Mio. DM	1998 Mio. DM
Aufgliederung nach Restlaufzeiten	Die Bilanzaktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
	- andere Forderungen an Kreditinstitute		
	- weniger als 3 Monate	1,8	0,1
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	-	-
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2,5	2,9
	- mehr als 5 Jahre	2,7	5,5
	- Forderungen an Kunden		
	- weniger als 3 Monate	46,7	60,4
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	188,9	10,2
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	991,2	440,1
	- mehr als 5 Jahre	6.121,9	6.581,6
	- darunter mit unbestimmter Laufzeit	75,9	79,9
Kredite an Mitglieder der Organe	In den Forderungen an Kunden sind Organkredite an den Verwaltungsrat enthalten:	-	0,4

	Anlagespiegel				
	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	darunter: eigengenutzte Gr. u. Geb.
	Mio. DM	Mio. DM	Mio. DM	Mio. DM	Mio. DM
Anschaffungskosten	5,9	10,6	19,8	14,7	14,7
Zugänge	12,5	-	3,3	0,6	0,4
Abgänge	4,5	-	0,2	1,8	1,8
Zuschreibungen	-	-	-	-	-
Abschreibungen, kumuliert	-	-	17,8	0,8	0,8
Abschreibungen, lfd. Jahr	-	-	2,5	0,2	0,2
Buchwert zum 31.12.1999	13,9	10,6	5,1	12,7	12,5

Angaben zu Bilanzpassiva jeweils zum 31.12.			
		1999 Mio. DM	1998 Mio. DM
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist folgender Betrag enthalten:	-	-
Treuhandverbindlichkeiten	Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4,1	4,6
	- täglich fällig		
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	213,2	231,9
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- täglich fällig	32,3	28,1
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.980,1	2.225,9
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis sind enthalten:		
	- aus der Disagioabgrenzung	61,0	30,0
	- aus Forderungsankauf zum Barwert	110,7	119,1
	- aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen	41,7	24,9
Eventualverbindlichkeiten	Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften.	393,7	456,5
Aufgliederung nach Restlaufzeiten	Die Bilanzpassiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	- weniger als 3 Monate	119,9	35,7
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	112,9	269,1
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.165,1	677,0
	- mehr als 5 Jahre	1.427,4	1.153,4
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- weniger als 3 Monate	0,2	0,5
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	-	0,1
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	15,5
	- mehr als 5 Jahre	4,1	0,8
Aufgliederung der Bundesschuld nach Restlaufzeiten	- Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln		
	- weniger als 3 Monate	31,1	22,2
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	22,1	17,3
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	195,8	140,0
	- mehr als 5 Jahre	783,3	876,0

Sonstige Angaben zum Geschäftsjahr				
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	186	129	315	315
davon Teilzeitbeschäftigte	58	2	60	58
Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB	Eigenkapital in Mio. DM¹⁾	Anteil am Kapital in v. H.	Ergebnis in Mio. DM²⁾	
Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	25,4	51,2	2,3	
Gebäudemanagement S. H., Kiel (vorläufige Zahlen)	50,1	24,9	-	
Kiel Hörn Vermarktungsgesellschaft mbH, Kiel	0,6	24,5	-	

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾ Vorjahreszahlen

Landesbank Schleswig-Holstein		
Dr. Dietrich Rümker, Dezentert · Ernst Schröder, Co-Dezentert		
Investitionsbank Geschäftsleitung	Investitionsbank Geschäftsleitung	Investitionsbank Geschäftsleitung
Dr. Rüdiger Kalinski (bis Juni 1999) Lutz Koopmann (seit Oktober 1999) Tel. (04 31) 9 00-32 01	Dr. Heinz Engelhaupt Tel. (04 31) 9 00-32 11	Dr. Klaus Rave Tel. (04 31) 9 00-32 13
Stab	Wohnungsbau I	Umwelt und Energie
Dr. Reinhard Schmid Tel. (04 31) 9 00-32 14	Thomas Clausen Tel. (04 31) 9 00-32 20	Dr. Jobst Klien Tel. (04 31) 9 00-36 50
Portfoliomanagement Immobilien	Wohnungsbau II	Agrarförderung
Henrik Harms Tel. (04 31) 9 00-32 73	Klaus-H. Volkmann Tel. (04 31) 9 00-35 21	Ludolf Schulze-Berge Tel. (04 31) 9 00-33 31
Wirtschaftsförderung Förderberatung	Buchhaltung	Kommunalförderung und Städtebau
Dr. Kurt Puls Tel. (04 31) 9 00-33 67	Dieter Präkelt Tel. (04 31) 9 00-36 10	Dr. Joachim Keck Tel. (04 31) 9 00-35 26
Wirtschaftsförderung Kredite/ Förderprogramme		EU-Förderung/ Euro Info Centre
Harald Bock Tel. (04 31) 9 00-33 21		Dr. Heike Kruse Tel. (04 31) 9 00-34 45
		INTERREG IIc-Projekt – Finanzinstitut Erwin Siweris Tel. (03 81) 4 54 84 52 86 – Gemeinsames Sekretariat Susanne Scherrer Tel. (03 81) 4 54 84 52 83
		Euro Info Centre Tel. (04 31) 9 00-34 99
		Büro Brüssel Karen Hoffmann Tel. (00 32-22 30 72 24)
		EXPO Projekt 2000
		Dr. Karl Pröhl Tel. (04 31) 9 00-35 00 Axel Barkow Tel. (04 31) 9 00-34 30

Förderprogramme im Überblick

Unternehmen

Beratung

- Förderlotse
- Beratungsstelle für Existenzgründerinnen

Förderprogramme

- Investitionszuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- Beratungskostenzuschüsse aus der GA

Kredite

- Nachrangige Investitionsdarlehen
- Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- Umfinanzierungsdarlehen
- Existenzgründerinnenprogramm
- Starthilfe für Existenzgründungen

MBG-Beteiligungen

- Existenzgründungsoffensive der Wagniskapitalförderung (EGO)
- ERP-Beteiligungsprogramm der KfW
- Wagniskapitalförderung (WKF)
- KfW/BMWi-Technologie-Beteiligungsprogramm
- KfW-Risikokapitalprogramm der KfW
- Co-Investments mit der tbg

Wohnungsbau

Mietwohnungen

- Baudarlehen in der vereinbarten Förderung für
- Neu-, Aus- und Umbau sowie Erweiterung von Mietwohnungen
 - Modernisierung von Wohnraum
 - Erwerb von Belegungsrechten
 - Erwerb vorhandener Wohnungen durch neu zu gründende Genossenschaften

Privates Wohneigentum

- Baudarlehen in der vereinbarten Förderung für Neu-, Ausbau und Erweiterung von Familienheimen
- Baudarlehen im 1. Förderungsweg für Gruppenselbsthilfemaßnahmen
- Baudarlehen in der Vereinbarten Förderung für Hausankäufe
- Vergabe von Bürgschaften
- Darlehen zum Erhalt von Eigenheimen kinderreicher Familien

Ergänzende Finanzierungsprodukte für den Bau und Kauf privaten Wohneigentums

- Vorfinanzierung/Kapitalisierung der Eigenheimzulage
- Tandem Plus
- Tandem 15
- Nachrangige Baudarlehen der Investitionsbank
- Finanzwirtschaftliche Baubetreuung

Zinsgünstige Darlehen für die Modernisierung von Wohnraum

Kommunen

Stadt- und Dorferneuerung

- Bund/Land-Programm Städtebauförderung
- Landesprogramm Städtebauförderung 1998-2002
- Bund/Land-Programm Soziale Stadt

Modernisierung historisch wertvoller Wohngebäude

- Darlehen für Modernisierung privaten Eigentums

Verbesserung der kommunalen Infrastruktur

- Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds
- Darlehen aus dem Investitionsfonds für Informationstechnologie in Kommunen

Kindergartenplätze

- Darlehen aus dem Kindergartenfonds

Krankenhausfinanzierung

- Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen und -Einrichtungen

Landschaftsplanung

- Zuschüsse zur Förderung von Landschaftsplänen

Umwelt und Energie

Energieeinsparung

- Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden

Erneuerbare Energie

- Solarthermie – Breitenprogramm
- Solarthermie (Pilot- und Demonstrationsanlagen)
- Biomasse (Pilot- und Demonstrationsvorhaben)

Umweltschonende Maßnahmen

- Ökotechnische und ökonomische Vorhaben
- Demonstrationsvorhaben zum Umweltaudit
- Sparsame und rationelle Grundwasser- und Wasserverwendung in Gewerbe und Industrie
- Sparsame und rationelle Grundwasser- und Regenwassernutzung in privaten Haushalten

EU-Förderung

- Euro Info Centre
- EU-akkreditiertes Finanzinstitut
 - JOP (Joint-Ventures in Mittel- und Osteuropa)
 - JEV (Joint-Ventures innerhalb der EU)
 - ECIP (Joint-Ventures in Entwicklungsländern)
- Ostseeraumförderung – Interreg IIc
- IB-Verbindungsbüro Brüssel

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29-31
24103 Kiel
Tel. (04 31) 9 00-03
Fax (04 31) 9 00-33 83
e-mail: info@ibank-sh.de
<http://www.ibank-sh.de>



Die Investitionsbank Schleswig-Holstein vor Ort

Beratungszentren

Beratungszentrum Flensburg

Nordergraben 22/24, Tel. (04 61) 14 48 60

Beratungszentrum Kiel

Fleethörn 29-31, Tel. (04 31) 9 00 -33 33

Beratungszentrum Lübeck

Hermann-Lange-Str. 1, Tel. (04 51) 79 98 60

Beratungszentrum Norderstedt

Rathausallee 70, Tel. (0 40) 5 26 83 00

Beratungsbüros

Beratungsbüro Elmshorn

Ramskamp 71-75
Tel. (0 41 21) 47 15 51

Beratungsbüro Husum

Großstr. 16, Stadtpassage,
Tel. (0 48 41) 87 20 03

Beratungsbüro Itzehoe

Hanseatenplatz 5, Tel. (0 48 21) 6 77 70

Beratungsbüro Neumünster

Großflecken 26, Tel. (0 43 21) 48 88 30

Beratungsbüro Oldenburg

Schuhstr. 18 A, Tel. (0 43 61) 50 96 32

Beratungsbüro Plön

Markt 15, Tel. (0 45 22) 50 02 72

Beratungsbüro Rendsburg

Jungfernstieg 25, Tel. (0 43 31) 12 25 44

Beratungsbüro Schleswig

Michaelisstraße/Carstengang 2,
Tel. (0 46 21) 98 97 71

Beratungsbüro Schwarzenbek

Meiereistr. 3, Tel. (0 41 51) 89 43 90

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Postfach 1128, 24100 Kiel
Fleethörn 29-31, 24103 Kiel
Tel. (04 31) 9 00-03, Fax (04 31) 9 00-33 83, www.ibank-sh.de

Herausgegeben von der Pressestelle der Investitionsbank,
Kommunikation/Marketing, Birgit Pohl, Tel. (04 31) 9 00-34 48

Dieser Geschäftsbericht liegt auszugsweise auch in englischer Sprache vor.